



Plenarprotokoll

147. Sitzung

Mittwoch, 27. April 2022

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Eckart Kuhlwein	11080	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3819 (neu)	
Gemeinsame Beratung			
a) Notkredite zur Abfederung der finanziellen Herausforderungen in Folge des Krieges in der Ukraine.....	11082	c) Schleswig-Holstein übernimmt Verantwortung!.....	11082
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3818 (neu) - 2. Fassung		Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3820	
b) Absenkung der Corona-Notkredite zum Ausgleich des strukturellen Defizits.....	11082	Ole-Christopher Plambeck [CDU]. Beate Raudies [SPD]..... Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... Christopher Vogt [FDP].....	11082 11083 11085 11086

Lars Harms [SSW].....	11087	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP	
Jörg Nobis [AfD].....	11088		
Monika Heinold, Finanzministerin	11089	Drucksache 19/3807	
Beschluss: 1. Annahme der Anträge Drucksachen 19/3818 (neu) - 2. Fassung - und 19/3819 (neu) mit der erforderlichen Zweidrittel- mehrheit		Beschluss: Überweisung des Gesetz- entwurfs Drucksache 19/3807 an den Sozialausschuss.....	11101
2. Annahme des Antrags Drucksache 19/3820.....	11091		
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Lan- deswassergesetzes.....	11091	Gemeinsame Beratung	
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3814		a) Gesundheitsberufe brauchen Freiheit - Einrichtungsbezogene Impfpflicht zurücknehmen.....	11101
Oliver Kumbartzky [FDP].....	11091	Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/3804	
Thomas Hölck [SPD].....	11092, 11100		
Lukas Kilian [CDU].....	11093	b) Sektorenverbindende medizini- sche und pflegerische Versor- gung in Schleswig-Holstein für die Zukunft sichern - Versor- gungssicherungsfonds als lan- desspezifisches Innovations- und Erfolgsmodell ausbauen.....	11102
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11094	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3808	
Lars Harms [SSW].....	11095		
Jörg Nobis [AfD].....	11097		
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	11097		
Stefan Bolln [SPD].....	11100	Hans Hinrich Neve [CDU].....	11102
Beschluss: Überweisung des Gesetz- entwurfs Drucksache 19/3814 an den Wirtschaftsausschuss.....	11101	Claus Schaffer [AfD].....	11103
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaats- vertrages 2021.....	11101	Bernd Heinemann [SPD].....	11104
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/3664 (neu) - 2. Fas- sung		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11105
Beschluss: Überweisung des Gesetz- entwurfs Drucksache 19/3664 (neu) – 2. Fassung – an den Innen- und Rechtsausschuss.....	11101	Dennys Bornhöft [FDP].....	11106
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kinder- tagesförderungsgesetzes.....	11101	Christian Dirschauer [SSW].....	11107
		Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	11108
		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/3804 2. Annahme des Antrags Drucksache 19/3808.....	11110
		Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Oktober 2021 bis 31. Dezember 2021.....	11110
		Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 19/3800	

Hauke Göttsch [CDU], Bericht- erstatter.....	11110	Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	11127
Beschluss: Kenntnisnahme des Be- richts Drucksache 19/3800 und Bestätigung der Erledigung der Petitionen.....	11111	Tobias von der Heide [CDU].....	11129
Infrastrukturbericht 2022	11112	Martin Habersaat [SPD].....	11131
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3791		Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11133
Monika Heinold, Finanzministerin	11112	Oliver Kumbartzky [FDP].....	11136
Ole-Christopher Plambeck [CDU].	11113	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	11136, 11140
Beate Raudies [SPD].....	11115	Volker Schnurrbusch [AfD].....	11138
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11118	Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	11139
Annabell Krämer [FDP].....	11120	Claus Schaffer [AfD].....	11140
Lars Harms [SSW].....	11122	Beschluss: 1. Der Berichts Antrag Drucksache 19/3706 hat durch die Berichterstattung der Landesregie- rung seine Erledigung gefunden	
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11125	2. Annahme der Anträge Drucksachen 19/3812 und 19/3817 (neu).....	11141
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11126	Tourismusstrategie 2030	11141
Beschluss: Kenntnisnahme des Be- richts Drucksache 19/3791.....	11127	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3795	
Gemeinsame Beratung		Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	11141
a) Bericht zu den Perspektiv- Schulen	11127	Hans-Jörn Arp [CDU].....	11143
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3706		Regina Poersch [SPD].....	11145
b) Gleichwertigkeit von Abschlüs- sen an den Schularten in Schles- wig-Holstein	11127	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11146
Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3812		Annabell Krämer [FDP].....	11148
c) Sofortprogramm zur Unterstüt- zung von Kindern und Jugendli- chen bei psychosozialen Folgen von Pandemie und Krisen	11127	Christian Dirschauer [SSW].....	11149
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3817 (neu)		Volker Schnurrbusch [AfD].....	11150
		Klaus Jensen [CDU].....	11151
		Beschluss: Kenntnisnahme des Be- richts Drucksache 19/3795.....	11152

* * * *

Regierungsbank:

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 59. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind erkrankt die Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann, Klaus Schlie, Tim Brockmann, Sandra Redmann, Anita Klahn und Stephan Holowaty. Von der Landesregierung erkrankt ist Ministerpräsident Daniel Günther. Wir wünschen von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen abwesend ist von der Landesregierung Frau Ministerin Dr. Sütterlin-Waack.

Der Abgeordnete Voß hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert ist. Der Abgeordnete Dr. Brodehl hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Nachmittagssitzung verhindert ist.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Der Schleswig-Holsteinische Landtag trauert um seinen früheren Abgeordneten, den Parlamentarischen Staatssekretär a. D. Eckart Kuhlwein, der am 19. April im Alter von 84 Jahren verstorben ist.

Unser ehemaliger Kollege, der 1938 in Schleswig geboren wurde und seinen Lebensmittelpunkt in Ammersbek fand, studierte Wirtschaftswissenschaften und politische Wissenschaften. Nach dem Abschluss als Diplomvolkswirt war er ab 1961 als Journalist tätig: zunächst als Korrespondent in der Landeshauptstadt, von 1962 bis 1964 dann als politischer Redakteur der „Lübecker Nachrichten“. Von 1964 an war Eckart Kuhlwein als Chefredakteur für eine Publikation der politischen Öffentlichkeitsarbeit, von 1969 bis 1971 dann bei einer bildungspolitischen Fachzeitschrift verantwortlich. Danach arbeitete er als freiberuflicher Journalist.

Die Jahre des gesellschaftspolitischen Aufbruchs, der mit der Kanzlerschaft Willy Brandts begann, waren prägend auch für Eckart Kuhlwein, der seit 1965 der SPD angehörte, oder genauer: Sie markierten den Augenblick im Leben Eckart Kuhl-

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

weins, in dem dieser aus der Rolle des Beobachters von Politik in jene des politischen Gestalters wechselte. Von 1969 bis 1971 hatte er den Landesvorsitz der Jungsozialisten Schleswig-Holstein inne. 30 Jahre, von 1973 bis 2003, gehörte Eckart Kuhlwein dem Landesvorstand seiner Partei an, unter anderem als stellvertretender Landesvorsitzender.

1971 wurde Eckart Kuhlwein, der der dynamischen Gruppe um den legendären „Roten Jochen“ Steffen angehörte, in den Schleswig-Holsteinischen Landtag gewählt und blieb dessen Mitglied bis zu seinem Einzug in den Deutschen Bundestag Ende 1976.

Hier, im Landtag, gehörte er dem Jugendausschuss an, dessen stellvertretender Vorsitzender er in der 8. Wahlperiode war, und machte sich einen Namen als jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Überdies wirkte er im Volksbildungsausschuss, im Landesplanungsausschuss sowie im Ausschuss für die Wahrung der Rechte der Volksvertretung mit.

Mitglied des Bundestages, in den Eckart Kuhlwein übrigens gemeinsam mit Heide Simonis einzog, war er von 1976 bis 1998. Auch hier engagierte sich der Verstorbene stark in der Bildungspolitik - vor allem im Bildungsausschuss, an dessen Spitze Eckart Kuhlwein von 1990 bis 1994 stand. Erwähnung finden soll an dieser Stelle aber auch sein großes Engagement in der 1988 eingesetzten Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000“, der er vorsah.

Dass Eckart Kuhlwein ein bildungspolitisches Schwergewicht war, wird nicht zuletzt darin deutlich, dass ihn der damalige Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm, 1981 als Parlamentarischen Staatssekretär berief.

Meine Damen und Herren, Eckart Kuhlwein war ein ausgesprochen tatkräftiger und scharfsinniger Politiker, der unbeirrbar seinem klaren Werte- und Überzeugungskanon folgte. Gerade deshalb strahlte er zwar eine unaufgeregte Selbstsicherheit aus, war aber nichtsdestotrotz ein in der Sache völlig klarer, entschiedener und vor allem unbeugsamer Streiter, der sich mit großer Souveränität im Spannungsfeld zwischen politischer Gestaltung und parlamentarischer Kontrolle bewegte. Links, dickschädelig und frei - dieser Leitspruch der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bringt die Haltung Eckart Kuhlweins exakt auf den Punkt. Auch wenn der Begriff des „politischen Urgesteins“ ein viel gebrauchter ist - Eckart Kuhlwein war für die SPD im Lande genau dies.

Und er war mehr als das. Er war ein realpolitischer Visionär, der weit früher als andere erkannte, dass die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Schutz von Klima, Umwelt und Biodiversität bedeutende, ja entscheidende Faktoren für unser politisches Handeln und eine erfolgreiche und vor allem gerechte Wirtschafts- und Arbeitspolitik sein müssen.

Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden - die Idee, die hinter dieser 1961 von Willy Brandt erhobenen Forderung steht, beflügelte den tief in der NaturFreunde-Bewegung verwurzelten Eckart Kuhlwein, der gemeinsam mit seinem Freund und parlamentarischen Mitstreiter Konrad Nabel zum Architekten sozialdemokratischer Umweltpolitik in Schleswig-Holstein wurde. Dass seine Stimme, sein beständiges Mahnen verstummt ist, bedeutet einen großen Verlust - nicht nur für seine Partei, sondern auch für uns alle.

Für seine Verdienste um unser Land wurde Eckart Kuhlwein 2015 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Im selben Jahr verlieh ihm die SPD ihre höchste Auszeichnung, die Willy-Brandt-Medaille in Gold.

Meine Damen und Herren, der Schleswig-Holsteinische Landtag trauert um Eckart Kuhlwein. Wir verneigen uns in Dankbarkeit vor seinem jahrzehntelangen parlamentarischen Schaffen und vor seinem politischen Lebenswerk. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. Unser ganzes Mitgefühl gilt seiner Familie.

Ich bitte Sie, einen Moment innezuhalten in Gedanken an den früheren Abgeordneten, Herrn Parlamentarischen Staatssekretär a. D. Eckart Kuhlwein. - Sie haben sich zu Ehren Eckart Kuhlweins erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 2, 4 bis 8, 11, 13, 19, 29, 32 bis 37 und 40 ist keine Aussprache geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden soll der Tagesordnungspunkt 31.

Zu gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 3, 38 und 44 - Gesetzentwurf zur Änderung des Jugendförderungsgesetzes und des Kinderschutzgesetzes sowie Berichte zu Kin-

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

dern und Jugendlichen -, 9 und 24 - zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes sowie Geflüchtete ukrainischer Familien mit Kleinkindern in gemeinsamer Verantwortung unterstützen - niedrigschwellige, frühpädagogische Betreuungsangebote schaffen sowie eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen ermöglichen -, 12, 21 und 25 - Bericht zu den PerspektivSchulen sowie Anträge zu Gleichwertigkeit von Abschlüssen an den Schularten und Sofortprogrammen zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen bei psychosozialen Folgen von Pandemie und Krisen -, 14 und 17 - Anträge zu Gesundheitsberufe brauchen Freiheit - Einrichtungsbezogene Impfpflicht zurücknehmen und Sektorenverbindende medizinische und pflegerische Versorgung in Schleswig-Holstein für die Zukunft sichern - Versorgungssicherungsfonds als landesspezifisches Innovations- und Erfolgsmodell ausbauen -, 15 und 20 - Gute Arbeit und faire Löhne mit Tarifbindung in Schleswig-Holstein stärken und Fachkräftesicherung im Handwerk - Klimaschutz wird vom Handwerk gemacht -, 26, 27 und 28 - Notkredite zur Abfederung der finanziellen Herausforderungen in Folge des Krieges in der Ukraine und Schleswig-Holstein übernimmt Verantwortung! - und 30, 39 und 43 - Berichte der Landesregierung über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2022, Europapolitische Schwerpunkte und Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2021/2022.

Ein Antrag zu einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde liegt nicht vor.

Zu den Tagesordnungspunkten 8 - Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 -, 9 - Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes - und 10 - Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes -, ist vorgesehen, die erste und zweite Lesung in dieser Tagung durchzuführen. Die zuständigen Ausschüsse werden hierfür zur Beratung am Mittwoch zusammenkommen. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 59. Tagung. Wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause voraussichtlich bis 18 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schüler und Schülerinnen der Immanuel-Kant-Schule aus Neumünster und Studierende der CAU Kiel. - Herzlich willkommen heute hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 26, 27 und 28 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Notkredite zur Abfederung der finanziellen Herausforderungen in Folge des Krieges in der Ukraine**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3818 (neu) - 2. Fassung

b) Absenkung der Corona-Notkredite zum Ausgleich des strukturellen Defizits

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3819 (neu)

c) Schleswig-Holstein übernimmt Verantwortung!

Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3820

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole-Christopher Plambeck.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Angriffskrieg durch Putin auf die Ukraine ist auf das Schärfste zu verurteilen. Er bringt nur Tod und Leid mit sich, und das mitten in Europa. Viele Menschen, vor allem Frauen und Kinder, aber auch Alte und Kranke, fliehen aus der Ukraine, um ihr Leben zu schützen. Man kann sich dieses Leid kaum vorstellen.

(Ole-Christopher Plambeck)

Wir, das Bundesland, werden daher alles tun, um den vertriebenen und geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern Schutz zu gewähren. Damit sind große Herausforderungen auch für Schleswig-Holstein verbunden. Diese Herausforderungen anzunehmen und zu bewältigen, ist ein wichtiger Beitrag zur Solidarität mit den Menschen aus der Ukraine.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Dabei ist klar, dass wir diese Herausforderungen nur gemeinsam im Zusammenwirken von Bund, Land und Kommunen bewältigen können. Wir stellen heute fest, dass es sich hierbei um eine außergewöhnliche Notsituation handelt. Die Folgelasten des Krieges entziehen sich dem Einfluss Schleswig-Holsteins, aber wir werden die Aufgaben erfüllen, die damit einhergehen. Es geht dabei um Aufnahme, Unterbringung, Verpflegung, Betreuung, medizinische Versorgung und vieles mehr. Dabei leisten vor allem die Kommunen vor Ort, also die Gemeinden, Städte und Kreise einen enormen Beitrag für die Bewältigung dieser Situation.

Immerhin müssen wir mit mehreren Tausenden, ja über 35.000 Personen rechnen. Auch das Ehrenamt leistet einen sehr wichtigen Beitrag vor Ort, welches wir niederschwellig unterstützen werden.

Es ist daher richtig, dass die Kommunen sehr schnell eine Aufnahmepauschale von 500 € pro Person durch das Land bekommen, insbesondere als wir noch darauf gewartet haben, was eventuell vom Bund kommt. So stellt das Land auch sehr schnell Mittel zur Herrichtung von Wohnraum bereit. Zudem übernimmt das Land belegungsunabhängig die Kosten, die den Kreisen und kreisfreien Städten für die Errichtung, Ausstattung sowie den Betrieb der kommunalen Notunterkünfte entstanden sind. Denn das Wichtigste ist, dass die geflüchteten Menschen sehr schnell ein Dach über den Kopf bekommen. Dabei sei hier auch auf die große Solidarität der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner hinzuweisen, die bereits zugesagt haben, mehrere Tausend oder sogar Zehntausende Wohnungen bereitzustellen. Das ist ein enormer und wichtiger Beitrag.

Neben der finanziellen Unterstützung der Kommunen bei der Herrichtung von Wohnraum sollen diese bei der Schaffung auch von neuem Dauerwohnraum unterstützt werden: schnellere Genehmigungsverfahren und auch Förderung, damit wir in dem Bereich Geschwindigkeit bekommen.

Einen besonderen Betreuungsdarf haben natürlich die Kinder. Insbesondere muss es eine Betreuung

geben, damit zum Beispiel Mütter Sprachkurse besuchen, Behördengänge erledigen oder bereits Tätigkeiten nachgehen können. Dabei sind Angebote von Kommunen, Familienbildungsstätten, Sportvereinen und vieles mehr gemeint. Hier übernehmen wir als Land Verantwortung und werden für niederschwellige Angebote zur Betreuung von Kindern 15 Millionen € für Kreise und kreisfreie Städte bereitstellen.

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus sollen natürlich auch DaZ-Klassen in Schulen eingerichtet und traumapädagogische Maßnahmen gefördert werden. Für all diese Maßnahmen und weitere Maßnahmen, wie zum Beispiel die Integration in den Arbeitsmarkt, die Anerkennung von Berufsabschlüssen, Unterstützung von Migrationsberatungsstellen wollen wir bis zu 400 Millionen € bereitstellen.

Der mit der Coronapandemie beschlossene Ermächtigungsrahmen zum Ausgleich des strukturellen Defizits wird um 400 Millionen € abgesenkt und in diesem Jahr für diese Herausforderungen infolge des Krieges bereitgestellt. Das ist auch möglich, weil die Landesregierung in der Pandemie gut gewirtschaftet hat.

Daher möchte ich mich bei der Landesregierung dafür bedanken, und für das Zustandekommen dieser Anträge möchte ich natürlich meinen Kollegen Lasse Petersdotter, Annabell Krämer, Lars Harms und Beate Raudies für das sehr konstruktive Miteinander zur Erstellung dieser Anträge meinen Dank aussprechen. Aber ein großer Dank gilt vor allem denjenigen, die vor Ort helfen. - Danke schön.

(Beifall CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich meiner Mutter vor ein paar Monaten beim Aufräumen half, ist mir ein altes Foto in die Hände gefallen. Es zeigt meine Großmutter und ihre beiden Söhne in einer Flüchtlingsunterkunft. Sie waren im Februar 1945 vor dem Krieg aus Memel, heute Klaipeda, nach Mecklenburg geflüchtet, später ging es weiter nach Schleswig-Holstein. Dieses Schick-

(Beate Raudies)

sal teilen viele Familien in Schleswig-Holstein mit mir.

Deswegen ist es für viele Menschen in unserem Land eine Selbstverständlichkeit, Kriegsflüchtlingen die Hand entgegenzustrecken und ihnen zu helfen, sie zu unterstützen. Schleswig-Holstein ist solidarisch, und das haben wir bereits in der Vergangenheit bewiesen.

(Beifall SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Wir sind es heute wieder mit den Flüchtenden aus der Ukraine. Seit zwei Monaten herrscht dort ein blutiger Krieg. Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein krasser Bruch des Völkerrechts, der durch nichts zu rechtfertigen und auf das Schärfste zu verurteilen ist. Das mit dem Krieg verbundene schreckliche Leid der Ukrainerinnen und Ukrainer macht uns betroffen und stellt sogleich Deutschland, ja ganz Europa vor gewaltige Herausforderungen.

Laut UNHCR sind allein in den letzten zwei Monaten mehr als 5 Millionen Menschen vor dem Krieg aus der Ukraine geflohen, weil sie Angst um ihr Leben haben, weil ihr Hab und Gut, ihre Lebensgrundlagen zerstört sind. Deswegen wird es nur im Zusammenwirken von Bund, Land und Kommunen gelingen, diesen Menschen, die nach Schleswig-Holstein geflüchtet sind, hier Sicherheit und Geborgenheit zu geben. Die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen aus der Ukraine ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Dabei ist für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar: Die Kommunen dürfen nicht im Regen stehen gelassen werden. Sie sind in der Verantwortung, für menschenwürdige Unterkünfte zu sorgen. Sie müssen dabei die Versorgung und die Betreuung sicherstellen und darauf achten, vorhandene Strukturen und ehrenamtliches Engagement nicht zu überfordern, sondern im Gegenteil zu stärken. Dazu braucht es schnelle und unbürokratische finanzielle Hilfe wie die Aufnahmepauschale von 500 € Es ist kein Geheimnis: Wenn es nach uns ginge, könnte diese Pauschale sogar noch höher ausfallen. Das ist eine Erfahrung aus dem Flüchtlingspakt 2015/2016.

(Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist aber auch klar: Es muss eine gerechte Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern geben. Deswegen bin ich froh, dass der Bund die Länder und Kommunen in

diesem Jahr mit insgesamt 2 Millionen € bei ihren Mehraufwendungen für die Geflüchteten aus der Ukraine unterstützt. Das ist eine Menge Geld. Für den Fall, dass das nicht ausreicht, stimmen wir heute der Bereitstellung von bis zu 400 Millionen € aus Landesmitteln beziehungsweise aus Krediten zu.

Diese bis zu 400 Millionen € stellen einen Finanzierungsrahmen dar, der noch nicht vollständig ausgefüllt werden darf, um flexibel reagieren zu können.

Bei der Verteilung der Mittel haben wir klare Schwerpunkte in den Bereichen Wohnen, Soziales, Bildung und Arbeitsmarktintegration hineinverhandelt, denn sonst wäre die Suppe reichlich dünn gewesen. Ich danke dem Kollegen Plambeck, dass er in aller Ausführlichkeit dargestellt hat, was im Antrag steht. Das spare ich mir. Ich bleibe aber dabei, dass ich die Landesregierung auffordere - dem schließen sich inzwischen alle Fraktionen an -, endlich etwas Butter bei die Fische zu geben und zu sagen, wofür wir denn eigentlich wie viel Geld benötigen. Einen Blankoscheck können wir als Parlament leider doch nicht ausstellen, Frau Finanzministerin. 400 Millionen € sind eine Menge Geld.

Es ist mir nach zwei Monaten Krieg immer noch nicht verständlich, wieso die Landesregierung bis heute nicht in der Lage ist, ein paar Zahlen zusammenzustellen. Kommt vielleicht morgen, wenn Frau Innenministerin zur Flüchtlingssituation berichtet. Es war mir auch unverständlich, warum Sie sich mit dem Finanzausschussvorbehalt anfangs so schwergetan haben. Das ist jetzt alles drin, macht den Antrag nur noch besser.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mir in diesen Tagen das Protokoll der letzten Landtagssitzung 2017 angesehen, und der Unterschied könnte nicht größer sein. Wir, als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, stehen auch in der Opposition zu unserer Verantwortung für Schleswig-Holstein und stimmen diesem Antrag zu. Wir brauchen eine Zweidrittelmehrheit, ohne uns würde das nicht funktionieren. Das will ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen. Wir sind dazu bereit, alles Notwendige mitzutragen, um den Menschen, die vor diesem zerstörerischen Krieg flüchten müssen, bestmöglich zu helfen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden auch wenige Tage vor der Landtagswahl unserer politischen Verpflichtung gerecht, und zwar anders, liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann ich Ihnen nicht ersparen, als die CDU auf

(Beate Raudies)

Bundesebene, die dabei in dieser Woche parteipolitische Spielchen spielt.

(Beifall SPD und SSW)

Das, was wir heute hier machen, ist ein starkes parteiübergreifendes parlamentarisches Zeichen in dieser schweren Zeit. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter das Wort.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Wir befinden uns in einer Krise - erneut. Und wir sind handlungsfähig - erneut. Der Angriffskrieg Putins versucht, mit Kriegsverbrechen die Karte Europas neu zu zeichnen. Und ja, deswegen ist die Bestürzung groß. Und ja, die Fassungslosigkeit darüber zieht sich durch das ganze Land Schleswig-Holstein. Aber: Unsere Geschlossenheit ist noch viel größer und zieht sich noch viel weiter. Aus dieser Fassungslosigkeit wurde unmittelbar nach Kriegsbeginn Solidarität. Solidarität, die dazu geführt hat, dass Menschen sich bereit erklärt haben, privaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Solidarität, die dazu geführt hat, dass Menschen bereit waren, Spenden zu zahlen und Materialien zur Verfügung zu stellen, unmittelbare Hilfe zu leisten. Dafür gilt Dank all den Menschen, sowohl professionell wie auch ehrenamtlich, die das in Schleswig-Holstein geleistet haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Es ist heute ein nicht zu unterschätzendes Zeichen der Stärke der Demokratie, dass wir in der Lage sind, wenige Tage vor einer Landtagswahl einen solchen Beschluss zu fassen, einen Beschluss über 400 Millionen € der eine Notsituation feststellt und sagt: Wir müssen jetzt Kredite aufnehmen! Wir müssen jetzt Kredite aufnehmen, um auf die Folgen dieses Krieges reagieren zu können, und zwar angemessen reagieren zu können. Das ist eine Leistung, in der Opposition wie Koalition Hand in Hand gehen müssen, in der Opposition wie Koalition die notwendigen Lagen anerkennen müssen, um handlungsfähig zu bleiben. Es ist gut, dass hier und heute CDU, SPD, Grüne, FDP und SSW einen Notkredit beschließen, damit dieses Land bei allem Wahl-

kampf, bei allem Getöse, bei allem Drunter und Drüber, bei allen Umfragen das wirklich Wichtige in diesem Land nicht aus dem Fokus verliert, sondern klarmacht: Wir stehen an der Seite derer, die aus der Ukraine flüchten müssen, die gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Viel der Arbeit wird vor Ort geleistet. Genau deswegen ist es gut, dass in diesem Notkredit sehr klar benannt wird, wie wir in einem ersten Schritt die Kommunen, und zwar unmittelbar bei der Aufnahme, unterstützen werden: durch eine Aufnahmepauschale in Höhe von 500 € die Reaktivierung von REFUGIUM mit 2,5 Millionen € unterlegt, also eine Erfahrung, die wir in den Jahren 2015, 2016 und 2017 gemacht haben. Wir haben aus diesen Erfahrungen profitiert und gelernt und werden das weiterhin tun - auch, dass wir Wohnraum zur Verfügung stellen. Natürlich entstehen Spannungsverhältnisse in einer Situation, in der Wohnraum bereits jetzt eine große Schwierigkeit für die Mehrheitsgesellschaft in Schleswig-Holstein ist. Jetzt kommen noch Geflüchtete dazu. Insofern ist es richtig, den Wohnraum herzurichten und mit 5 Millionen € dafür zu sorgen, dass alle gut unterkommen, auch, dass wir die Übernahme zugesagt haben, was die belegungsunabhängigen Kosten angeht.

Außerdem wollen wir 15 Millionen € für die Beteiligung und die Betreuung von Kindern zur Verfügung stellen. Gerade jetzt, wo viele Geflüchtete mit Kind und Familie kommen, ist das ein wichtiger Schritt. Wir wollen die Migrationsberatungsstellen sichern; das ist ein Schritt, der auch unabhängig von diesem Krieg ein sehr wichtiger ist.

All das ist natürlich nur ein Teil. Wer die Beträge zusammenrechnet, kommt noch nicht auf die 400 Millionen € Aber wir wissen eben auch, dass solche Kriege oft nicht unmittelbar und schnell wieder enden und müssen uns damit auseinandersetzen, dass wir eine langfristige oder mittelfristige Herausforderung haben, auf die wir gut vorbereitet sind. Dafür sind wir mit 400 Millionen € sehr gut aufgestellt.

Deswegen ist es gut, dass wir in diesem Antrag die parlamentarische Kontrolle festgehalten haben. Wir möchten regelmäßig im Finanzausschuss mitentscheiden, wie die Mittel ausgegeben werden. Das ist keine Skepsis, und das ist auch kein Bremsen. Wir haben in der Coronapandemie erlebt, dass dieses Verfahren gut funktioniert. Wir haben uns als

(Lasse Petersdotter)

Finanzausschuss während der kompletten Pandemie bis heute wöchentlich getroffen und waren jederzeit entscheidungsfähig und in der Lage, die Mittel, die von der Landesregierung gebraucht wurden, zur Verfügung zu stellen.

Es zeigt sich also: Schleswig-Holstein ist bereit, Schleswig-Holstein ist handlungsfähig, und Schleswig-Holstein ist entschlossen. Heute zeigt sich erneut: In Schleswig-Holstein wird die humanitäre Aufnahme von Geflüchteten nicht am Geld scheitern! - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die wirtschaftliche Entwicklung nach der Coronadelle - so möchte ich das mal nennen - erlaubt es uns, das gemeinsam geschnürte Coronapaket um 400 Millionen € zu reduzieren. Das ist für sich genommen erst einmal eine gute Nachricht. Nach der Pandemie, die ja noch nicht vorbei ist, hat uns gleich die nächste große Krise erreicht, die wieder mit vielen Unwägbarkeiten einhergeht. Der verbrecherische russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der dort unfassbares Leid verursacht, hat massive Auswirkungen auf unser Land: außenpolitische, wirtschaftliche, aber vor allem humanitäre.

Meine Damen und Herren, die Hilfsbereitschaft der Menschen für unsere Nachbarn aus der Ukraine ist dankenswerterweise sehr groß. Es ist beeindruckend, was vor allem die osteuropäischen Staaten, allen voran Polen, derzeit leisten. Das sollten wir an dieser Stelle nicht vergessen. Aber auch in Schleswig-Holstein sind die Hilfs- und Aufnahmebereitschaft groß. Das gilt auch nicht nur für die staatlichen Strukturen - auch das wurde schon von Vordnern gesagt. Gerade das private Engagement ist sehr groß. Das sollten wir ganz besonders würdigen und unterstützen, damit das so bleibt, damit die Ehrenamtler ihre Kraft behalten, damit die Kommunen weiterhin viel leisten. Das sollten wir unterstützen, damit das auch weiterhin anhält. Denn wir werden das noch eine ganze Weile brauchen, meine Damen und Herren.

Die Folgen des Krieges sind wirklich entsetzlich: Verwundung, Tod und Zerstörung. Tausende Fami-

lien werden zerrissen, Existenzen werden vernichtet, Lebenspläne werden über den Haufen geworfen. Die Kollegin Raudies hat es angesprochen: Wir in Schleswig-Holstein haben in unseren Familien ja nicht selten selbst noch Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung. Da kommt Vieles an Erinnerungen wieder hoch. Wir werden jetzt alles tun, was möglich und notwendig ist, um Leid abzumildern, Schutz zu bieten und auch zerplatzte Träume durch neue Chancen für die zu uns geflüchteten Menschen zu ersetzen.

Damit haben wir bereits begonnen. Wir unterstützen die Kommunen bei der Aufnahme der Geflüchteten, wir schaffen Wohnraum und Notunterkünfte, wir stellen Angebote zur Betreuung und Teilhabe von Kindern sicher, und die Beratungsstellen werden weiter unterstützt. Mit den weiteren 400 Millionen € werden wir weitergehende Maßnahmen finanzieren. Es wird dabei vor allem um die Aufnahme und Unterbringung gehen, die Herrichtung von Wohnraum. Das ist natürlich schon in einer angespannten Wohnungsmarktlage ein Problem, aber es ist notwendig, und es gibt dabei viel Engagement.

Es geht um die Unterstützung der Menschen in allen Belangen des Lebens. Es geht um die Integration. Es ist wichtig - das ist eine Lehre aus den vergangenen Jahrzehnten -, mit Integration früh zu beginnen. Man muss davon ausgehen, dass viele Menschen nicht in die Heimat zurückkehren können, wenn wir uns die Bilder gerade in der Ostukraine anschauen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Besonders wichtig ist die Sprachvermittlung. Hier auch gerade im Fokus: die Kinderbetreuung, die Schulbildung, psychosoziale und traumapädagogische Betreuung. Es muss aber auch um die Unterstützung von Menschen mit besonderen Bedarfen gehen, vor allem um Schwangere, um Menschen mit Behinderungen, aber auch zum Beispiel um Waisen.

In unserer Kreisstadt Ratzeburg im Herzogtum Lauenburg beispielsweise gibt es ein ganzes Heim mit kleinen Waisenkindern, die durch eine private Initiative aus Sumy angekommen sind. Wenn man sich das anschaut und mit den Menschen spricht, die mit den Kindern hergekommen sind und jetzt bei uns betreut werden, sieht man, es sind erschütternde Berichte. Es gibt unheimlich viel zu tun, und das muss jetzt finanziert werden. Wir müssen schnell helfen, meine Damen und Herren, damit diese auch jungen Menschen, diese Waisenkinder, die es im

(Christopher Vogt)

Leben eh schon schwer genug haben, bei uns vernünftig ankommen und hier vernünftig leben können.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Kein Mensch in Schleswig-Holstein soll mit dem Erlebten bei seiner Orientierung im neuen Leben alleingelassen werden. Diese Unterstützung sehen wir als unsere humanitäre Verpflichtung an. Da stehen wir beisammen.

Wir können jetzt die Folgen des Ukrainekrieges bei den zu uns geflohenen Menschen abmildern. Die Schuldenbremse erlaubt diese Ausnahme. Es wird einen Tilgungsplan geben, und es könnte sein, dass wir diese Mittel zumindest noch nicht vollumfänglich benötigen werden. Es werden auch Bundesmittel zur Verfügung gestellt, die vorrangig verwendet werden; das ist auch vernünftig. Wir dürfen auch nicht die Augen davor verschließen, dass uns die Auswirkungen des Krieges sicherlich auch im Jahr 2023 und im Zweifel darüber hinaus herausfordern werden.

Ich bin zuversichtlich, dass wir das auch - in welcher politischen Konstellation auch immer - hinbekommen werden.

Zu den Kitas. Darüber werden wir noch reden. Ich verstehe, dass man über die Gruppengrößen streiten kann. Ich bin aber schon ein bisschen erstaunt über die pauschale Kritik der SPD. Auch das macht niemand gerne, ist aber ein Gebot der Solidarität. Das ist zumindest mein Verständnis von Solidarität, dass wir auch dort handeln.

Meine Damen und Herren, wenn wir sehen, welche Kriegsverbrechen Russland begeht, Frauen und Kinder beschießt, keine Fluchtkorridore ermöglicht, dann sehen wir, dass wir die Ukraine noch stärker unterstützen müssen - aus meiner Sicht auch mit schweren Waffen -, damit sich die Menschen in der Ostukraine verteidigen können, damit die Massaker an Frauen und Kindern, an Zivilisten, die wir jeden Tag sehen müssen, verhindert werden. Wir müssen der Ukraine helfen. Wir verteidigen auch unsere Freiheit, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Abschließend will ich sagen: Schleswig-Holstein wird bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen zusammenstehen - wieder zusammenstehen. Das war auch in der Vergangenheit so - parteiübergreifend. Das ist gerade wenige Tage vor einer wichtigen Wahl nicht selbstverständlich. Ich bedanke

mich bei allen Beteiligten, bei den Finanzpolitikern, allen voran bei Monika Heinold, aber auch bei der Opposition von SPD und SSW. Vielen Dank für diesen Zusammenhalt! Das ist wichtig, gerade wenige Tage vor der Wahl in diesen schwierigen Zeiten. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es zeichnet Schleswig-Holstein aus, dass wir unsere parteipolitischen Differenzen außen vor lassen, wenn es darauf ankommt, eine große Herausforderung schnell und gemeinsam anzupacken. Das war beim Corona-Notkredit so, und das ist nun bei der Hilfe für die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine auch so. Schleswig-Holstein steht zusammen - fest an der Seite der Menschen, die unsere Hilfe benötigen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das!)

Natürlich stellt uns diese Situation vor eine gewaltige Aufgabe - infrastrukturell, finanziell und gesellschaftlich. Aber wir nehmen diese Aufgabe an, denn es ist für uns selbstverständlich, dass wir unserer humanitären Verantwortung nachkommen.

In der letzten Nachtragshaushaltsdebatte hatten wir ja gemeinsam und sehr kurzfristig die ersten Geldumwidmungen als einen ersten Schritt freigegeben und uns dazu verabredet, zeitnah näher über die angekündigten weiteren bis zu 400 Millionen € zu sprechen. Die weiteren Details haben wir in den vorliegenden Anträgen nun parteiübergreifend festgehalten. Es ist ein wichtiges Signal, dass wir uns gemeinsam - somit unabhängig vom Ausgang der Landtagswahl - auf dieses weitere Vorgehen verständigt haben.

Das Paket hat einen Umfang von maximal 400 Millionen € die aus bereits freigegebenen Mitteln der Corona-Notkredite umgewidmet werden. Dazu werden wir den beschlossenen Ermächtigungsrahmen zum Ausgleich des strukturellen Defizits um 400 Millionen € senken und diese Summe im Gegenzug gezielt für die Unterstützung der Ukraine-Flüchtlinge bereitstellen. Natürlich geht es dabei

(Lars Harms)

nun in allererster Linie um die Bereitstellung von Unterkünften, Nahrung, Kleidung, medizinischer Versorgung und allem, was in den ersten Tagen und Wochen nach Ankunft erst einmal die Grundbedürfnisse deckt. Hinzu kommen die Organisation und die Kosten für Kitas, Schulen und weitere Betreuungs- und Bildungsangebote für die geflüchteten Kinder und Jugendlichen, damit diese zumindest in einer gewissen Form von Alltagsleben ankommen können.

Darüber hinaus wird sich in den nächsten Wochen herauskristalisieren, wie groß der Bedarf an weiteren Unterstützungsleistungen, beispielsweise der Behandlung von posttraumatischen Belastungsstörungen, ist. Auch weitere Unterstützungs- und Teilhabeprogramme, unter anderem zu den Stichworten Arbeitsmarktintegration, Studium, Migrationsberatung und zum Ehrenamt - das dürfen wir nicht vergessen -, sind in unseren Anträgen vorgesehen.

Natürlich wird das eine riesengroße Herausforderung und ein Kraftakt für alle - Eltern, Kinder, alle involvierten Mitarbeiter der verschiedenen Einrichtungen und auch die vielen Ehrenamtlichen -, aber wir müssen und werden diese Situation gemeinsam angehen und meistern.

All dies zeigt, dass Schleswig-Holstein gewillt und gerüstet ist, den zu uns geflüchteten Menschen umfassend zu helfen und ihnen eine Perspektive zu geben. Die Absprachen zwischen Land und Kommunen standen dabei ziemlich zügig. Die Hilfe vor Ort ist überwältigend und pragmatisch angelaufen. Nun ist es noch am Bund, verlässliche Finanzierungszusagen zu machen. Eine faire Kostenteilung zwischen Bund, Land und Kommunen ist unabdingbar. Denn die besagten 400 Millionen € verstehen sich als in Aussicht gestellter Finanzierungsrahmen, der immer nur bis zur aktuell benötigten Summe und eben nicht pauschal auf einen Schlag ausgeschöpft werden darf. So haben wir es bewusst und eindeutig im Entschließungsantrag formuliert. Bundesmittel sind stets - wie bei den Corona-Nothilfemitteln - vorrangig zu verwenden.

Außerdem fordern wir die Landesregierung auf, bis Anfang Juni Eckwerte für die weitere Planung vorzulegen und uns monatlich schriftlich über die Ausgaben auf dem Laufenden zu halten, denn natürlich ist uns allen klar: Die aktuelle Lage ist weiterhin sehr dynamisch; es kommen tagtäglich weitere Menschen an. Daher bleibt eine Kosten- und Maßnahmenprognose weiterhin schwierig. Dennoch müssen wir möglichst bald mit konkreteren Einschätzungen weiterarbeiten können.

Wovon wir aber schon ziemlich sicher ausgehen können: Die nun vorerst veranschlagten umgewidmeten 400 Millionen € werden langfristig womöglich nicht ausreichen. Gegen Ende des Jahres werden wir wohl über weiteres Geld sprechen müssen. Doch, wie gesagt, meine Damen und Herren: Humanitäre Hilfe wird in Schleswig-Holstein weder an einer bestimmten Konstellation von Regierung und Opposition noch am Geld scheitern. Wichtig ist und wird immer bleiben, dass geflüchteten Menschen geholfen wird. Auch aus diesem Grunde möchte ich mich dem Dank der Vorredner an alle - sowohl an Regierungs- als auch an Oppositionsfraktionen - anschließen, dass wir das gemeinsam hinbekommen haben.

Eines, meine Damen und Herren, kann ich mir nicht verkneifen: Ich fühle mich darin bestätigt, dass wir damals, als wir die Schuldenbremse beschlossen haben, als einziges Land eine Zweidrittelregelung eingebaut haben, um auch die Opposition einzubinden. Ich merke immer mehr, dass das ein kluger Schachzug war, denn das führt dazu, dass wir Verantwortung übernehmen können, es aber eben auch darauf ankommt, dass wir sie übernehmen. Das zeigt, wie gut dieses Instrument hier funktioniert. In dem Sinne: Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit und richtig gute Anträge sowie weiterhin - auch über Legislaturperioden hinaus - eine vernünftige Zusammenarbeit! - Danke schön.

(Beifall SSW, FDP, vereinzelt CDU und SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Krieg in der Ukraine dauert nun bereits 63 Tage, und das menschliche Leid nimmt täglich zu. Kaum jemand von uns hätte vor dem 24. Februar 2022 geglaubt, dass es in unserer Nachbarschaft, mitten in Europa, wieder einen Krieg geben könnte. Und nach dem 24. Februar gingen die meisten davon aus, dass der Krieg schon nicht allzu lange dauern würde. Das sieht mittlerweile anders aus. Seriöse Voraussagen dazu, wann dieser Krieg und das durch Putins Truppen verursachte Leid ein Ende finden, sind nicht möglich.

Seit Kriegsbeginn hilft Deutschland und nimmt wie andere Staaten ukrainische Flüchtlinge auf. Weil wir nicht wissen, wie lange in der Ukraine noch ge-

(Jörg Nobis)

kämpft wird, müssen wir uns darauf einstellen, dass die zu uns kommenden Ukrainer nicht sofort zurückkehren werden können. Dies gilt umso mehr, als in Teilen der Ukraine in erheblichem Umfang auch Wohnraum zerstört wurde.

Wir als AfD stehen seit jeher dafür, dass Kriegsflüchtlingen in der Region geholfen wird. Die Ukraine ist zwar kein direkter Nachbar, aber doch ein Land und eine Nation in der Nachbarschaft. Wir helfen daher gern. Das kostet selbstverständlich Geld, auch das ist uns klar - für die Unterbringung, die Beschulung sowie für soziale Leistungen. Ein Großteil dieser Leistungen wird vor Ort in den Kommunen erbracht, teilweise von den Kreisen vorgestreckt und teilweise direkt von den Kreisen finanziert. Die Aufgabe des Landes ist es nun, hier einen angemessenen Lastenausgleich herzustellen, damit die Kommunen nicht auf ihren Kosten sitzenbleiben. Das sollte so unbürokratisch wie möglich erfolgen; die Aufnahmepauschale in Höhe von 500 € ist deshalb ein vernünftiger Ansatz. Auch, dass Vorhaltekosten zumindest vorübergehend übernommen werden sollen, ist richtig, damit die Kommunen nicht sprichwörtlich untergehen.

Schleswig-Holstein hilft. Die Hilfsbereitschaft und das Engagement umfassen Ehrenamtliche ebenso wie die vielen Verwaltungsmitarbeiter, die mit außerordentlichem Einsatz ihren Anteil zum Gelingen beitragen.

Uns trägt aber auch die Hoffnung, dass wir den ukrainischen Flüchtlingen eine sichere Bleibe bieten können und sie baldmöglichst wieder in ihre Heimat zurückkehren können, denn das, meine Damen und Herren, wollen die allermeisten Ukrainer. Sie lieben ihre Heimat, sie haben dort Familie und wollen die Daheimgebliebenen, ihre Männer, Väter oder auch Söhne, wieder in die Arme schließen - in einer friedlichen Ukraine, in einer souveränen Ukraine. Wir als AfD hoffen, dass sie dies alsbald tun können.

Wir sehen, dass die Zahl der Neuankömmlinge in Deutschland aktuell sinkt und dass es sogar eine vorsichtige Rückkehrtrendenz - insbesondere aus Polen - in die Westukraine gibt, seitdem dort nur noch vereinzelt Kampfhandlungen stattfinden.

Wir bereiten aber heute mit unserer Zustimmung zu den entsprechenden Anträgen auch den Fall vor, dass der Krieg länger dauern sollte und eine sichere Rückkehr so schnell nicht möglich sein wird. Dass Sie die Finanzierung allerdings mit den aus unserer Sicht klar verfassungswidrigen Corona-Notkrediten verknüpft haben, ist dabei sehr ärgerlich.

Unsere Zustimmung zu Ihrem Antrag ändert nichts an unserer Kritik an diesen finanzpolitischen Tuschenspielertricks. Wir hätten uns da einen weiteren Topf gewünscht, wofür Sie die Coronakrise dann auch genutzt haben. Aber das Kind ist ja bereits in den Brunnen gefallen. Heute geht es allerdings um das Ergebnis, und das lautet: Wir helfen gern den ukrainischen Kriegsflüchtlingen und lassen die Kreise und Kommunen nicht im Regen stehen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat die Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Jeden Tag erreichen uns katastrophale Nachrichten aus den Kriegsgebieten in der Ukraine, auch heute Morgen wieder: Angriffe in der Ostukraine und im Süden. Russland eskaliert die Situation mit Drohungen von Atombomben und einem Dritten Weltkrieg. Das ist dramatisch. UN-Generalsekretär Guterres hat sehr deutlich gemacht, dass nicht ukrainische Soldaten in Russland stehen, sondern russische Soldaten in der Ukraine, und er hat ein Ende dieses Krieges gefordert.

Schleswig-Holstein, Deutschland, Europa und die Welt - wir stehen an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer. Sie kämpfen für unsere Demokratie, und wir sagen sehr deutlich: Diese brutale Gewalt des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs in der Ukraine muss gestoppt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW und Claus Schaffer [AfD])

Mehr als zwölf Millionen Menschen mussten ihre Wohnorte verlassen und befinden sich auf der Flucht, darunter mehr als vier Millionen Kinder - unermessliches Leid. Für uns hier in Schleswig-Holstein ist es deshalb selbstverständlich, dass wir diesen Menschen ein sicherer Hafen sind. Dazu gehören Unterbringung, Versorgung und Öffnung von Kitas und Schulen für die Kinder. Humanität darf nicht am Geld scheitern. Das war meine Leitlinie als Finanzministerin 2015, und das ist sie auch heute.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Das Parlament beschließt heute dafür einen Notkredit. Zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode

(Ministerin Monika Heinold)

stehen wir in der Krise zusammen: CDU, SPD, Grüne, FDP und SSW. Dafür bin ich sehr dankbar.

Dass alle demokratischen Kräfte in diesen Zeiten einig sind und gemeinsam handeln, ist ein starkes Zeichen - auch gegenüber Russland. Es zeichnet uns hier in Schleswig-Holstein aus, dass wir zusammenstehen.

Gerade wo wir so sehr mitten im Wahlkampf sind und dort auch hart um die besten Konzepte ringen: Wenn es wirklich hart auf hart kommt, dann sind wir ohne Zögern bereit, unsere Werte gemeinsam zu verteidigen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Es geht um drei Beschlüsse: Die Absenkung des Corona-Notkredits um 400 Millionen € den Beschluss für einen neuen Notkredit in gleicher Höhe und ebenfalls selbstverständlich mit einer vereinbarten Tilgung, und es geht um den Entschließungsantrag, über den Sie auch gesprochen haben, über die Verwendung der Mittel zur Unterstützung der Kommunen. Ich finde den Titel, den Sie als Parlament gewählt haben, ausgesprochen gut: „Schleswig-Holstein übernimmt Verantwortung“.

Diese drei Beschlüsse sind richtig, sie sind gut, sie sind notwendig. Natürlich muss das Parlament eingebunden werden, das ist doch selbstverständlich. Wir haben es auch beim Coronakredit in den letzten Wochen und Monaten geschafft, miteinander die Dinge auf den Weg zu bringen. Wenn wir Kosten kennen, dann nennen wir sie auch. Noch können wir nicht kleinteilig sagen, welches Geld wofür ausgegeben werden muss, aber der Rahmen ist beschrieben. Das Verfahren ist beschrieben. Wir sind - das ist das absolut Notwendige und Wichtige für die nächsten Wochen - voll handlungsfähig als Parlament, als Regierung. Danke dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt FDP und Beifall Birte Pauls [SPD])

Wir sind mit den Kommunen in guten Gesprächen und haben erste Schritte klar vereinbart. Die Kommunen leisten Enormes - Ehrenamt wie Hauptamt. Land und Kommunen stehen eng beieinander, wir werden eine faire Kostenverteilung miteinander besprechen.

Inzwischen hat sich auch der Bund klar positioniert. Er stellt - Frau Raudies, zum Glück nicht 2 Millionen € sondern 2 Milliarden € das wäre sonst ein bisschen wenig gewesen - 2 Milliarden € für Aufnahme, Unterbringung und Versorgung für die Ver-

triebenen, für die Flüchtlinge, die zu uns kommen, zur Verfügung. Das sind 68 Millionen € für unser Land. Das ist eine akzeptable Lösung, zumal vereinbart wurde, die Dinge im November neu zu beleuchten, zu bewerten und zu evaluieren.

Oberste Priorität hat jetzt, dass wir den vielen Geflohenen und oft traumatisierten Menschen helfen, durch diese schwere Zeit zu kommen. Gerade den Kindern, die zu uns kommen, fühlen wir uns alle emotional verpflichtet, gerade in Erinnerung - Herr Plambeck, ich meine, Sie hätten das gesagt, und auch Frau Raudies hat das betont - der vielen Fluchtgeschichten, die wir alle in uns tragen.

Als Land haben wir sehr schnell damit begonnen, die notwendigen Dinge zu organisieren. Es war uns allen wichtig - CDU, SPD, FDP, SSW und Grünen -, uns allen eine Herzensangelegenheit, 15 Millionen € zusätzlich für Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Das ist ganz, ganz wichtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Ich möchte mich abschließend bei allen bedanken, die ehrenamtlich und hauptamtlich unterwegs sind, all die engagierten Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, die unglaublich großen Einsatz zeigen. Wir alle gemeinsam sorgen dafür, dass unser Land ein sicherer Hafen für Kriegsflüchtlinge ist und bleibt, wir nehmen unsere Verantwortung gemeinsam wahr, Schleswig-Holstein steht zusammen, Schleswig-Holstein trägt Verantwortung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Die Landesregierung hat die verabredete Redezeit um 1 Minute 30 Sekunden erweitert. Ich sehe aber nicht, dass davon Gebrauch gemacht werden soll, weil weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Dann schließe ich die Beratung, und wir kommen zu den Abstimmungen.

Abstimmung in der Sache: Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3818 (neu) - 2. Fassung -, in der Sache abstimmen. Ich weise darauf hin, dass nach Artikel 61 Absatz 3 der Landesverfassung eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages, also 49 Stimmen, erforderlich ist. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das se-

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

he ich nicht. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung zu b). Auch hier lasse ich über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3819 (neu), in der Sache abstimmen. Ich weise darauf hin, dass nach Artikel 61 Absatz 3 der Landesverfassung eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages erforderlich ist. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen worden.

Dann kommen wir zur Abstimmung zu c). Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3820, in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen und Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3814

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile für die FDP-Fraktion dem Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jamaika gibt Gas.

(Beifall FDP und CDU)

- Ich könnte die Rede jetzt schon beenden, ich möchte aber noch gern darauf eingehen, dass wir das Landeswassergesetz ändern und das Verfahren zur Schaffung eines LNG-Terminals in Brunsbüttel deutlich beschleunigen wollen. Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn wird ermöglicht, und das ist gut und richtig so.

(Beifall FDP und CDU)

Soweit es die Hafenanlagen betrifft, liegt die Gesetzgebungskompetenz beim Land. Beim vorliegenden Gesetzesentwurf geht es insbesondere darum, dass in Häfen, die überwiegend der Energieversor-

gung oder dem Klimaschutz dienen, bereits vor der Planfeststellungsentscheidung erste vorbereitende Baumaßnahmen eingeleitet werden können. Der Bedarf und das öffentliche Interesse für das Terminal sollen mit diesem Gesetz festgeschrieben werden. Durch unsere Gesetzesänderungen könnten dann erste Baumaßnahmen schon parallel zum Planungsverfahren angefangen werden. Das würde den ganzen Prozess um zwei Jahre verkürzen. Man käme zu einer Fertigstellung nicht erst 2026 oder 2027, sondern deutlich vorher.

(Beifall FDP und CDU)

Sie sehen, meine Damen und Herren: Jamaika handelt pragmatisch, Jamaika handelt zielführend für mehr Versorgungssicherheit. Ich bin froh und dankbar, dass das hier möglich ist und auch der Bund voll hinter dem LNG-Terminal steht und sich sogar finanziell beteiligt.

(Beifall FDP und CDU)

Der Bau von LNG-Terminals dient der Daseinsvorsorge. Dies muss von staatlicher Seite unterstützt und beschleunigt werden. Neben der finanziellen Beteiligung des Bundes ist die Möglichkeit der Legalplanung für LNG-Terminals und ähnliche Anlagen - wie das in Brunsbüttel vorgesehene Ammoniak-Terminal - in Betracht zu ziehen. Es braucht zudem eine Reduzierung des Rechtsmittelverfahrens auf eine Klageinstanz, die sofortige Vollziehbarkeit des Baurechts sowie eine Vereinfachung und Beschleunigung der Umweltverträglichkeitsprüfungen.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

- Sie dürfen gern klatschen, ich war aber noch nicht fertig. Zur schnellstmöglichen Verbesserung unserer Versorgungssicherheit muss wirklich alles in Betracht gezogen werden, um die LNG-Terminals ähnlich schnell und pragmatisch zu realisieren wie den Bau von Teslas Gigafactory in Brandenburg.

(Beifall FDP und CDU)

Der Ukrainekrieg hat noch einmal gezeigt, wie importabhängig Deutschland bei der Erdgasversorgung ist. Für die Unternehmen und die Verbraucherinnen und Verbraucher muss die Versorgung weiter sichergestellt werden. Deswegen müssen jetzt wirklich alle Möglichkeiten genutzt werden, um das LNG-Terminal in Brunsbüttel so schnell wie möglich zu realisieren.

(Beifall FDP)

Der Import von LNG wird zur Versorgungssicherheit Deutschlands beitragen und die Abhängigkeit

(Oliver Kumbartzky)

von Energieimporten aus Russland reduzieren. Dafür braucht es private Importterminals, die perspektivisch eben nicht nur für LNG, sondern auch für andere Produkte auf Wasserstoffbasis, wie zum Beispiel Ammoniak, genutzt werden können.

Das geplante LNG-Terminal in Brunsbüttel ist, wie gesagt, ein richtiger erster Schritt für mehr Versorgungssicherheit. Der Abschluss erster Verträge mit großen Kunden wie zum Beispiel Shell bestätigt den Bedarf einer solchen Infrastruktur. Beim Import von LNG nach Deutschland ist aber auch auf eine bestmögliche Diversifizierung der Lieferbeziehungen zu achten, um keine neuen einseitigen Abhängigkeiten zu schaffen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Für die schnelle Reduzierung der Gasimporte aus Russland braucht Deutschland bis zur Fertigstellung von LNG-Terminals sogenannte Floating Storage and Regasification Units, also schwimmende LNG-Terminals. Wir unterstützen die Kontrahierung dieser Schiffe und sind dafür, schnellstmöglich mehrere Einheiten an das deutsche Gasnetz anzuschließen. Bei der Standortauswahl ist es wichtig, dass mit der Verteilung über die Nord- und Ostseeküste die Versorgungssicherheit im gesamten Gasnetz erhöht wird. Gleichzeitig sollten die schwimmenden LNG-Terminals natürlich nicht zu negativen Anreizen für den Bau von festen LNG-Terminals führen.

Meine Damen und Herren, Brunsbüttel war für uns Freie Demokraten schon seit vielen Jahren der ideale Standort für ein LNG-Terminal. Wir freuen uns, dass das Projekt nun von einer sehr breiten Mehrheit getragen wird. Ein großer Pluspunkt Brunsbüttels ist die dort bereits vorhandene Infrastruktur sowie die Erfahrung im Umgang mit Gefahrgütern. Das Industriegebiet Brunsbüttel wird zudem einen signifikanten Anteil des LNG direkt abnehmen können und so zu einer unmittelbaren Entlastung des Erdgasnetzes beitragen.

Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, dass natürlich gleichzeitig die jetzt notwendigen Maßnahmen mit den mittel- und langfristigen Plänen zur Energiewende harmonisiert und entsprechend integriert werden müssen. Die kurzfristig nötigen Projekte müssen an die langfristigen Projekte angepasst werden und auf zukünftige Innovationen ausgerichtet sein.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Gesetzesentwurf ist eine gute Maßnahme für den Energie- und Industriestandort Schleswig-Holstein und für die Versorgungssicherheit Deutschlands.

Ich freue mich auf die Anhörung nachher im Wirtschaftsausschuss und natürlich auch auf die nun folgenden Redebeiträge und gebe damit zurück ans Präsidium. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf: Das Wort hat das Präsidium!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Danke. - Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Hölck das Wort.

Thomas Hölck [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bau von LNG-Terminals in Norddeutschland, in Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade, ist von nationaler Bedeutung. Es geht um Energieversorgungssicherheit, es geht es um die ökonomische und soziale Stabilität des Landes. Es war immer klar, dass Erdgas auf dem Weg in die Klimaneutralität eine Brücke darstellen würde. Das ist ein notwendiger Schritt.

In einem klimaneutralen Deutschland 2045 beziehungsweise in einem klimaneutralen Schleswig-Holstein 2040, wie wir es wollen, wird Erdgas so gut wie keine Rolle mehr spielen. Denn grüner Wasserstoff wird das Erdgas nach und nach verdrängt haben. Unter dieser Bedingung lässt sich LNG daher rechtfertigen. Bis wir so weit sind, führt leider kein Weg an Gasimporten vorbei.

Das LNG-Terminal in Brunsbüttel war auch schon vor dem Ukrainekrieg notwendig. Wir brauchten im Gegensatz zu den anderen diesen schrecklichen Krieg nicht, um zu wissen, dass Versorgungssicherheit von unterschiedlichen Lieferanten abhängig ist. Es ging uns auch immer um die Energieversorgungssicherheit und um die Arbeitsplätze im Industriegebiet Brunsbüttel.

(Beifall SPD - Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit dem Krieg in der Ukraine ist eine geopolitische Zeitenwende eingetreten, auch für den Import von fossiler Energie aus Russland. Etwa 55 % der deutschen Erdgasversorgung stammen aus Russland. Das kann und darf nicht so bleiben. Deshalb handelt die Bundesregierung. Schon jetzt konnten wir die Importe fossiler Energieträger aus Russland verringern. Perspektivisch steigen wir bis Sommer dieses Jahres aus dem Import russischer Kohle aus. Die Unabhängigkeit von russischem Öl haben wir schon nahezu erreicht. Ausgehend von anfänglich 35 % Importquote aus Russland vor dem Ukraine-

(Thomas Hölck)

krieg liegen wir heute bei 12 % und schaffen in kürzester Zeit auch den vollständigen Stopp.

Die Abkehr vom Import russischen Gases dauert aber länger, als wir es uns wünschen. Dafür benötigen wir einen nationalen Kraftakt. Die einzige realistische und zukunftsfähige Alternative zum Import aus Russland ist der Bau von LNG-Terminals, um den Import von Erdgas aus anderen Ländern zu ermöglichen. Von den aktuell 46 Milliarden m³ Gas aus Russland wird ein großer Teil durch LNG ersetzt werden. 1 Milliarde m³ sind bereits kurzfristig über die Niederlande abgesichert worden. Mit der Anmietung der schwimmenden LNG-Terminals können schrittweise bis Sommer 2024 weitere 27 Milliarden m³ gewährleistet werden. Wenn das Terminal in Brunsbüttel fertig ist, kommen noch einmal 8 Milliarden m³ hinzu.

Mit einer weiteren Reduktion der Importe aus Russland können wir bereits im Sommer 2024 auf einen Anteil am deutschen Gasverbrauch von nur noch 10 % kommen. Deshalb macht die Bundesregierung Druck. Zur Wahrheit gehört, dass die Jamaika-Koalitionäre nicht die großen LNG-Pioniere im Land sind, als die sie sich präsentieren.

Wir werden der Änderung des Landeswassergesetzes zustimmen, um den beschleunigten Bau der Hafenanlagen in Brunsbüttel hinzubekommen. Aber warum kommen Sie damit erst jetzt um die Ecke? Und wo sind die Antragsunterlagen für den Genehmigungsprozess? Die hätten schon längst fertig sein können! Gucken Sie einmal nach Niedersachsen: Dort sind für den Anleger in Stade 6.000 Seiten Antragsunterlagen überreicht worden!

(Beifall SPD)

Auf niedersächsischer Seite spricht man von Deutschlandtempo, in Schleswig-Holstein bei Jamaika von Schnecken tempo.

(Unruhe)

Es ist richtig, dass die Landesregierung die Initiative ergreift, ein schwimmendes LNG-Terminal in Brunsbüttel zu installieren. Aber hören Sie auf, sich mit fremden Federn zu schmücken! Die schwimmenden LNG-Terminals werden auf Initiative der Bundesregierung angemietet. Dafür wurden 2,5 Milliarden € zur Verfügung gestellt.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage - -

Thomas Hölck [SPD]:

Nein, ich bin jetzt am Ende und werde keine Zwischenfrage mehr zulassen.

(Zurufe von der Regierungsbank)

Es freut uns sehr, dass Sie den Kurs der Bundesregierung an dieser Stelle unterstützen möchten, und ich freue mich auf die Beratung im Wirtschaftsausschuss. Wir werden dem Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswassergesetzes in zweiter Lesung zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD - Serpil Midyatli [SPD]: Wie ist das eigentlich mit Kommentaren von der Regierungsbank? Ich meine, dazu gab es mal Regelungen in diesem Haus! - Unruhe)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian das Wort.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Heute beschließen wir Beschleunigungen für das LNG-Terminal. Wir wollen unsere Planungsverfahren parallel laufen lassen - der Kollege Kumbartzky hat das umfangreich dargestellt -, wir führen ein beschleunigtes Gesetzgebungsverfahren durch, führen heute in der Mittagspause eine mündliche Anhörung durch und beschäftigen uns im Ausschuss mit Kritik und weiteren Anregungen zu dem Thema.

Im Endeffekt - da verrate ich kein Geheimnis - sieht es für den Gesetzentwurf sehr gut aus, und wir werben um Zustimmung, weil wir den Bau eines LNG-Terminals in Schleswig-Holstein mit Tesla-Geschwindigkeit wollen und brauchen.

(Beifall CDU und FDP - Lars Harms [SSW]: Gab es das auf Twitter?)

Herr Kollege Hölck, ich bin froh, dass Sie mich mit Ihren Redebeiträgen in diesem Hause kontinuierlich verstören. Wenn wir ehrlich sind, ist es so, dass die Jamaika-Koalition frühzeitig erkannt hat, dass wir LNG in unserem Land brauchen. So heißt es im Koalitionsvertrag, der im Jahr 2017 geschlossen wurde:

„Wir halten es für dringend erforderlich, zur Nutzung von LNG ... die notwendigen Beteiligungs- und Bunkereinrichtungen in Schleswig-Holstein zu schaffen ... Wir wer-

(Lukas Kilian)

den ... LNG-Terminal in Brunsbüttel vorantreiben.“

(Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie jetzt implizieren wollen, dass ein Koalitionspartner einen Krieg bräuchte, um diese Erkenntnis zu haben, stimmt das schlicht und ergreifend nicht. Vielmehr haben wir uns im Rahmen der Koalitionsverhandlungen bereits darauf geeinigt. Auch das zeigt, wie gut die Jamaika-Koalition im Land funktioniert. Wir beschließen in der Hochphase des Wahlkampfes ein derartiges Gesetz, weil wir uns der Verantwortung stellen und nicht machtpolitisch taktieren, zaudern und zögern, wie das anderenorts geschieht. Unsere Abgeordneten und unsere Regierungskoalition stellen sich der Verantwortung und beschließt entsprechende Beschleunigungen.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das Land baut die doch nicht!)

- Das Land baut die nicht; das haben nicht alle in diesem Haus verstanden; das ist aber nicht so schlimm.

Wenn wir uns einmal an die Koalitionsverhandlungen erinnern: Der frisch gewählte Abgeordnete Kilian saß mit am Tisch und durfte lauschen und manchmal mitreden. Zu dem Zeitpunkt gab es einen ehemaligen Staatssekretär, der für die Grünen verhandelt hat. Wer kann das gewesen sein? Meines Wissens war sein Name Thomas Losse-Müller. Dieser Herr war damals derjenige, der mit Abstand am meisten dagegen war. Das ist derselbe Mann, der jetzt als Spitzenkandidat der SPD so tut, als stünden die Grünen hier auf der Bremse. Das nennt man wohl Vielseitigkeit.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Zurufe)

Zur Sache, um die Dinge kurz einzuordnen: Es ist richtig, dass wir das Gesetz jetzt so verändern, dass wir Planung und Bau parallel laufen lassen, und es ist gut, dass die SPD zustimmt. Es ist etwas albern, dass Sie deswegen Ihr parteipolitisches Klein-Klein mit den Grünen anfangen wollen, denn das war bereits in unserem Koalitionsvertrag angelegt. Es ist wichtig, dass die Bundesregierung mit in das Konsortium einsteigt, weil sich ohne den Einstieg der Bundesregierung aktuell kein Betreiber hätte finden lassen. Das ist der Grund dafür, dass es jetzt vorangeht. Es ist super, dass die Bundesregierung an dieser Stelle nicht zögert und zaudert, aber das ist ja auch nicht Ihr Part, sondern der von den Grünen. Ich bin sehr dafür, dass wir Energiesouveränität

auch ohne Krieg für wichtig halten und Importmöglichkeiten in unserem Land schaffen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns im Land weiterdenken: LNG ist eine Brückentechnologie, lassen Sie uns die Terminals so errichten, dass dort ein Multi-Energy-Terminal entsteht, dass wir auch H2-ready sind, weil wir mit der Energiewende in diesem Land anderes wollen als LNG; aber aktuell müssen wir das machen. Deswegen bitte ich um Zustimmung zum Gesetzentwurf. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth das Wort.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Gäste! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es sind in der Tat die Grünen, die auf Bundesebene gern Projekte und deren Realisierung anschieben; der Verantwortung werden wir, wenn wir sie bekommen, gern gerecht.

Ich möchte vorab eine Anmerkung machen: Ich hoffe sehr, dass wir in künftigen Koalitionsverhandlungen tatsächlich vertraulich verhandeln - egal, wer daran beteiligt ist -, dass die Gespräche dort frei stattfinden können und man sich darauf verlassen kann, dass die Vertraulichkeit eingehalten wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich möchte anfangs darauf hinweisen, was auch der Kollege Kilian gesagt hat: Wir haben uns bereits im Vertrag der Jamaika-Koalition darauf verständigt, das Projekt LNG-Terminal in Brunsbüttel voranzutreiben. Jetzt ist auf Bundesebene etwas passiert: Die neue Bundesregierung forciert diese Ansiedlung, die neue Bundesregierung hat bereits Verträge für die Realisierung dieses Projekts vorbereitet, und die neue Bundesregierung hat vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine um eine schnelle Realisierung dieses Projekts gebeten.

Denn dieser Krieg führt dazu, dass Deutschland noch schneller unabhängiger von russischen Gaslieferungen werden muss, von russischen Energieimporten im Allgemeinen. Daran arbeitet nicht nur die gesamte Bundesregierung, sondern insbesondere das Bundeswirtschaftsministerium unter Hochdruck. Ich bin froh, dass Robert Habeck sehr konzentriert und zügig die Irrwege der Vergangenheit korrigiert, unter wirklich harten externen Bedingun-

(Joschka Knuth)

gen. Das ist wirklich ein guter Job, der im Bundeswirtschaftsministerium gerade gemacht wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem eingangs beschriebenen Hintergrund der klaren Vereinbarung im Koalitionsvertrag und der deutlichen geopolitischen Entwicklung und Zielformulierung der Bundesregierung ist dieser Gesetzentwurf entstanden.

Lassen Sie mich kurz darüber sprechen, was der Gesetzentwurf konkret regelt, weil das in der öffentlichen Kommentierung zum Teil hin- und herging.

Erstens. Wir beschreiben und legen fest, dass ein besonderes öffentliches Interesse an der Realisierung von Projekten der Energieversorgung besteht, aber auch - das ist nicht zu unterschätzen - an Projekten des Klimaschutzes und der Klimaanpassung für unsere Energiesicherheit.

Zweitens. Darüber hinaus steht im Gesetzentwurf der Wegfall der aufschiebenden Wirkung einer Klage. Das ist deshalb ein relevanter Baustein, weil wir gerade hier über Projekte sprechen, die nicht in der freien Fläche stattfinden, sondern in klar definierten Bereichen entlang der Kaikante, wo es vertretbar ist, dass die aufschiebende Wirkung wegfällt und eine zügige Realisierung von Projekten gerade unter dem Eindruck dessen, was ich eingangs beschrieben habe, stattfindet und nicht durch Klagen verhindert wird.

Drittens. Wir stellen fest, dass ein Bedarf besteht, dieses Terminal zu realisieren. Warum dieser Bedarf besteht, insbesondere vor dem Hintergrund der Energiesouveränität und der Energieunabhängigkeit von russischen Importen, habe ich eingangs erläutert.

Viertens - das ist ein relevanter Baustein -: Wir regeln mit dem Gesetzentwurf die abschnittsweise Zulassung und den vorzeitigen Beginn. Das heißt, Elemente dieses Realisierungsvorhabens können einzeln bereits zugelassen und begonnen werden, bevor das Gesamtverfahren zugelassen ist. Das machen wir insbesondere, weil dann bereits einzelne Projektbestandteile sauber abgearbeitet werden können, rechtlich sauber durchgeprüft sind und in die Realisierung, in Bau gehen können.

Fazit: Wir tun, was im Land vereinbart worden ist, und wir tun, was für den Bund notwendig ist. Wir beschleunigen Verfahren, ohne aber die Rechte der Bürgerinnen und Bürger oder Verbände zu beschränken. Das ist ganz entscheidend, das ist auch der Weg, den wir als Grüne mitgehen können; denn

es hätte auch eine ganze Reihe anderer Vorschläge gegeben, die auf dem Tisch lagen - von der Kürzung von Anhörungsfristen bis hin zu weiteren Einschränkungen -, die für uns eben nicht tragfähig und gangbar sind.

So schaffen wir Rechtssicherheit für die Realisierung von Projekten sowohl des LNG-Terminals als auch weitergehender Projekte im Bereich der Energiewende und des Klimaschutzes, von denen wir die große Hoffnung haben, dass sich weitere bei uns in Schleswig-Holstein - gegebenenfalls eben auch in Hafenanlagen und an Kaikanten - ansiedeln. Wenn das alles gut und wirksam ist, ist es auch richtig, das Gesetz, das jetzt erst einmal bis 2024 befristet ist, in der kommenden Wahlperiode zu evaluieren und zu schauen: Was können wir daraus für Lehren ziehen?

Das ist der Kurs der Jamaika-Koalition. Ich freue mich über die breite Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf und über das zügige parlamentarische Verfahren, das trotzdem noch eine Anhörung in der heutigen Mittagspause ermöglicht. Ich freue mich auf die weitere Beratung. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt uns in weiten Teilen der Versorgung vor bisher ungeahnte Herausforderungen. Die schrittweise Sanktionierung fossiler Rohstoffe aus Russland erfordert von uns ein energiepolitisches Umdenken. Dieser Krieg macht deutlich, wie sehr wir uns vom russischen Öl, Gas und auch von russischer Kohle abhängig gemacht haben. Daher ist es unbestritten, dass wir uns von den russischen Lieferungen unabhängig machen müssen.

Für den SSW sage ich ganz klar: Wir müssen raus aus der Abhängigkeit von russischem Gas. Lieferungen aus einem totalitären und kriegerischen Staat darf es für uns nicht länger geben.

(Beifall SSW)

Die Frage ist jedoch: Welchen Weg wollen wir dafür einschlagen, und was sind wir gewillt, im Gegenzug dafür aufzugeben?

(Lars Harms)

Russisches Erdgas soll nun durch LNG ersetzt werden. Eine Lösung, die unser grüner Bundeswirtschaftsminister Habeck dafür ausgehandelt hat, ist der Bezug von LNG unter anderem aus Katar. Hier sage ich ganz deutlich: Wir begeben uns in eine neue Abhängigkeit von einem Land, das noch weit von unserem demokratischen Verständnis für Bürger- und Menschenrechte entfernt ist.

Auch der Bezug von LNG aus den USA ist aus unserer Sicht keine Lösung des Problems. Das verflüssigte Gas aus den USA wird durch Fracking gewonnen, eine Fördermethode, die wir in Schleswig-Holstein aufgrund der enormen Risiken für Mensch und Umwelt zu Recht ausgeschlossen haben. LNG soll es nun richten, und damit werfen wir alle bisherigen Beschlüsse und Errungenschaften über Bord.

Ich sage ganz deutlich: LNG ist nicht die Lösung des Problems, LNG ist Teil des Problems. Wir werden nicht unabhängig von fossilen Rohstoffen, indem wir neue Gasinfrastrukturen aufbauen. Ein LNG-Terminal, das nun in Brunsbüttel aus dem Boden gestampft werden soll, wird nicht für zehn Jahre gebaut. Diese Gasinfrastruktur hat eine ökonomische Lebenszeit von 30 bis 50 Jahren. Damit überschreiten wir bei Weitem den Zeitpunkt, bis zu dem wir uns von fossilen Energieträgern verabschieden wollen. Die vom Bund angepeilte Klimaneutralität bis 2045 wird eindeutig gerissen und andere Ziele, die wir hier im Wahlkampf formuliert haben, erst recht.

Um dem LNG-Terminal in Brunsbüttel einen grünen Anstrich zu verleihen, spricht Jamaika von der perspektivischen - und soweit technisch sinnvoll - Möglichkeit eines Multi-Energy-Terminals, das später auf Wasserstoff umgerüstet werden soll. Hierzu gibt es jedoch keinerlei konkrete Pläne. Die technische Machbarkeit wird zudem infrage gestellt - übrigens auch von den Betreibern. Der Bevölkerung wird somit Sand in die Augen gestreut, und der Gaslobby wird das Wort geredet.

Wir haben bereits ein europäisches Pipelinennetz, das den deutschen Markt mit LNG versorgt oder versorgen kann. Terminals in Rotterdam, Dünkirchen oder Zeebrugge haben Kapazitäten, die wir nutzen können und die sich ausbauen ließen. Darüber hinaus will der Bund über 2 Milliarden € für die Nutzung schwimmender Flüssiggasterminals ausgeben.

Wenn wir schon über LNG reden - meinetwegen reden müssen -, dann doch über solche Möglichkeiten, die eben nur für einen überschaubaren Zeitraum gedacht sind. Damit einhergehend brauchen

wir aber weiter klare Ausstiegsszenarien, um unsere Klimaziele einzuhalten. Alternativen zum vorliegenden Gesetzentwurf gibt es also. Man muss sie nur wollen.

Wann so ein Terminal in Brunsbüttel stehen könnte, darüber ist sich nicht einmal die Landesregierung einig. Wie teuer uns LNG kommen wird, ist derzeit auch nicht absehbar. 500 Millionen € über KfW-Mittel will der Bund allein für das Terminal in Brunsbüttel geben, 2,5 Milliarden € für die Tanker. Die Netzausbaumaßnahmen werden laut Deutscher Umwelthilfe auf 640 Millionen € geschätzt, die dann aber vom Verbraucher getragen werden sollen.

LNG wird am Markt teurer gehandelt als Erdgas. Die Umwandlung von Gas in flüssig, die Regasifizierung sowie der Transport machen LNG zusätzlich teuer. Die beim LNG entstehenden Vorkettenemissionen sind höher als beim Pipelinegas. In Anbetracht der steigenden CO₂-Steuer werden für den Verbraucher hier zusätzliche Ausgaben entstehen; zahlen müssen dies am Ende des Tages der Steuerzahler und der Verbraucher. Gas wird dadurch immer teurer. Die, die vom Gas abhängig sind, werden die Rechnung für diesen vollkommen verkehrten Beschluss zahlen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW - Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Was nützt am Ende des Tages die Gassicherheit, wenn sich die Verbraucher diese nicht leisten können? Das gilt über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten, denn wir reden über 30 bis 50 Jahre - 30 bis 50 Jahre werden wir teures Gas importieren und die Leute zahlen lassen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist eure Antwort, Lars Harms?)

- Das ist definitiv der falsche Weg. Anstatt das Geld in einem LNG-Terminal zu zementieren, liebe Frau von Kalben, sollte es besser genutzt werden, um Energieeffizienz und Energieeinsparungen voranzubringen, gerade in der Industrie.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das machen wir auch, aber zusätzlich! - Weitere Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für den stärkeren Ausbau regenerativer Energien waren Sie früher doch immer

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagen wir doch, Herr Harms!)

oder für die Entwicklung von Speichertechnologien. Das ist nachhaltiger und kostengünstiger für die

(Lars Harms)

Verbraucher. Die erneuerbare Energie ist die kostengünstigste Energie, die wir haben, das haben wir immer gezeigt.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagen wir doch!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Harms?

Lars Harms [SSW]:

Das mit dem LNG-Terminal ist definitiv ein Schritt zurück in die Steinzeit; das braucht kein Mensch.

(Beifall SSW - Zurufe FDP: Oh!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

(Zuruf: Deswegen also „in die Steinzeit“!)

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet. Herr Harms, Sie haben ja recht: LNG-Gas ist teurer als normales Pipelinegas - völlig richtig. Die Frage aber, wenn Sie sagen „Wir wollen kein russisches Gas mehr, wir wollen auch kein LNG-Gas“, ist: Wie wollen wir denn heizen?

Sie sagen immer: Da bauen wir noch ein paar Windmühlen, und dann ersetzen wird das. - Aber Windmühlen ersetzen kein Gas. Wir brauchen das Gas auch für die Grundstoffindustrie - das muss uns klar sein -, nicht nur zum Heizen, sondern daraus stellen wir auch noch ganz viele andere Sachen her.

Heizungen laufen auch nicht nur mit Wasserstoff. Die Experten sagen: 10 % bis maximal 15 % kann ich in das Erdgasnetz einleiten, aber ich kann die Heizung nicht nur mit Wasserstoff betreiben. Das funktioniert nicht.

Das hieße, dass wir alle dann mit Strom heizen müssten. Das wird mit Wärmepumpen auch nicht billiger. Sie wissen, was so eine Wärmepumpe kostet, und Sie wissen auch, dass Sie nicht alle Häuser auf eine Wärmepumpe umstellen können. Da brauchen Sie ganz andere Heizkörper, größere Flächen, Fußbodenheizungen. Sie müssen isolieren; ohne Isolieren klappt das nicht. Wir haben in Schleswig-Holstein so einen alten Baubestand - mit reetgedeckten Häusern und so weiter -, dass es mit Wärmepumpentechnik nicht überall funktionieren wird. Das ist Ihnen auch klar.

Deswegen glaube ich: Sie wollen uns in der russischen Abhängigkeit belassen, Herr Harms. Das gehört zur Wahrheit dazu. Wenn Sie LNG-Gas ablehnen, dann müssten wir weiter russisches Pipelinegas nehmen.

Ich glaube, wir von der AfD hätten damit weniger ein Problem als Sie.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat hat der schreckliche Krieg in der Ukraine diesen Gesetzentwurf noch einmal beschleunigt in dieses Haus gebracht. Denn das Thema, das heute über allem steht, heißt Versorgungssicherheit für die Bundesrepublik Deutschland. Für diese Versorgungssicherheit kann das Land Schleswig-Holstein und können wir heute einen Beitrag leisten, indem wir die Abhängigkeit von russischem Pipelinegas, die wir natürlich in der nächsten Zeit überwinden müssen, kurzfristig durch andere Importinfrastrukturen überwinden helfen.

Mir ist schon wichtig, sehr geehrter Herr Hölck, dass wir hier immer faktenbasiert argumentieren

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das wäre schön!)

und uns vielleicht auch ein bisschen darauf vorbereiten, was wir hier sagen. Wenn hier die Rede davon ist, dass es bisher überhaupt keine Anträge auf Genehmigung des LNG-Terminals in Brunsbüttel gebe, stelle ich fest, Sie haben im letzten Dreivierteljahr die öffentliche Berichterstattung und den Fortgang der Entwicklungen nicht verfolgt.

Erstens ist das Planfeststellungsverfahren für das LNG-Terminal nämlich im Hinblick auf einen Antrag, den hinsichtlich des Bereichs der Genehmigung, der für die hafenrechtliche Anlagenseite notwendig ist, im Sommer des letzten Jahres eröffnet worden. Die entsprechenden Antragsunterlagen liegen in einer ersten Version vor. Sie sind allerdings noch nicht in einer ausreichenden Version vorgelegt worden. Dafür ist nicht die Landesregierung, sondern der Vorhabenträger, der German LNG heißt, verantwortlich.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Zweitens wäre diese Genehmigung allein für das Inkraftsetzen des LNG-Importterminals überhaupt nicht ausreichend, sondern dafür ist zusätzlich eine Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz notwendig. Für diese Genehmigung ist natürlich auch der Vorhabenträger verantwortlich. Das entsprechende Genehmigungsverfahren dazu ist derzeit noch nicht eingeleitet worden.

Und es gibt ein drittes Genehmigungsverfahren, das einzuleiten und durchzuführen ist, das ist das Verfahren zur Anschlussleitung an das Pipeline-Netz des deutschen Erdgasnetzes. Auch dafür ist bisher das Verfahren noch nicht eingeleitet worden. Aber für die Hafenanlage läuft das Verfahren bereits.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Thomas Hölck?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Sehr gern.

Thomas Hölck [SPD]: Ich habe davon gesprochen, dass die Antragsunterlagen für den Anleger noch nicht eingereicht worden sind - im Gegensatz zu Niedersachsen. Ich habe nicht von dem Terminal gesprochen. Manchmal hilft auch Zuhören.

(Vereinzelter Beifall SPD)

- Mit Verlaub, Herr Hölck, dann haben Sie das immer noch nicht verstanden. Gerade im Hinblick auf das Hafentrecht beinhaltet das Planfeststellungsverfahren natürlich auch genau die Dinge, die den Anleger betreffen.

(Heiterkeit, vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Die Genehmigung für den Tank, das ist die eigentliche Störfallanlage, muss nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz erfolgen. Lassen Sie es an der Stelle lieber; das Verfahren läuft bereits. Es lief durch Jamaika initiiert auch weiter. Der Kollege Kilian hat es bereits gesagt: Das steht im Koalitionsvertrag. Wir haben es in der Tat die ganze Zeit vorangetrieben.

Es gab allerdings - das muss man auch deutlich sagen - aufseiten des Vorhabenträgers große Unsicherheiten, ob denn die Notwendigkeit für ein solches Terminal durch die Bundesregierung, die im

Herbst letzten Jahres neu zu wählen war, auch gesehen werden würde. In dem Zusammenhang - machen wir uns da nichts vor - hat der eine oder andere, der bis dahin an dem Konsortium beteiligt war, gesagt: Wenn das nur eine sehr kurzfristige Übergangszeit nutzbar sein soll, dann sind wir an der Investition nicht mehr interessiert. Heute ist eine staatliche Beteiligung durch die KfW erforderlich, weil sich die Gesellschafterstruktur von German LNG verändert hat.

Nach dem Kriegseintritt am 24. Februar 2022 hat sich aber die Situation für das LNG-Terminal komplett und dramatisch verändert. Seit diesem Tag geht es darum, Versorgungssicherheit herzustellen, und zwar schnellstmöglich.

Das erste Mal haben der Bundeswirtschaftsminister und ich dazu Anfang März 2022 telefoniert und gemeinsam festgelegt, wie wir in der Lage wären, auf Bundes- wie auf Landesseite gegebenenfalls die Verfahren zur Genehmigung der Terminals zu beschleunigen. Die herzliche Bitte der Bundesregierung war, alles im Land Mögliche zu prüfen, um sicherzustellen, dass wir auf der landesrechtlichen Seite Voraussetzungen dafür schaffen können, und parallel dazu von Landesseite dem Bund zu signalisieren, wo gegebenenfalls gesetzgeberische Veränderungen oder andere Änderungen am Bundesrecht notwendig sind, um das LNG-Importterminal zu beschleunigen. Dabei geht es insbesondere um die Verfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und andere Vorschriften des Bundes.

Daraus resultierte eine sehr schnelle Beauftragung von Gutachtern, die anschließend gesagt haben: In der Tat könnt ihr im Land bestimmte Dinge machen, die wichtig sind und die hier gerade vom Kollegen Joschka Knuth skizziert worden sind.

Es ist wichtig, diese Dinge noch einmal nennen: Das Erste, was wir tun können - lieber Lars Harms, das ist eigentlich eine dänische Grundidee -, ist, gesetzgeberisch den Bedarf festzustellen. Dieses Verfahren, das im Folketing schon lange praktiziert wird, wurde in der Vergangenheit gerade von Ihnen immer wieder angesprochen. Die Bedarfsfeststellung in diesem Fall ist nach dem 24. Februar 2022 natürlich eine andere, als sie es unter anderen Umständen gewesen wäre.

Um das einmal in Zahlen zu fassen: Unser Bedarf an Gas liegt in Deutschland etwa bei 90 Milliarden m³. Davon importieren wir allein aus Russland rund zwei Drittel der Gesamtmenge - rund zwei Drittel! Das ist nicht wenig. Allein durch Nord Stream 1 fließen jährlich 60 Milliarden m³

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Gas - nur durch Nord Stream 1. Das ist zwar nicht alles für Deutschland, darüber werden auch noch andere europäische Länder bedient, aber allein daran wird deutlich, wie hoch die Abhängigkeit der westlichen Welt und Westeuropas hier sind.

Lieber Lars Harms, es ist mir wichtig, das noch einmal zu erklären, weil das bei manchen anderen Diskussionen aufgrund der Kürze der Zeit schwierig ist; hier nehme ich mir die Zeit, das noch einmal zu erklären.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Die Floating Terminals, die wir ja gern wollen, die berühmten FSRU, also die schwimmenden Terminals, bieten die Möglichkeit des Imports von rund 5 Milliarden m³. 5 Milliarden m³ mal vier, wie wir das jetzt für den Winter andenken, sind 20 Milliarden m³. Das ist nicht einmal ein Drittel dessen, was sonst durch Nord Stream 1 fließt. Die Größenordnung von Brunsbüttel im Ausbauzustand als LNG-Importterminal liegt bei 12 Milliarden m³. Auch daran sieht man, dass das ein Stein des Gesamtkunstwerks ist, das wir brauchen.

Jetzt kommen wir zur Bedarfsfeststellung, also von der anderen Seite her. Wir decken in Deutschland derzeit rund 16 % unseres Primärenergiebedarfs durch regenerativ erzeugte Energien. Selbst wenn wir in der Lage wären, innerhalb eines kurzen Zeitraums diesen Bereich zu verdreifachen und parallel dazu Energie in einer Größenordnung von - von mir aus - einem Drittel einzusparen, würden wir immer noch einen Importenergiebedarf in der Größenordnung von fast 40 % unseres Gesamtenergiebedarfs haben. Fast 40 %!

Vor dem Hintergrund dieser Realitäten halte ich es nicht für verantwortbar zu sagen, es gebe den Bedarf für das Terminal nicht, man könne theoretisch auch irgendetwas durch andere Dinge machen. Tut mir leid, das ist nicht verantwortbar.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das auch im Hinblick auf Diskussionen, die wir inzwischen führen, die ganz oft etwas mit Boykotten oder Embargos zu tun haben. Es mache sich jeder klar, was es bedeutet, wenn im Chem-Coast Park Brunsbüttel kein Prozessgas mehr zur Verfügung steht. Das ist nicht etwa nur irgendein chemischer Betrieb, der dann stillstehen würde, sondern das ist ein chemischer Betrieb, der zum Beispiel AdBlue produziert. AdBlue ist als Beimengung für die Schwerlastverkehre in Deutschland zwingend erforderlich. Die Einstellung seiner Pro-

duktion würde binnen weniger Tage das Zusammenbrechen sämtlicher Lieferketten in Deutschland bedeuten; das sind die Zusammenhänge in der Logistik. Mache sich bitte jeder klar, was das bedeutet!

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir erstens den Bedarf für das Terminal feststellen und zweitens einen relativen Gewichtungsvorrang einführen, den der Bundeswirtschaftsminister in Berlin in seinem Osterpaket vorgesehen hat.

Immer dann, wenn es darum geht, dass Bauvorhaben für Einrichtungen an Häfen für die Energieversorgung eine wichtige Rolle spielen oder dem Klimaschutz dienen, gibt es einen relativen Gewichtungsvorrang. Das ist für die Abwägungsprozesse in diesen Verfahren wichtig.

Die Ermöglichung der abschnittswisen Zulassung ist ein Learning aus Grünheide und Tesla. Das ist ein Learning aus der Situation, dass der Vorhabenträger auf eigenes Risiko sagt: Ja, ich bin bereit, bestimmte Dinge schon zu machen, deren Zulassung abschnittsweise möglich ist. Wenn diese dann hinterher keine Genehmigung bekommen, werde ich sie auf meine Kosten zurückbauen. Das ist etwas, was Elon Musk bei Tesla in Grünheide gemacht hat und was natürlich auch ein Vorhabenträger für das LNG-Importterminal - zu 50 % ist das die Bundesrepublik Deutschland - tun kann, wenn man die Risiken entsprechend abwägt. Deshalb ist es wichtig, dass wir diese abschnittswisen Zulassungen und auch Teilgenehmigungen ermöglichen, um dann insgesamt zu sagen, dass wir im Klageverfahren die aufschiebende Wirkung von Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse aussetzen, was natürlich gleichwohl Anträge dagegen ermöglicht.

Das sind die Dinge, die wir hier machen können. Ich will es überhaupt nicht verhehlen, dies ist nur ein Baustein. Es geht parallel dazu auch um andere gemeinsame Aufgaben, die weitere politische Mehrheiten brauchen. Es geht dabei um Bundesrecht. Wir haben viel an das Bundeswirtschaftsministerium und auch viel an das Bundesjustizministerium gemeldet, was für die schnellere Genehmigungsfähigkeit des Projekts in Brunsbüttel erforderlich ist. Im Hinblick auf meine fortgeschrittene Redezeit will ich dies nicht im Einzelnen ausführen, aber auch hier bitte ich um die Unterstützung von allen Beteiligten, damit wir das im Bund tatsächlich umgesetzt bekommen, denn nur dann sind wir in der Lage, das lange Genehmigungsverfahren und das sich erst dann anschließende Bauverfahren zu leisten.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Zweieinhalb Jahre Genehmigungsprozedere gäbe es, wenn wir jetzt normal nach dem bisherigen Recht vorgehen würden. Weitere zwei Jahre des Baus wären zwingend. Wir wären zwingend bei einem frühesten Zeitpunkt der Inbetriebnahme des LNG-Importterminals 2027/2028. Mit den hier zu treffenden Regeln sind wir in der Lage, das Importterminal aller Voraussicht nach bereits im Frühjahr des Jahres 2024 in Kraft zu setzen.

Das ist der Beschleunigungseffekt, der dadurch entsteht. Dafür bitte ich dringend um Ihre Zustimmung. Ich bitte auch um die Zustimmung dafür, dass wir uns in diesem Verfahren einigen. Insoweit danke ich auch der Opposition ausdrücklich für die Bereitschaft, das so schnell zu machen.

(Beifall FDP, CDU und Joschka Knuth
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, das finde ich schon, denn bei aller gegebener fehlenden Faktenkompetenz ist das am Ende ja das richtige Ergebnis, Herr Hölck, nämlich dass man diesem Verfahren zustimmt und sagt: Wir sind dabei. Wir sind dabei, weil das so wichtig ist, weil es so wichtig ist, es jetzt schnell hinzubekommen. Die Floating-Terminals könnten möglicherweise schon im Frühjahr des nächsten Jahres an den Start gehen. Dafür bitte ich auch um Ihre Zustimmung, und ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen. Diese Redezeit steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung. Ich schaue jetzt einmal in die Runde. - Ich sehe, dass Thomas Hölck von der zusätzlichen Redezeit durch die Überziehung der Landesregierung Gebrauch machen will. Stefan Bolln, Sie melden sich zu einem Dreiminutenbeitrag? - Wir einigen uns so: Zunächst die Rede im Rahmen der zusätzlichen Redezeit und dann die Dreiminutenbeiträge? - Gut. Das Wort hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister, wir hatten vor Kurzem eine Ausschusssitzung. Bei dieser waren nicht Sie anwesend, sondern Ihr Staatssekretär. In dieser Sitzung hat der Staatssekretär das Verfahren erläutert, und er hat gesagt, dass sich die Gesetzesänderung des Landeswassergesetzes auf die Hafenanlagen bezieht.

Ich habe in meiner Rede gesagt, dass die Unterlagen zur Genehmigung des Anlegers im Gegensatz zu Niedersachsen nicht eingereicht sind. Das ist Fakt. Wenn es falsch gewesen ist, was der Staatssekretär gesagt hat, dann ist er falsch vorbereitet gewesen. Das ist meine Aussage, die darauf beruht, was der Staatssekretär uns in der Ausschusssitzung berichtet hat. Das ist von den Fakten her richtig, oder Sie müssen das bestreiten und es klarstellen. - Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Gibt es weitere Wortmeldungen von Abgeordneten, die von der zusätzlichen Redezeit der Regierung Gebrauch machen wollen? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat der Abgeordnete Stefan Bolln.

Stefan Bolln [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine letzte Landtagssitzung nutzen, um ein bisschen zu mahnen. Ich habe mich zu Wort gemeldet, als Sätze fielen wie: Heute beschließen wir Beschleunigung in Tesla-Geschwindigkeit. Ich habe einfach die Sorge, dass wir angesichts der Projekte, die an der Westküste vor uns liegen, Fehler machen.

Natürlich wird es ein LNG-Terminal geben. Lieber Herr Kumbartzky, das hätte ich mir vor einem Jahr nicht vorstellen können. Dass man sich am Energiestandort Brunsbüttel, wie wir diesen immer genannt haben, natürlich etwas anderes wünschte, als die vier Kohleblöcke geschlossen wurden, ist doch klar. Das ist seit zehn Jahren überall Thema. Ich glaube, der eine oder andere in diesem Raum hat es sich nicht vorstellen können, dass wir hier eine solche Beschleunigung kriegen. Vor einem Jahr hätte ich dagegengeredet. Mittlerweile muss ich sagen: Ich glaube, wir werden dies als Übergang brauchen. Ich habe einfach Sorge.

Natürlich wird es ein LNG-Terminal geben, vielleicht sogar zwei. Lieber Lars Harms, vielleicht wird auch Rotterdam mit einbezogen. Ich möchte aber, dass Schleswig-Holstein ein Terminal hat. Heimatliebe ist hier sozusagen mein Stichwort. Ich möchte nicht, dass wir uns im Klein-Klein verlieren. Dieser Aspekt war auch ein Grund dafür, dass ich mich zu Wort gemeldet habe.

Wenn wir heute Mittag eine Anhörung haben, dann werden wir Umweltverbände mit anhören. Wir sollten ihnen zuhören. Wir sollten ihnen nicht mit Bes-

(Stefan Bolln)

serwisserei zuhören, sondern wir sollten ihnen gut zuhören, denn was wir wirklich brauchen, ist ein sauberes Planungsverfahren an jeder Stelle. Das ist kein Vorwurf gegen Sie, Herr Buchholz, gegen Thomas Hölck oder ein Argument für irgendjemanden. Ich will, dass wir das hier in Schleswig-Holstein sauber umsetzen.

Wir haben von der A 20 genau null Meter gebaut. Es wurden sechs Wirtschaftsminister verschlissen - Entschuldigung, nicht verschlissen, aber man weiß es nicht so genau.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Ich will, dass wir das an der Westküste vernünftig machen. Wenn ich höre, dass wir dort eine Batterie-fabrik kriegen sollen, dann freue ich mich darüber sehr. Aber wie sollen denn 3.000 Leute dort hinfahren und da wohnen, wenn nicht einmal Unternehmen, die nur 100 m entfernt liegen, Arbeitskräfte finden?

Wir machen oftmals Fehler, und ich möchte, dass wir die nicht machen. Ich möchte, dass wir uns nicht gegenseitig belehren, sondern dass wir uns zuhören - ruhig in Beschleunigung.

Wir werden heute zustimmen. Das ist für uns intern vor einem Jahr nicht so einfach vorstellbar gewesen, aber wir werden es tun, weil wir das brauchen und weil wir in Schleswig-Holstein für Schleswig-Holstein an der Westküste genau diese Belebung haben wollen. Das hat auch bundesweit Auswirkungen. Es hat auch wirtschaftliche Auswirkungen. Wenn ich höre, dass wir noch ein zweites Gleis brauchen, dann wird mir ganz warm ums Herz. Ich denke mir: Wie sollen wir das denn noch hinkriegen?

(Zurufe)

- Gut, es kommt noch Elmshorn. Also, wir müssen bei der Infrastruktur nachbessern. Dieser Aufruf geht an uns alle. Ich sage mit großer Bitte auch an die Abgeordneten der nächsten Legislaturperiode: In solchen Situationen müssen wir zusammenhalten und uns nicht gegenseitig belehren. Wir müssen dann mit allen Ministerien, mit allen Mitarbeitern und mit allen Kreisverwaltungen die Weichen stellen. Lieber Herr Kumbartzky, dann haben Sie Ihr LNG-Terminal als Ersatz für Kohleblöcke von damals. Insofern: Lasst uns daran arbeiten!

Vielen Dank und macht es gut!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf, Drucksache 19/3814, an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages 2021

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/3664 (neu) - 2. Fassung

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/3664 (neu) - 2. Fassung - an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen sehe ich nicht, dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3807

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3807, dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das sehe ich nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 14 und 17 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Gesundheitsberufe brauchen Freiheit - Einrichtungsbezogene Impfpflicht zurücknehmen

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/3804

b) Sektorenverbindende medizinische und pflegerische Versorgung in Schleswig-Holstein für die Zukunft sichern - Versorgungssicherungsfonds als landesspezifisches Innovations- und Erfolgsmodell ausbauen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3808

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans Hinrich Neve.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 2018 haben wir uns mit dem Versorgungssicherungsfonds auf den Weg gemacht; im Koalitionsvertrag hatten wir uns darauf verständigt. Unser Ziel war es, Projekte zu fördern, die besonders zur Sicherung ambulanter, stationärer und sektorenübergreifender medizinischer Versorgung in unserem Land entwickelt werden.

Die Sektorengrenzen - das Thema haben wir hier schon gehabt - sind Bundesangelegenheit. Da können wir wenig machen. Aber Initiativen oder die Weiterentwicklung der sektorenübergreifenden Versorgung mit dem Ansatz, die Trennung der Sektoren zu überwinden, liegt in unserem Interesse.

Ebenso spielt die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum in Schleswig-Holstein eine große Rolle. Hier gibt es kreative Projekte in einer Art und Weise, die es ermöglichen, die Versorgung zu erhalten. Entsprechend werden wir diese fördern.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Beispielsweise kann das Potenzial durch mobile, technische sowie digitale Lösungen gehoben werden. Ziel ist immer, dass wir das in die Regelversorgung überführen. Denn dann ist die Kostenträgerschaft entsprechend gesichert.

2018 haben wir mit 2 Millionen € begonnen. Auf laufend sind es im jetzigen Haushalt rund 5 Millionen € Es ist, meine Damen und Herren, gut angelegtes Geld.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Seitdem sind viele tolle Projekte auf den Weg gebracht worden. Ich nenne einige Beispiele: ein interaktives Beratungs- und Edukationsangebot für Patientinnen und Patienten mit Epilepsie durch das UKSH und DRK und ein integriertes medizinisches Versorgungskonzept auf Helgoland - Stichwort „Gesundes Helgoland“ - mit der Paracelsus-Nordseeklinik Helgoland, der Ärztegenossenschaft, der Gemeinde Helgoland und dem kommunalen hausärztlichen Gesundheitszentrum.

HEUREKA ist ein Projekt, das Kindern und Jugendlichen mit Adipositas oder Übergewicht sowie deren Familien eine bessere medizinische Versorgung ermöglicht. Ein weiteres Projekt ist ein Projekt zur Langzeitnachsorge ehemaliger Krebspatientinnen und Krebspatienten. Ich nenne die virtuelle Diabetesambulanz. Für Patienten mit Schmerzproblemen ist ein Projekt auf den Weg gebracht worden. Auch das Projekt TIZIAN für Menschen mit Parkinson und Bewegungsstörungen ist ein Beispiel.

Diese Beispiele zeigen, wie groß die Bandbreite ist und über wie viele Ebenen diese Projekte, die gefördert wurden, entwickelt wurden.

Es werden - das ist wichtig - unterschiedliche Akteure miteinander verbunden, die manchmal parallel nebeneinander herlaufen, aber nicht wissen, was der andere macht. Es sind Projekte, die sehr vielen Menschen mit ihren gesundheitlichen Problemen helfen und sie unterstützen. Aber es stehen nicht nur die betroffenen Menschen, sondern auch ihre Familien dahinter, die durch die jeweilige Situation immer sehr belastet sind und hier eine entsprechende Hilfe und Unterstützung haben.

Einige Projekte wurden in die Regelversorgung überführt, andere wiederum durch Verträge mit den Kostenträgern abgesichert.

Die Landesregierung wird deshalb gebeten, sich weiterhin für die Fortentwicklung der regionalen Innovationen einzusetzen und den Versorgungssicherungsfonds zu verstetigen. Ziel muss es sein, gemeinsam mit den Partnern der Selbstverwaltung, den Kommunen und den Praxisnetzen die erfolgreichen Projekte in die Regelversorgung zu überführen.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

Den Antrag zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht lehnen wir allerdings ab.

(Hans Hinrich Neve)

Im Jahre 1796 wurde in England mit der Pockenimpfung begonnen. Damals war die Schar der Gegner riesig. Aber die Impfungen haben sich Gott sei Dank durchgesetzt.

(Claus Schaffer [AfD]: Insbesondere in den Pflegeeinrichtungen!)

Ob gegen Polio, Tetanus, Masern, Röteln oder Mumps: Impfen ist zu einem Segen für die Menschheit geworden. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht ist bis zum 31. Dezember 2022 befristet. Bis dahin sollte eine allgemeine Impfpflicht greifen. Meine Damen und Herren, ob sie greift, weiß ich nicht. Das warten wir einmal ab. Aber den Antrag hier lehnen wir ab.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf Claus Schaffer [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Das Scheitern der Impfpflicht „Ü 60“ war ein erster und wichtiger Befreiungsschlag gegen die von der Ampelkoalition und auch der CDU betriebene Corona-Zwangspolitik. Drei Punkte waren hierfür ausschlaggebend.

(Unruhe SPD)

Erstens braucht es für derart schwere Grundrechtseingriffe eine Notwendigkeit, etwa eine Gefahr für die Gesundheitsversorgung. Unser Gesundheitssystem war aber zu keinem Zeitpunkt überlastet. Diese Überlastung droht auch gegenwärtig nicht. Das ist Ihnen allen längst bekannt, denn Sie kennen die Veröffentlichung aus dem BMG, und auch die Anhörungen im Bundestag haben das ergeben.

Zweitens ist dem Impfstoff weiterhin kein signifikanter Fremdschutz zuzuschreiben. Nur dieser allein könnte eine individuelle Impfpflicht begründen. Das RKI weist die Infektionsraten differenziert nach Impfstatus aus. Seit Kalenderwoche 10 weist zum Beispiel die Inzidenz bei symptomatischen Fällen in der Altersgruppe 18 bis 59 Jahre bei den vollständig Geimpften einen höheren Wert auf als bei den Ungeimpften. Die Impfung schützt nicht vor Ansteckung.

Drittens kann eine Pflicht doch nur dann sinnvoll sein, wenn das mit Freiwilligkeit größtenteils nicht zu erzielen ist. Bei der Ü-60-Impfpflicht war zum Zeitpunkt der Bundestagsdebatte im SPD-geführten Gesundheitsministerium bereits Ende Januar bekannt, dass dies mit einer vom RKI im COVIMO-Report aufgeführten Impfquote von 95,8 % in dieser Altersgruppe quasi erzielt war. Die Debatte zur Ü-60-Impfpflicht war zu diesem Zeitpunkt bereits - sie ist es heute noch - obsolet.

Hier kommen wir dann zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Herr Minister Garg, in der zurückliegenden Sitzung des Sozialausschusses war von Ihnen zu hören, dass die betroffenen Branchen in Schleswig-Holstein unter den Beschäftigten eine Impfquote von 97 % bis 98 % ausmachen. Die verbliebenen 2 % bis 3 % seien nicht zu überzeugen.

Das Deutsche Krankenhausinstitut spricht für den Pflegedienst von bundesweit 7 % ungeimpften Pflegekräften. Werden nach deren Einschätzung 2 % bis 3 % freigestellt, rechnet mehr als die Hälfte der Häuser mit einer Einschränkung der Patientenversorgung.

Die Deutsche Stiftung Patientenschutz führt aus, dass durch diese Regelung die Versorgung von bis zu 200.000 Pflegebedürftigen und Kranken gefährdet sei. Der Vorsitzende Brysch warnte im „WDR“, ohne ausreichend Personal komme es zur gefährlichen Pflege. Das sind seine Worte.

Die Deutsche Krankenhausesellschaft erklärt dazu - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -: Die einrichtungsbezogene Impfpflicht wurde eingeführt, um genau diese vulnerablen Gruppen zu schützen. Die Verhinderung der Übertragung wurde als Argument für die Allgemeine Impfpflicht aber als hinfällig betrachtet. Dann kann sie auch nicht mehr Grundlage für Betretungs- und Berufsverbote für die Beschäftigten in den Gesundheitseinrichtungen sein.

Ich fasse zusammen: Alle medizinischen, alle epidemiologischen und alle verfassungsrechtlichen Argumente für die allgemeine Impfpflicht und auch für die einrichtungsbezogene Impfpflicht sind inzwischen vollständig abgeräumt. Und dann haben wir tatsächlich noch nicht über schwere Impfnebenwirkungen, über bedingte Zulassungen, deren Bedingungen laut BioNTech inzwischen nicht mehr erfüllt werden können, oder über unzureichende oder verschleierte Datenlagen beim RKI gesprochen.

Die einrichtungsbezogene Impfpflicht muss zurückgenommen werden. Das ist unsere Forderung. Sie haben heute die Gelegenheit, sich unserer Forde-

(Claus Schaffer)

zung zum Wohle der Kranken, aber auch der Tätigen in der Gesundheitsbranche anzuschließen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei der letzten Landtagssitzung ging ich davon aus, dass ich schon meine letzte Rede gehalten hatte, aber da Sie darauf bestehen, dass wir noch einmal ein Loblied für die Leistungen der laufenden Legislaturperiode zum Ausdruck bringen sollen, will ich mich dem als Gesundheitspolitiker natürlich nicht verschließen, kann man ja auch nicht.

(Beifall SPD und FDP)

Die Gesundheitsversorgung im Land hat und hatte immer Höhen und Tiefen. Die Gesundheitssituation von Ärzten, Pflegenden und Patienten in Schleswig-Holstein macht aber auch Sorgen, nicht nur, dass die Patienten im echten Norden an der Spitze der Häufigkeit von ärztlichen Kontakten in ganz Deutschland liegen, wie der Arztreport der Barmer gerade ausgewiesen hat, auch der Druck um die ärztliche Belastung in den Kliniken nimmt weiter zu, auch bei uns. Die Gesundheitsversorgung ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Unsere weiten Flächen, die vielen Inseln und Halligen stellen uns vor Herausforderungen.

So, wie wir in einigen Gesundheitsberufen die Ausbildungskosten schon in der Küstenkoalition beseitigt haben, muss es weitergehen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es fehlen immer noch Logopäden, es fehlen Rheumatologen, und die Situation der Hebammen und Physiotherapeuten müssen wir ebenfalls in den Blick nehmen. Da haben wir noch viel zu tun.

(Beifall SPD, SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ansetzen können wir zum Beispiel besonders bei den sehr aktiven Praxisnetzen im Land. Auch die Portalpraxen der Kliniken haben bei der Überwindung der Sektorengrenzen schon einen besonderen Beitrag geleistet. Es geht heute um den Versorgungssicherungsfonds, der in dem Koalitionsvertrag

der Jamaika-Koalition als eine gute Idee aus Zeiten der Küstenkoalition überlebt hat und richtigerweise festgeschrieben wurde. Das haben Sie gutgemacht.

Diese Ideen waren richtig und bleiben richtig. Unbestritten hat sich die Entscheidung von 2018 an bewährt. Seither sind davon schon circa 30 Projekte auf den Weg gebracht worden. Mein Kollege hat eben einige Beispiele genannt. Gerade im Bereich der ambulanten Versorgung hat sich gezeigt, dass das Land hier immer wieder zum Impulsgeber werden sollte, um den Kommunen bei ihrer wichtigen Versorgungsaufgabe zur Seite zu stehen: von der Verbesserung der Versorgung schmerzkranker Patientinnen und Patienten über die Reaktivierung der Gemeindeschwestern im Amt Hürup als MVZ eines Pflgeträgers bis hin zur sektorenübergreifenden Versorgung invasiver Eingriffe.

Mit dem Versorgungssicherungsfonds soll der Weg zur Überwindung der Sektorengrenzen in Schleswig-Holstein vorangebracht werden. Ein altes Anliegen unseres Gesundheitsministers, von dem er immer wieder spricht.

Überall in Schleswig-Holstein gibt es Bemühungen, die Sektoren zu überwinden. Gerade zum Beispiel beim Entlassmanagement ist ein sektorenübergreifender Behandlungsprozess auch für die Einbeziehung nachgelagerter Pflegeeinrichtungen mit digitaler Infrastruktur und anderen weitreichenden Leistungen gemeint. Dazu zählt zum Beispiel das Projekt des Krankenhauses Reinbek, das zu diesem Fonds gehört.

Der Versorgungssicherungsfonds bildet also eine Klammer zwischen den Aufgaben des Landes, für eine landesweite Sektorenüberwindung zu sorgen, und der kommunalen Aufgabe der Daseinsvorsorge, also ein gemeinsames Handeln. Kurz und gut: Eine gute medizinische Versorgung vor Ort ist unabdingbar. Dafür müssen wir Schritt für Schritt Konzepte entwickeln, um die ärztliche Tätigkeit auf dem Land für junge Mediziner attraktiver zu machen. Für den Fonds ist in der Gesundheitsversorgung unsere Idee von der Vor-Ort-für-Dich-Kraft ein gutes Angebot, das die Quartiers- und Dorfentwicklung auch in der Gesundheitsversorgung, wie bereits gesagt, in Hürup erprobt, stärken wird.

Der richtige Weg führt in eine bessere Vernetzung der medizinischen Angebote. Der Einsatz von E-Health und Telemedizin bietet dafür zusätzliche Sicherheit.

Abgesehen vom Zeitpunkt des Antrages, so kurz vor dem 8. Mai 2022, ist das Anliegen selbst natürlich zu unterstützen, denn es entspricht unserem

(Bernd Heinemann)

Koalitionsvertrag, den wir nach dem 8. Mai schließen werden.

(Beifall SPD - Lachen CDU)

Zu dem anderen Antrag kann ich es kurz machen: Impfung, um die Schwächsten zu retten, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir haben uns dazu durchgerungen, hier die Impfung zur Pflicht zu machen, und zwar gerade in den Einrichtungen, in denen die Menschen sehr gefährdet und in denen viele schon gestorben sind. Deswegen ist es eine richtige Entscheidung. Der Vorschlag der AfD ist unmöglich, kann ich nur sagen - unmöglich!

(Beifall SPD und SSW)

Jetzt noch ein letztes Wort des Abschieds, das meiste habe ich ja schon gesagt, aber eins habe ich vergessen. Ich lade Sie ganz herzlich ein. Im Moment bin ich stellvertretender Vorsitzender der Parlamentarischen Gesellschaft. Für die, die ausscheiden, möchte ich sagen: Gehen Sie in die Parlamentarische Gesellschaft. Sie treffen dort Ihre alten Kollegen wieder. Sie hören gute Themen, und für die Neuen ist es eine gute Orientierung, sich dort mit den alten Hasen auszutauschen. Also ein Werbeblock für die Parlamentarische Gesellschaft, die hier im Haus B regelmäßig tagt. Herzlich willkommen, alles Gute und Tschüs.

(Beifall SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Gesundheitswesen ist in zwei Säulen, in zwei Sektoren aufgeteilt. Die eine Säule, die ambulante Säule, der eine Sektor sind die Praxen, die andere Säule, der andere Sektor sind die Kliniken. Leider fehlt oft eine verbindliche Vernetzung, eine Kooperation. Das ist für die Patientinnen und Patienten, die zum Beispiel aus dem Krankenhaus entlassen werden, oftmals ein Problem. Ich freue mich sehr, freue ich mich riesig, dass wir heute noch einmal über den Versorgungssicherungsfonds sprechen können, weil genau diese Lücken, die wir entdeckt haben, mit dem Versorgungssicherungsfonds geschlossen werden. Das ist eine gute Geschichte, die wir geschrieben haben, und die sollte unbedingt fortgeschrieben werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, worum geht es eigentlich dabei? - Der Kollege Hans Neve hat es gerade schon erklärt: Es geht um Digitalisierung, es geht um Innovation, es geht um das Schließen von Versorgungslücken. Insbesondere im ländlichen Raum, insbesondere auf den Inseln und Halligen werden wir genau diese Instrumente in den nächsten Jahren brauchen. So sichern wir die Versorgung, so geht das, so muss das gehen, und so haben wir das auch in den letzten Jahren gefördert.

Ich nenne Ihnen gerne ein paar Beispiele, die mir persönlich besonders am Herzen liegen: die Telemedizin im ländlichen Raum. Der Kollege Jens Peter Jensen kennt das auf den Inseln und Halligen: die Sicherung der wohnortnahen Versorgung durch telemedizinische Anwendungen, durch Videosprechstunden. Nur so werden in Zukunft fachärztliche Konsultationen möglich sein. Seien Sie einmal als ältere, sehbehinderte Frau irgendwo auf einer Insel und versuchen Sie, einen Termin bei einem Facharzt in Husum zu bekommen, versuchen Sie, den Transport zu organisieren. Da ist die Telemedizin eine Riesenchance, und wir alle müssen diese Chance nutzen.

Ein weiteres Beispiel - es klingt ganz technisch, ist aber für Neugeborene eine sehr große Hilfe -: NeoNatSim. Was ist denn NeoNatSim? - Das ist für die Teams in den Geburtskliniken die Möglichkeit, durch erfahrene Kinderärztinnen und Kinderärzte und erfahrene Notärztinnen und Notärzte für die Situation trainiert zu werden, die zum Glück selten eintritt. Wenn sie aber eintritt, kann von einer Sekunde auf die andere das Leben des Neugeborenen gefährdet sein. Als langjährige Notärztin sage ich Ihnen: Nichts ist besser, als für solche Situationen vorbereitet und gut geschult zu sein. Deswegen freue ich mich, dass es möglich war, diese Teams mit NeoNatSim darauf vorzubereiten, und auch das sollte unbedingt fortgeführt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich in der Klinik lange mit Diabetespatientinnen und -patienten beschäftigt. Es ist so, dass auch kleine Kinder und Jugendliche Diabetes bekommen können. Stellen Sie sich vor, Sie wohnen irgendwo in Nordfriesland oder in Lauenburg, und die Ambulanz ist dann an der Uniklinik. Das ist gerade für die Familien, die einen weiten Weg haben, die berufstätig sind, wirklich schwierig. Es ist auch schwierig dort,

(Dr. Marret Bohn)

die Patientinnen und Patienten zu betreuen, die schlecht einstellbar sind. Das ist für die Familien, das ist für die Kinder und Jugendlichen wirklich eine Ausnahmesituation und eine große Belastung.

Ich freue mich, dass es mit dem Versorgungssicherungsfonds möglich war, genau diese Versorgungslücke zu schließen, und mit ViDiKi - der virtuellen Sprechstunde - werden diese Familien betreut. Dass dieses Projekt bei uns in Schleswig-Holstein umgesetzt werden konnte, ist eine hervorragende Nachricht.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen jetzt nicht noch mal alle Beispiele nennen; das ist ein ganzer Katalog. Ich glaube, das wird der Minister gleich für uns übernehmen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, noch einmal darauf hinzuweisen, dass dem, was Bernd Heinemann gerade zu dem Antrag von rechts außen gesagt hat, überhaupt nichts hinzuzufügen ist. Den lehnen wir ab. Was wir nicht ablehnen, ist das Angebot, Koalitionsverhandlungen zu führen, falls die Wählerinnen und Wähler das so entscheiden sollten, lieber Bernd.

(Heiterkeit SPD - Bernd Heinemann [SPD]:
Genau!)

Sehr charmantes Angebot.

Auch über das andere Angebot werden wir gern in der Fraktion mit den Kolleginnen und Kollegen sprechen, die ausscheiden werden.

Ich bedanke mich bei allen gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der demokratischen Fraktionen und unserem Gesundheitsminister für die letzten Jahre der Zusammenarbeit. Es war mir eine große Freude. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU,
SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Bohn. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht erst die Coronapandemie hat gezeigt, wie wichtig ein qualitativ hochwertiges, verlässliches Gesundheitssystem für uns alle ist. In

Schleswig-Holstein haben wir im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern die Pandemie und ihre Auswirkungen bis heute relativ gut überwinden können, wenngleich die Pandemie noch nicht beendet ist.

Zu dieser besseren Situation in Schleswig-Holstein haben vor allem die Bürgerinnen und Bürger beigetragen, weil sie sich stets vorbildlich - der Situation angemessen - verhalten haben. Vorbildlich ist auch bis heute die hohe Durchimpfung in Schleswig-Holstein. Auch das weiterhin freiwillige Maskentragen in Supermärkten wird auch einen Teil dazu beitragen, dass das Gesundheitssystem nicht weiter überfordert wird. Denn eines ist ganz klar: Trotz Öffnungsschritten, trotz weitreichender überwiegender Normalität sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken bis heute stark gefordert und stark belastet. Deswegen muss ich das, was von der AfD hier gesagt wurde, dass Sie es so darstellen, als sei jetzt alles wieder halbwegs in Ordnung und entspannter, entschieden zurückweisen. Das ist nicht der Fall.

(Claus Schaffer [AfD]: Habe ich nicht gesagt!)

Die Situation in den Kliniken ist weiterhin sehr angespannt, und zwar vor allem in den Normalstationen. Das müssen wir bei allen gesundheitspolitischen Entscheidungen, die wir hier im Landtag treffen, im Blick haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Für dieses weiterhin bestehende außerordentliche Engagement der Belegschaften spreche ich im Namen der FDP-Fraktion unseren Dank an die Pflegekräfte, an die Ärztinnen und Ärzte, aber natürlich auch an die Servicekräfte, die den Klinikbetrieb aufrechterhalten, aus. Ganz ausdrücklichen, vielen Dank!

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich bin froh, dass wir als FDP, aber auch andere Organisationen und Parteien auf Bundesebene den Vorschlag einer erlösunabhängigen Grundpauschale für die Kliniken in den Ampelkoalitionsvertrag einbringen konnten.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Kay Richert [FDP])

Damit wird die Finanzierung des Personals endlich erleichtert.

(Kay Richert [FDP]: Endlich!)

(Dennys Bornhöft)

Neben den so wichtigen Faktoren einer durchfinanzierten, funktionsfähigen, vor allem aber verlässlichen Gesundheitsversorgung in Schleswig-Holstein haben wir Jamaika-Fraktionen unseren politischen Beitrag für eine bessere Gesundheitsversorgung im Land geleistet. Beim UKSH haben wir es auch gemeinsam mit der Opposition gemacht. Wofür ich in den letzten fünf Jahren, die ich miterlebt habe, ausdrücklich dankbar bin, ist, dass wir das bei unserem Maximalversorger immer einhellig und einstimmig mit den demokratischen Fraktionen gemacht haben. Das ist sehr wichtig für Schleswig-Holstein. Danke schön.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Zu Beginn der 19. Legislaturperiode war uns bei den Jamaika-Koalitionsverhandlungen klar, dass wir den Status quo im Gesundheitssystem, wie wir ihn hatten, so nicht unbedingt beibehalten wollten. Wir wollten es innovativ im Rahmen von Landesmöglichkeiten weiterentwickeln und fit für die Zukunft machen. Neben einem Landeskrankenhausgesetz - wir waren das letzte Bundesland, das noch keines hatte -, der Abschaffung des Schulgeldes in den Gesundheitsfachberufen oder einem neuen Rettungsdienstgesetz, um eine der vielen Initiativen zu nennen, haben wir aber auch einen Fonds für Innovationen auf die Beine gestellt, über deren Aus- und Fortschreibung wir heute debattieren: den Versorgungssicherungsfonds.

Da dazu schon Vieles gesagt wurde, möchte ich ein Augenmerk auf einige wenige der vielen tollen Projekte richten, für die ich mir persönlich wünsche, dass möglichst viele davon auch in die Regelversorgung übergehen. Darauf kommt es nämlich an. Wir entwickeln hier vorbildlich Leuchtturmprojekte, machen Best Practice. Bei einigen wird man auch feststellen: Die Idee war gut, aber doch irgendwie nicht so praktikabel. Es gehört irgendwie dazu, auch aus diesen Fehlern zu lernen und besser zu werden. Den Ansatz, den wir dort gefunden haben, finde ich ausdrücklich gut, nicht nur in der Gesundheitspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Insbesondere im Kontext der Pandemie sind für mich der Bereich der Telemedizin und Teleberatungsprojekte besonders wichtig - auch für Weiterqualifizierungen in diesem Bereich. Über die Diabetesambulanz zum Beispiel hat Frau Kollegin Bohn gerade gesprochen. Wir haben aber auch ein Weiterbildungsprogramm bei der Hospizinitiative Neumünster, in der Freiwillige und Pflegeheimmitarbeiter durch Hospitationen geschult werden. Marktplatz „Gesundes Helgoland“. Wir haben In-

seln und Halligen, auch Inseln in Schleswig-Holstein - -

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

- Da müssen wir besonders - - Ja, die Pinneberger Abgeordnete Frau Krämer war gestern auch da - -

(Beifall Beate Raudies [SPD])

- Frau Raudies ist auch von dort. - Jetzt klaut Ihr mir gerade die Redezeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit Beate Raudies [SPD])

- Also, da haben wir eine halbe Million Euro rein-gesteckt, um dort sektorenübergreifend besser arbeiten zu können, auch auf der einzigen deutschen Hochseeinsel. Mit dem Hausärzterverband haben wir auch einige Projekte zum Thema „Telemedizin im ländlichen Raum“ gemacht.

Das ist gut, und das sollte bitte auch in der nächsten Legislatur definitiv fortgeschrieben werden. Ich gehe davon aus, dass die meisten das so sehen. Ich kann zusichern: Wenn die FDP weiter regiert, wird es definitiv weitergemacht. Das bringen wir zumindest in die Koalitionsverhandlungen ein. Auf diese Gespräche freue ich mich prinzipiell. Ich freue mich über Ihre Aufmerksamkeit zu diesem Tagesordnungspunkt. - Danke schön.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Werner Kalinka [CDU])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Danke schön, Herr Abgeordneter Bornhöft. - Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Wochen sind wir, was die Corona-maßnahmen angeht, in vielen Bereichen annähernd zur Normalität zurückgekehrt. Und das ist gut so. Das heißt aber nicht, dass die Pandemie vorbei ist. Vor allem in den Kliniken sehen wir aktuell eine hohe Belastung. Dort ist man vielerorts noch weit vom Normalbetrieb entfernt. Das ist überwiegend nicht den schwer erkrankten Coronapatienten geschuldet; hier sehen wir einen großen Unterschied zum Frühjahr 2020. Die Impfung wirkt, das können wir festhalten.

Aber durch die vielen Coronafälle in der Bevölkerung fällt auch viel Klinikpersonal aus, sodass die

(Christian Dirschauer)

ohnehin dünne Personaldecke noch dünner geworden ist. Viele Häuser verschieben nun planbare Eingriffe, weil nicht mehr ausreichend Personal da ist. Können wir hier Abhilfe schaffen, indem wir die einrichtungsbezogene Impfpflicht abschaffen, wo doch geschätzt 98 % der Mitarbeitenden im Gesundheitswesen geimpft sind? An dieser Stelle von mir ein ganz klares: Nein, das können wir nicht!

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Auch wenn es vermehrt Impfdurchbrüche gibt, ist doch nachgewiesen, dass geimpfte Menschen kürzere Zeit infektiös sind und seltener andere anstecken. Auch wenn die meisten Menschen mittlerweile geimpft sind und nur leicht erkranken, ist es doch unsere Aufgabe, diejenigen, die das größte Risiko haben, schwer zu erkranken - also die Betagten und die Vorerkrankten - mit angemessenen Mitteln zu schützen.

Genau darauf zielt die einrichtungsbezogene Impfpflicht ab: die vulnerablen Gruppen dort schützen, wo sie dem höchsten Risiko ausgesetzt sind, und das ist in den Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht gegen Corona ist ja auch nicht die erste ihrer Art. Es gibt auch eine einrichtungsbezogene Masernimpfpflicht. Auch dort sind vor allem Mitarbeitende von der Impfpflicht betroffen, bei denen die Personalknappheit ohnehin groß ist.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Trotzdem setzen wir die Impfpflicht nicht aus, um Personalengpässe zu vermeiden. Nein, sie hat ihre Berechtigung, um diejenigen zu schützen, die selbst noch nicht geschützt sind oder eben besonders vulnerabel sind. Es stehen sichere Impfstoffe verschiedener Art für die Coronaimpfung zur Verfügung, sodass sich alle mit dem Impfstoff impfen lassen können, der ihnen am liebsten ist. Aber das Recht der vulnerablen Gruppen auf Gesundheit kann und darf nicht gegen das Recht einiger weniger Pflegenden auf Nichtimpfen ausgespielt werden.

Die Versorgungssicherheit der Menschen bringt mich zum Thema sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung. Wir stehen in Schleswig-Holstein vor der Herausforderung, dass Versorgungssicherheit nicht überall gleichermaßen gegeben ist. Insbesondere im ländlichen Raum ist der Weg zum Arzt, erst Recht zum Facharzt, aber auch in die Klinik, weit. Es kann nicht in unserem Sinne sein, dass Menschen ihre Heimat auf Inseln und Halligen oder an der dünn besiedelten Westküste verlassen müssen, weil der Weg zur Gesundheitsversorgung zu weit geworden ist. Fachleute sagen schon lange,

dass der in Schleswig-Holstein beschrittene Weg zu einer sektorenverbindenden medizinischen Versorgung der richtige ist. Dieser Weg muss konsequent weitergegangen werden.

Ambulante und stationäre Versorgungsangebote müssen konsequent zusammen betrachtet werden; nur durch eine integrierte Planung können hier Synergien gehoben werden. Wichtig ist dabei auch eine möglichst weitgehende Anpassung der Vergütung ambulanter Leistungen. Es darf nicht die Höhe der Vergütung darüber entscheiden, wie und wo Patienten behandelt werden.

Der Versorgungssicherungsfonds hat sich als geeignetes Instrument erwiesen, um innovative Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsversorgung umzusetzen. Nun müssen diese, wo sie sich bewährt haben, in die Regelversorgung integriert werden.

Aber: Auch wenn neue Technologien und innovative Lösungen einen Teil der bestehenden Probleme lösen, so muss auch in Zukunft sichergestellt sein, dass alle Menschen überall im Land Zugang zu hausärztlicher Versorgung in ihrer Nähe haben. Für eine solche zukunftsfähige verbundene Versorgungslandschaft, in der zum Besten der Patienten kooperiert wird, setzen wir als SSW uns gern ein. - Herzlichen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich zunächst zwei Sätze zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht verlieren.

Eine Statistik, Herr Schaffer, haben Sie hier wohlweislich nicht genannt, und das ist die für uns zunächst einmal ausschlaggebende: Schauen Sie sich an, was in den Altenpflegeheimen passiert ist, bevor wir die Impfung zur Verfügung hatten, das Sterben in den Altenpflegeheimen und wie diese Kurve im Frühjahr 2021, nachdem in Schleswig-Holstein in den Altenpflegeheimen durchgeimpft wurde, abbricht. Das Ziel, meine sehr geehrten Damen und Herren, Leben zu retten, ist und bleibt das prioritäre Ziel in einer solchen Ausnahmesituation.

(Minister Dr. Heiner Garg)

Sie überschreiben Ihren Antrag mit „Gesundheitsberufe brauchen Freiheit“ - da kann ich nur sagen: 95 bis 97 % der Menschen, die in diesem Bereich tätig sind, haben von ihrer Freiheit Gebrauch gemacht und sich impfen lassen, die meisten übrigens vor Einrichtung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht.

Ich sage Ihnen in aller Gelassenheit - erstens -: Wenn Sie unterstellen, dass diejenigen, die sich bislang noch nicht haben impfen lassen, sofort mit Tätigkeitsverboten belegt würden, wissen Sie schlicht und ergreifend nicht, wie verantwortungsvoll die Gesundheitsämter in Schleswig-Holstein arbeiten. Es wird nämlich in jedem Einzelfall geprüft, unter welchen Bedingungen und in welchem Einsatz weiter gearbeitet werden kann.

Zweitens: Sie wissen auch, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht zunächst bis zum Ende des Jahres begrenzt ist. Ich habe viel Vertrauen in die Bundesregierung, dass sorgfältig evaluiert wird. Und ich halte überhaupt nichts davon, Menschen in dieser Pandemie alle drei Wochen mit einer weiteren Neuigkeit zu „beglücken“. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht ist mit einer großen Mehrheit verabschiedet worden, und sie ist in Schleswig-Holstein mit großer Sorgfalt und großem Engagement umgesetzt worden. Dass Sie das thematisieren, mag dem Wahlkampf in zwei Bundesländern geschuldet sein. Ich halte wenig von der jetzigen Diskussion, um das an dieser Stelle ganz deutlich zu sagen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt zum eigentlichen Thema: Schleswig-Holstein in ein wunderbares Bundesland mit wunderbaren Menschen sowie mit wunderbaren Inseln und Halligen. Ich sage das, liebe Marret Bohn, weil wir fünf Jahre zusammenarbeiten durften und Ihnen, Frau Abgeordnete, die Inseln und Halligen immer ganz besonders wichtig waren und am Herzen lagen, und weil wir vor riesigen Herausforderungen hinsichtlich der Versorgung der Menschen stehen. Genau diesen riesigen Herausforderungen stellen sich alle gesundheitspolitischen Akteurinnen und Akteure in Schleswig-Holstein; das ist das Tolle dabei. Wir können in Schleswig-Holstein - im Übrigen unabhängig davon, wer jeweils Verantwortung trägt - das SGB V nicht allein ändern und die wirklich entscheidenden Rahmenbedingungen, die für eine sektorenverbindende Versorgung notwendig wären, nicht einmal eben auf Bundesebene durchboxen. Eigentlich müsste man das tun, aber wir können es nicht.

Was wir aber können: Wir können die vielen innovativen Ideen nutzen, die es im Land gibt, von allen Akteurinnen und Akteuren - ob auf der kommunalpolitischen Ebene, in den Krankenhäusern, in den Arztpraxen oder in den Gesundheitsfachberufen. Da gibt es Menschen, die helfen wollen, die Versorgung zu sichern und sie zu verbessern, sicherzustellen, dass Menschen sich auch auf den Inseln und Halligen gut versorgt fühlen, dass sie sich auch im ländlichen Raum gut versorgt fühlen und dass sich niemand überlegen muss, aus seiner Heimat wegzuziehen, weil die Gesundheitsversorgung nicht mehr stimmt.

Genau hier kommt der Versorgungssicherungsfonds ins Spiel beziehungsweise sollte er ins Spiel kommen. Wir haben uns damals überlegt, wir nehmen eine bestimmte - ich sage: angesichts der Riesenherausforderung: eine bescheidene - Summe in die Hand. Wir konnten durch den Versorgungssicherungsfonds in den vergangenen fünf Jahren mit relativ wenig Geld viel für die Versorgungssicherung in Schleswig-Holstein anstoßen. Dafür will ich allen, die bislang daran beteiligt waren, dass das gelingen konnte, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Ich danke für die Kreativität und das Engagement.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will an dieser Stelle auch noch einmal sehr klar machen: Ich wünsche mir sehr, dass das fortgeführt wird, dass neue Ideen die Chance haben, Sektoren zu überwinden, im Übrigen auch mittels des Einsatzes von Telematik und künstlicher Intelligenz in der Medizin - nicht, um Menschen zu ersetzen, sondern um ihnen zu helfen, sie zu unterstützen und beispielsweise durch virtuelle Sprechstunden Wege zu verkürzen. Es sind schon so viele Beispiele genannt worden; es wäre albern, wenn ich die Liste der fast 30 Projekte noch einmal vorlesen würde. Es sind wirklich tolle Projekte entstanden. Bei vielen ist und muss natürlich das Ziel sein, sie in die Regelversorgung zu überführen. Bei einigen ist das schon gelungen.

Gestatten Sie mir aber im Rahmen einer solchen Berichterstattung auch, meine Damen und Herren, eines meiner Lieblingsprojekte zu nennen. Neben den bereits beschriebenen Projekten, die insbesondere dazu dienen sollen, Brücken zwischen den Sektoren zu bauen, die Sektoren zu verbinden - auch mittels Digitalisierung -, ist ein weiterer Schwerpunkt des Versorgungssicherungsfonds, Pro-

(Minister Dr. Heiner Garg)

jekte zu fördern, die die Aus- und Weiterbildung von ärztlichem und nicht ärztlichem Personal in den Fokus nehmen. Hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, war es zu Beginn der Legislaturperiode ein Erlebnis, am Westküstenklinikum in Brunsbüttel mit Auszubildenden sprechen und Vorträge über den Einsatz von Physician Assistants in Großbritannien und den Vereinigten Staaten verfolgen zu dürfen. In dem Moment dachte ich: Das wollen und brauchen wir auch! - Dass die Ausbildung zum Physician Assistant am Westküstenklinikum inzwischen angeboten und auch angenommen wird, ist unter anderem dem Versorgungssicherungsfonds, der dies unterstützt und fördert, zu verdanken.

Insofern lassen Sie mich abschließend sagen, dass wir in Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern der Selbstverwaltung, mit den Kommunen und den Praxisnetzen weiterhin moderne, zukunftsfähige Versorgungskonzepte entwickeln können, die auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten in Schleswig-Holstein zugeschnitten sind. Wir sind damit - und das hätte ich mir am Anfang dieser Legislaturperiode, das sage ich ganz offen, so nicht vorstellen können - der Idee und dem Anspruch einer patientenzentrierten Versorgung in Schleswig-Holstein wirklich ein Stück nähergekommen - und zwar nicht beim Sprechen auf Gesundheitskongressen, sondern beim Tun, unter anderem durch den Einsatz der Mittel aus dem Versorgungssicherungsfonds. Danke dafür! - Und danke fürs Zuhören.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU und SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 2,5 Minuten überschritten. Diese Zeit steht nun theoretisch auch allen Fraktionen zur Verfügung. - Ich sehe aber nicht, dass davon Gebrauch gemacht wird. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung zum Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, Drucksache 19/3804. Es ist beantragt worden, über den Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, Drucksache 19/3804, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind der Zusammenschluss der AfD, der Abgeordnete Dr. Brodehl und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3808. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Oktober 2021 bis 31. Dezember 2021

Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 19/3800

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, dem Abgeordneten Hauke Göttisch, das Wort.

Hauke Göttisch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute stelle ich Ihnen den Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das vierte Quartal 2021 vor. 318 neue Petitionen sind in diesem Quartal beim Petitionsausschuss eingegangen. Der Ausschuss hat 90 Petitionen abschließend behandelt, darunter drei öffentliche Petitionen. Er hat einen Ortstermin und zwei Anhörungen durchgeführt. Weitere statistische Angaben zu dem Berichtszeitraum, zum Beispiel über die Art der Erledigung, sind dem aktuellen Bericht zu entnehmen, der Ihnen allen vorliegt.

Das Ende der 19. Wahlperiode steht kurz bevor. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, heute auch eine Bilanz der Arbeit des Petitionsausschusses der letzten fünf Jahre zu ziehen. Am 15. Januar 2019 habe ich die Funktion des Vorsitzenden des Petitionsausschusses von der ehemaligen Vorsitzenden, Frau von Sayn-Wittgenstein, übernommen. Die inhaltliche Befassung mit den vorgetragenen Anliegen in insgesamt 95 Sitzungen hat mir nicht nur Arbeit, sondern auch sehr viel Freude bereitet. Über 2.700 Petitionen sind in der 19. Wahlperiode eingegangen oder wurden aus der alten Wahlperiode übernommen. In einem Selbstbefassungsverfahren hat sich der Ausschuss darüber hinaus sehr intensiv mit den Haft- und Arbeitsbedingungen in den Strafvollzugsanstalten Schleswig-Holsteins auseinandergesetzt.

In dieser Wahlperiode wurden 17 Anhörungen, 16 Ortstermine, fünf Gesprächsrunden und sechs Sprechstunden in den Justizvollzugsanstalten des Landes durchgeführt. Hierbei konnten sich die Ausschussmitglieder mit den Petenten und anderen Be-

(Hauke Götttsch)

teiligten vor Ort direkt austauschen und sich ein gutes Bild von vorhandenen Konflikten, aber auch von angemessenen Lösungsmöglichkeiten machen. Ich bin dankbar, dass ich als Politiker auf diesem Wege erfahre, welche Anliegen die Bevölkerung beschäftigen. Politik ist im Petitionsausschuss nicht abstrakt, sondern wird konkret. Petitionen werden oft als Seismograf bezeichnet, der die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger abbilden kann.

Dies hat sich gerade in den letzten zwei Jahren gezeigt. Natürlich hat sich die Pandemie auch in der Anzahl der hierzu eingegangenen Petitionen niedergeschlagen. Inhaltlich wurde die gesamte Bandbreite der von der Bevölkerung vertretenen Ansichten abgebildet. Wir haben uns dabei mit persönlichen Schicksalen ebenso beschäftigt wie mit Vorschlägen zu Gesetzesänderungen.

Ich habe ja schon früher betont, dass mich die durchweg sachlich orientierte Befassung des Ausschusses mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger - immer auch über Fraktionsgrenzen hinweg - sehr angesprochen hat. Gemeinsam haben alle Ausschussmitglieder daran gearbeitet, Petentinnen und Petenten dort, wo es möglich war, zu ihrem Recht zu verhelfen.

An dieser Stelle danke ich deshalb allen jetzigen und ehemaligen Mitgliedern des Petitionsausschusses für die stets kollegiale Zusammenarbeit.

(Beifall)

Fast jede dritte Petition konnten wir ganz oder zumindest teilweise im Sinne der Petentinnen und Petenten abschließen. Natürlich können wir nicht in jedem Fall Abhilfe schaffen oder gewünschte Gesetzesänderungen befürworten. Aber wir können uns in jedem Fall mit den vorgetragenen Anliegen sachlich und engagiert auseinandersetzen und den Menschen zumindest erklären, warum ihren Begehren nicht entsprochen werden kann.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal die Bedeutung des Petitionswesens betonen: Im Schleswig-Holsteinischen Landtag widmen wir uns zwangsläufig viel der sogenannten großen Politik. Diese reicht - wie wir gerade mit Blick auf den furchtbaren Krieg in der Ukraine feststellen müssen - auch über Ländergrenzen hinaus und beschäftigt uns intensiv. Wir dürfen darüber aber nicht vergessen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger daneben mit ihren eigenen, von ihnen oft ebenfalls groß empfundenen Problemen zu kämpfen haben. Diese Probleme müssen wir genauso ernst nehmen.

Vergessen wir eines nicht: Demokratie steht und fällt mit der Unterstützung und dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Mir hat die Arbeit des Petitionsausschusses verdeutlicht, dass wir aktiv dazu beitragen können, Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Wir können hier deutlich machen, dass uns die Sorgen und Nöte der Menschen in unserem Land nicht gleichgültig sind und dass wir jedem die Möglichkeit bieten, an unserer Demokratie mitzuwirken.

An dieser Stelle und zum Schluss bedanke ich mich noch einmal ganz herzlich beim Büro des Petitionsausschusses unter der Leitung von Frau Becker;

(Beifall)

denn nur mit der intensiven Arbeit und dem Engagement der Geschäftsstelle - gerade auch in der Zeit der Pandemie, für mich waren alle Mitarbeiter immer erreichbar - konnten wir so intensiv und konstruktiv im Ausschuss arbeiten und für die Petentinnen und Petenten da sein. Daher noch einmal ganz herzlichen Dank!

In diesem Sinne freue ich mich auf die nächste Wahlperiode und die Arbeit im Petitionsausschuss gemeinsam mit dem Büro. - In diesem Sinne: Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 19/3800 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so geschehen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 12:37 bis 15:18 Uhr)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Meine Damen und Herren! - Wir machen jetzt weiter, liebe Kollegen und Kolleginnen. Bevor wir wieder in die Tagesordnung eintreten, teile ich Ihnen mit, dass die Abgeordnete Herdejürgen krankheitsbedingt nicht an der heutigen Nachmittagssitzung teilnehmen kann. Wir wünschen ihr gute Besserung.

(Beifall)

(Vizepräsidentin Aminata Touré)

Die Abgeordneten Eickhoff-Weber und Rossa haben nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Nachmittagssitzung verhindert sind.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

Infrastrukturbericht 2022

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/3791

Ich erteile das Wort für die Landesregierung der Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich 2012 Finanzministerin wurde, gab es keinen Infrastrukturbericht. Es gab kein IMPULS-Programm. Stattdessen gab es einen Sanierungspfad. Mit dem Stabilitätsrat war verabredet, jedes Jahr 35 Millionen € an Baumitteln aus der Finanzplanung zu streichen.

(Zuruf: Hört, hört!)

Das war für mich so nicht akzeptabel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Dezember 2014 haben wir den ersten Infrastrukturbericht des Landes mit einer Bestandsaufnahme vorgelegt. Das war die erste Bestandsaufnahme, die es über den Sanierungsbedarf der öffentlichen Infrastruktur gab.

(Vereinzelt Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damals, meine Damen und Herren, lag der errechnete Mittelbedarf für Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen bis 2030, so hatten wir gerechnet, bei rund 5 Milliarden €. Wir dachten damals schon, dass das viel sei.

Um die notwendigen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen voranzutreiben, haben wir das Programm 2015 aufgelegt. Wir haben schon in den ersten Jahren, 2015 bis 2017, 800 Millionen € investiert und 750 Millionen € in ein Sondervermögen überführt. Wir haben dieses Programm mit der Jamaika-Koalition fortgesetzt. In den Jahren 2018 und 2019 haben wir weitere 1,3 Milliarden € investiert und zugleich das Sondervermögen weiter aufgefüllt.

Wir sehen mit dem Bericht für die Jahre 2020 bis 2021, der jetzt vorliegt, dass in diesen beiden Jahren weiter investiert wurde, und zwar 1 Milliarde €

und unser Sondervermögen bei etwa 960 Millionen € gehalten wurde.

Meine Damen und Herren, das zeigt uns: Es war dringend notwendig, eine Bestandsaufnahme zu machen, Geld zur Seite zu legen, die guten Jahre zu nutzen sowie Planbarkeit und Verlässlichkeit in die Finanzierung unserer Infrastruktur zu bringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir haben in den letzten beiden Jahren 276 Millionen € für unsere Mobilitätsinfrastruktur ausgegeben. Wir haben 216 Millionen € für die Hochschulen ausgegeben. Die eine oder der andere erinnert sich vielleicht noch daran, dass wir, als wir den Hochschulen die Mittel vor einigen Jahren zum ersten Mal zugesichert haben - es ging, glaube ich, um 80 Millionen € oder 90 Millionen €, gesagt haben: Das trauen wir uns zu. - Wir alle dachten dabei ein bisschen: Klappt das? Ist das nicht ein bisschen gewagt?

Heute sind wir deutlich weiter. Das ist gerade für unsere Wissenschaft in Schleswig-Holstein, für unsere Studentinnen und Studenten sehr wichtig und sehr gut. Das holt die jungen Menschen in unser Land.

(Vereinzelt Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Das Gleiche gilt für den Gesundheitsbereich, für unsere Krankenhäuser. Auch hier haben wir einen riesigen Investitionsstau vorgefunden. Wir haben gesehen: Vom UKSH bis zu unseren kommunalen Krankenhäusern, da ist gemeinsam mit den Kommunen unglaublich viel zu tun.

Auch hier sind wir schrittweise weitergekommen. Wir haben 2020 und 2021 über 200 Millionen € investiert. Ja, der Bericht macht deutlich: Auch hier ist noch eine Menge zu tun. Aber es passiert etwas. Unser Gesundheitssystem wird modernisiert. Das ist sehr wichtig. Das haben gerade die Coronajahre gezeigt. Für die Bevölkerung in Schleswig-Holstein ist sehr wichtig, dass wir gute, moderne Krankenhäuser haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir haben in den letzten beiden Jahren den Küstenschutz, den Schulbau und die Kitas gestärkt, also auch kommunale Dinge aufgenommen. Wir haben die Justizvollzugsanstalten saniert. Wir haben den

(Ministerin Monika Heinold)

Breitbandausbau vorangebracht. Wir haben den Sport gefördert. Wir haben die Kultur gefördert.

Lassen Sie mich etwas zur Kultur sagen, weil sie immer so schnell vergessen wird: Gerade die letzten Jahre haben noch einmal gezeigt, was uns allen fehlt, wenn wir keine Kultur haben, Kultur, die vor Ort stattfindet, die freie Szene, die Staatstheater, das Kieler Schloss, all das, auch Synagogen, Gemeindehäuser der jüdischen Landesverbände. All dies ist mitgefördert worden. Dass wir diesen Bereich, dass wir unsere Kultur mit dem IMPULS-Programm gestärkt haben, ist sehr wichtig für Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Sie sehen: Die Bereiche entwickeln sich immer weiter. Auch wenn wir in zehn Jahren viel geschafft haben, ist noch viel zu tun.

Manchmal habe ich ein bisschen das Gefühl, es sei ein Kampf gegen die Windmühlen. Wir sammeln Geld an, wir füllen die Sondervermögen, wir investieren, wir verbauen, und trotzdem steigt der Bedarf, der jetzt, obwohl wir schon 3 Milliarden € investiert hatten, noch immer bei 7,5 Milliarden € liegt. Der Bedarf ist somit deutlich größer geworden.

Woran liegt das? Damals, mitten in der Sanierungsphase, Konsolidierungsphase unseres Landes, als wir in den Häusern die Abfrage gemacht haben, was zu tun sei, haben viele Häuser das nicht so richtig ernst genommen. Sie haben gedacht: Na ja, in Schleswig-Holstein wird Geld eigentlich immer gekürzt und gestrichen; was soll ich mich anstrengen und aufschreiben, was ich alles brauche?

Als es anfang, als wir die ersten positiven Haushaltsabschlüsse hatten und die Häuser gemerkt haben, wer etwas meldet, kommt in diesen Abbaupfad hinein, planbar und verlässlich, und das Geld ist, wenn es ein bisschen länger dauert, im übernächsten Jahr da, haben die Häuser angefangen, zu melden und haben ehrliche Bestandsaufnahmen gemacht. Demzufolge ist der Bedarf natürlich gewachsen.

Dazu kommen die Kommunen. Die sehen natürlich, dass dieses Prinzip dazu führt, dass auch sie Mittel bekommen, und haben, mit Blick auf Kindertagesstätten, auf Schulen ein hohes Interesse auch von diesem Programm zu profitieren. Es ist gut, dass wir 100 Millionen € in Schulbau, in Kitas investiert haben und rund 240 Millionen € für die nächsten Jahre für diese Bereiche eingeplant sind.

Lassen Sie mich noch etwas zum Klimaschutz sagen: Dieser neue Bericht zeichnet sich dadurch aus, dass der Klimaschutz bei der Beschreibung des Bedarfs stärker wird.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das zieht sich - das ist ganz wichtig - wie ein roter Faden durch. Wir haben für die energetische Sanierung mit unserem EMiL-Programm rund 230 Millionen € vorgesehen. Das Schöne an unseren Programmen sind auch immer die Namen, die uns hier Freude bringen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Natürlich muss es auch in dem Bereich Klimaschutz und Energiewende vorangehen.

Deshalb: IMPULS ist ein gutes Programm. Es tut unserem Land verdammt gut, mit Siebenmeilenstiefeln voranzukommen. Es ist gut, dass das, was in der Küstenkoalition begonnen wurde, mit der Jamaika-Koalition fortgeführt wird. Es ist gut, dass wir den Notkredit gemeinsam beschlossen haben, um dieses Programm für die nächsten Jahre abzusichern. Planbar und verlässlich Infrastruktur modernisieren, sanieren, das funktioniert nur, wenn ich nicht in den Tag hineinlebe, sondern eine langfristige Planung habe, zu der das ganze Haus sagt: Genau so ist es richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überschritten. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole-Christopher Plambeck.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich den vorliegenden Infrastrukturbericht 2022 in einem Satz zusammenfassen: Die Jamaika-Koalition investiert so viel in die Zukunft Schleswig-Holsteins wie keine andere Landesregierung vorher. Wir sind die Investitionskoalition. Deswegen müssen wir gemeinsam Kurs halten.

(Beifall CDU)

(Ole-Christopher Plambeck)

Wir setzen klar auf die Modernisierung unseres Landes. Das belegt der heute von unserer Finanzministerin vorgestellte Infrastrukturbericht für die Jahre 2020 und 2021. Im Berichtszeitraum wurden mehr als 1 Milliarde € für die Infrastruktur des Landes umgesetzt. Damit bleiben die Investitionen auf einem sehr hohen Niveau. Das ist besonders beeindruckend, weil dieser Berichtszeitraum voll in die Coronapandemie fällt, manche Pläne doch durcheinandergeworfen und manche Vorhaben verschoben werden mussten.

Die Investitionen erstrecken sich auf eine sehr breite Palette an Themenfeldern, die die Ministerin bereits nannte. So wurden 230 Millionen € und damit 24 Millionen € mehr als im vorherigen Berichtszeitraum in die Sanierung der Landesstraßen einschließlich der anliegenden Radwege investiert. Im Berichtszeitraum waren es immerhin über 277 km.

Unser Straßennetz, insgesamt 3.540 km, ist bereits heute deutlich intakter als vor fünf Jahren.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Hierbei ist besonders hervorzuheben, dass unter der Jamaika-Koalition bei jeder Landesstraßensanierung der anliegende Radweg gleich mitsaniert wird. Das hat es so vorher nicht gegeben, und das ist der richtige Weg.

(Beifall CDU - Beate Raudies [SPD]: Stimmt doch nicht!)

Rund 219 Millionen € sind in die Modernisierung beziehungsweise in Ersatzneubauten von Hochschulgebäuden und rund 200 Millionen € in die Modernisierung und in den Ausbau von Krankenhäusern geflossen. Zudem haben wir uns an der Modernisierung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und natürlich für den Erhalt von Küstenschutzdeichen eingesetzt.

In die Digitalisierung der Landesverwaltung, mit den Stichworten E-Akte und Online-Zugangsgesetz, wurden in den vergangenen zwei Jahren über 23 Millionen € investiert. Auch bei Infrastrukturbereichen, für die das Land nicht unmittelbar die überwiegende Verantwortung trägt, hat sich das Land in den vergangenen zwei Jahren erheblich bei der Unterstützung der Kommunen sowie anderer öffentlicher und privater Träger mit insgesamt 130 Millionen € eingebracht.

Wenn wir schon bei den Kommunen sind: Jamaika setzt sich für diese sehr stark ein, denn vor Ort in den Städten und Gemeinden besteht ebenfalls ein hoher Investitionsbedarf. Das Land hat die Kommunen erheblich bei den Investitionen in Schulen, in

Kitas, in Sportstätten, bei der Digitalisierung und in weiteren Bereichen unterstützt. Der Effekt ist ja, dass vor Ort jeder Euro Landesmittel noch einmal kommunales Geld freisetzt. So gestalten wir gemeinsam, Kommunen und Land, die Zukunft für unsere Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Aber die eigentliche Aufgabe des Infrastrukturberichts - die Ministerin nannte es - ist es, den Sanierungsstau aufzudecken, die Bedarfe zu benennen und zu beziffern. Denn die Bedarfe haben sich von 4,85 Milliarden € in 2014 auf 7,46 Milliarden € im Jahr 2021 fortentwickelt. 7,46 Milliarden € für reine Landesbedarfe - das ist der aktuelle Wert des Investitionsstaus. Die Herausforderungen liegen natürlich, wie in vielen anderen Bereichen, bei den Baukostensteigerungen und vor allem bei den Folgen des Fachkräftemangels. Denn für die Umsetzung derartiger Bauinvestitionen bedarf es einer entsprechenden Anzahl an Planern, Ingenieuren und Bauarbeitern. Deswegen war es richtig, dass wir vor einigen Jahren das Fachhochschulstudium Bauingenieurwesen und auch eine Ausbildungs offensive eingeschlagen haben.

Richtig war auch, eine Taskforce zur Steuerung der Investitionsvorhaben zu schaffen, die dafür sorgt, dass die geplanten Mittel immer besser eingesetzt werden. Das ist vor allem deswegen wichtig, weil wir auch noch eine Finanzierungslücke von 854 Millionen € haben. Frau Heinold, auch die müssen wir noch schließen, da haben wir noch einiges vor uns.

Es ist richtig, dass die Landesregierung regelmäßig untersucht, wo die Bedarfe liegen; denn genauso wie die Kapitalmarktverschuldung und die Pensionslasten gehört auch der Sanierungsstau als verdeckte Verschuldung zur Darstellung der Gesamtverschuldung des Landes.

Mit einem strukturierten Investitionsplan und einem klaren Bekenntnis zu einer Investitionsquote von 10 % werden wir diesen Sanierungsstau in Zukunft abbauen.

Ich bedanke mich bei der Landesregierung und vor allem bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen umfassenden Bericht. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich bei der Finanzministerin für den ausführlichen Bericht, der uns ja auch vor Herausforderungen stellte, da wir ihn innerhalb einer Woche in dieser besonderen Zeit durchlesen mussten; das haben wir aber geschafft. Dieser Bericht hat ein einziges Ziel: Jamaika gut aussehen zu lassen. Die Betonung liegt auf „gut aussehen“.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn in der Tat, Sie haben etwas geschafft, meine Damen und Herren von der Jamaika-Koalition, und ich bin froh, dass wir uns einig sind, dass es eine gute Idee war, 2014 in der Küstenkoalition den Infrastrukturbedarf einmal zu ermitteln und mit IMPULS ein Instrument zu schaffen, das all das, was Sie jetzt vorweisen können, möglich gemacht hat. Wenn das das Ergebnis nach fünf Jahren Jamaika war, dann bin ich nicht wenig zufrieden mit diesem Punkt.

Die Investitionsquote, auf die der Kollege Plambeck auch eben noch einmal abstellte, war ein Punkt, den Sie in den letzten fünf Jahren immer sehr liebevoll vor sich hergetragen haben. Wenn man sich dann aber die Haushaltsabschlüsse ansieht und die Ergebnisse vergleicht, sieht man, über die Jahre 500 Millionen € also eine halbe Milliarde Euro Investitionsmittel sind liegen geblieben und nicht verausgabt worden. Die veranschlagte Quote war immer hoch, es blieb aber eine Menge liegen.

Wir hatten erst in der letzten Woche im Finanzausschuss die, wie ich finde, erschreckende Aufstellung der Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderpaket 2. Das betrifft die Schulbaumittel von fast 100 Millionen € Davon sind erst 25 % an die Kommunen abgeflossen. Dabei geht es um den Schulbau. Ich frage mich, warum wir da auf dem Geld sitzen. Das kann doch so nicht sein.

(Beifall SPD - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frag mal die Kommunen! Oder haben wir vielleicht falsche Förderbedingungen, Frau Kollegin? Das kann auch sein; denn wir haben verzweifelt versucht, dass möglichst viele davon profitieren, die es jetzt nicht umsetzen können.

(Zuruf Tobias von der Heide [CDU])

Das schauen wir uns in der nächsten Legislaturperiode noch einmal sehr genau an.

Für mich macht der Bericht sehr deutlich, das hat die Ministerin auch gesagt, dass wir noch ganz schön viel zu tun haben. Die Finanzierungslücke ist angesprochen worden, sie beträgt rund 850 Millionen € Woher soll das Geld kommen? Mit Haushaltsüberschüssen - da sind wir uns wohl einig - in der gewohnten Höhe wird es in den nächsten Jahren wohl eher schwierig. Immerhin - das haben Sie auch erkannt - müssen wir uns darüber Gedanken machen. Die Finanzplanung wird es nicht richten. Der Bedarf war im Jahr 2020 in der Finanzplanung gedeckt, und heute planen wir mit Notkrediten. Die Antwort hierzu fehlt mir noch, Frau Ministerin. Die habe ich auch von der Koalition nicht gehört. Vielleicht kommt ja noch etwas.

Das Geld fehlt für nicht unwichtige Bereiche: Hochschulen, Justiz, und was mich am meisten erschreckt, 600 Millionen € fehlen für die Finanzierung der Krankenhausinfrastruktur. Wir haben heute Morgen gehört, wie wichtig die Gesundheitsversorgung im Land ist. 50 % dieser mehr als 600 Millionen € müssten die Kommunen übernehmen. Aber wer das fordert, der blendet die finanzielle Lage der Kommunen aus. Woher sollen denn auf einen Schlag diese 300 Millionen € herkommen?

(Zuruf CDU)

Wenn ich dann sage, dass es bereits im Land schon weitere Bedarfe gibt, die in diesen Bericht noch nicht eingeflossen sind, weil er einen Stichtag hat, dann sieht das ganz übel aus. Im Kreis Pinneberg wird ein neues Zentralkrankenhaus geplant,

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Kostenpunkt 500 Millionen € Das steht hier noch nicht drin. Im Kreis Ostholstein tut sich etwas an der Infrastruktur, das ist hier ebenfalls noch nicht enthalten. Wir sind deutlich Richtung Milliarde unterwegs und nicht nur bei den 600 Millionen €

(Tobias von der Heide [CDU]: Das haben Sie ja kaputtgespart!)

-Wir haben sie kaputtgespart? Diese Nummer ist jetzt alt, Herr Kollege von der Heide. Das ist echt eine alte Platte, die hat schon einen uralten Sprung.

(Beifall SPD - Zuruf Tobias von der Heide [CDU])

Immerhin: 185 Millionen € für die energetische Sanierung der Landesliegenschaften und den kleinen EMiL. Das klingt nett, das hört sich nach ganz viel an, wenn ich dann aber einmal die drei Beispiele nehme, die im Bericht auftauchen - Sanierung Finanzamt Dithmarschen: 8 Millionen € Polizeidi-

(Beate Raudies)

reaktion Neumünster: 9,8 Millionen € Polizeirevier Westerland: 16 Millionen € -, dann wird sehr schnell klar, dass wir mit diesen 185 Millionen € nicht so wirklich weit kommen, dass es mit dieser Summe nicht so weit her ist. Es ist immer noch nicht klar - das frage ich jetzt schon seit mehreren Jahren -, wie hoch denn der Sanierungsbedarf in den Landesliegenschaften überhaupt ist.

Das entscheidet sich, so steht es auch in diesem Bericht, wenn das Ergebnis der Beratungen über die Klimaschutzgesamtstrategie feststeht. Ja wann denn, bitte schön? - Das ist doch, um in Ihrem Bild zu bleiben, eine Terra incognita, auf die Sie Kurs halten, in unbekanntem Gewässern. Viel Spaß!

(Beifall SPD)

Was fehlt denn noch in dieser Liste? - 400 km Landesstraßen und 200 km Radwege saniert,

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

das hat nicht erst Jamaika erfunden, sondern das gab es auch schon vorher.

(Zuruf Tobias von der Heide [CDU])

- Ja natürlich gab es das schon vorher.

(Tobias von der Heide [CDU]: Wo denn?)

- Man kann versuchen, hier Märchen zu erzählen:

(Zurufe Annabell Krämer [FDP] und Tobias von der Heide [CDU])

Radwege saniert, Landesstraßen saniert, aber keinen einzigen Kilometer A 20 gebaut. Das will ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Wir haben uns nicht hier hingestellt und gesagt: Die A 20 wird fertig.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage von der Abgeordneten Krämer?

Beate Raudies [SPD]:

Sehr gerne.

Annabell Krämer [FDP]: Werte Frau Raudies, im Gegensatz zur Vorgängerkoalition haben wir die Teilabschnitte der A-20-Planung nicht aufgegeben und in die Schublade gepackt. Das als Erstes.

(Beifall FDP und CDU)

Meine zweite Sache ist: Erzählen Sie mir doch einmal bitte, wie viel Kilometer Landesstraße die Küstenkoalition im Durchschnitt pro Jahr saniert hat. Oder wie viele Millionen sind pro Jahr ungefähr in die Sanierung der Landesstraßen bei der Vorgängerregierung geflossen?

- Erstens, liebe Kollegin Krämer, ich habe ausdrücklich gesagt: keinen Kilometer der A 20 gebaut. Der Herr Ministerpräsident, der an dieser Stelle nicht da sein kann, dem ich gute Besserung wünsche, hat versprochen, dass die A 20 bis 2022 fertig gebaut wird. Punkt. Aus. Ende. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Das haben Sie nicht getan, das habe ich hier angesprochen.

(Beifall SPD und SSW)

Zweitens. Infrastruktur in der letzten Legislaturperiode. Frau Heinold hat sehr schön und ausführlich ausgeführt, unter welchen Bedingungen die Küstenkoalition einen Haushalt aufstellen und unter welchen Bedingungen sie noch investieren musste. Da war die Rede von 35 Millionen € die gestrichen werden sollten. Wir hatten die Vorgaben des Stabilitätsrates. Wir hatten deutlich schlechtere Steuereinnahmen. Ich sage Ihnen gern noch einmal, dass die Summe der Steuereinnahmen vor der Pandemie 1,3 Milliarden € höher war als im Jahr 2016. Also: Sie hatten schon auch andere Bedingungen als die Küstenkoalition.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie noch eine zweite Zwischenfrage von der Abgeordneten Krämer?

Beate Raudies [SPD]:

Bitte.

Annabell Krämer [FDP]: Ist eigentlich okay. Damit haben Sie es gut beantwortet.

Meine Nachfrage ist: Sie haben gesagt, die Landesstraßensanierung haben wir auch schon vorher gemacht. - Jetzt haben Sie gesagt: Nee, nee, haben wir doch nicht gemacht, weil die Mittel rausgestrichen worden sind. - Insofern habe ich das jetzt verstanden. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

- Dann will ich gerne entgegenen, liebe Kollegin Krämer, dass der Kollege Plambeck gesagt hat, man habe die Landesstraßen inklusive der Radwege saniert, was vor Ihnen noch keiner gemacht habe.

(Beate Raudies)

Darauf bezog sich meine Aussage, weil: Das war definitiv nicht richtig.

(Zurufe CDU, Christopher Vogt [FDP] und Lars Harms [SSW])

Also zumindest an der L 110 im Kreis Pinneberg - Herr Kollege Lehnert ist jetzt nicht da, um das zu bestätigen - sind unter der Küstenkoalition die Fahrbahn und der Radweg gleichzeitig gemacht worden, auch an der L 75. Mir fallen mindestens noch zwei andere ein.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie noch eine weitere Zwischenfrage von dem Abgeordneten Kilian?

Beate Raudies [SPD]:

Sehr gerne.

Lukas Kilian [CDU]: Werte Frau Kollegin! Zunächst erlaube ich mir einen kurzen Hinweis zu der A 20, weil das von Ihnen ja immer wieder gerne thematisiert wird. Die Fertigstellung der A 20 wurde von Daniel Günther im Wahlkampf tatsächlich versprochen. Hierbei, das muss man ihm inzwischen natürlich anlasten, hat er sich auf die öffentlichen Angaben der Vorgängerregierung gestützt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das war grob fahrlässig, weil die, wie sich herausstellte, ja frei erfunden waren. Vor diesem Hintergrund muss man das natürlich entschuldigen. Ich glaube, so ein Fehler wird ihm nie wieder passieren.

Meine Frage richtet sich im Weiteren natürlich an die Landesstraßen und die Radwege, die im Land gemacht wurden. Ich teile den Eindruck, den meine Kollegin Krämer hat, dass Sie auf die konkrete Frage jetzt eher erklärt haben, dass die Straßen jetzt nicht gemacht wurden. Was Sie korrekterweise gemacht haben, war ein Landesstraßenzustandsbericht, in dem Sie festgestellt haben, wo Löcher sind. Das ist so - ich habe das damals schon im Wahlkampf immer gesagt -, als ob man zum Zahnarzt gehen und sagen würde: Ich hätte gern einen Zahnzustandsbericht.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn man dann nach Hause kommt und der Ehefrau erzählt, in jedem Zahn sei ein Loch, dann fragt sie: Was tust du dagegen? - Da haben Sie aufgehört.

Diese Frage konnten Sie gerade auch nicht beantworten. Also, dann tun Sie nicht so, als ob Sie einerseits furchtbar viel für die Landesstraßen getan haben, auf der anderen Seite kein Geld dafür hatten.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Also, eins von beiden kann stimmen. Das Letztere ist dichter an der Wahrheit als das Erstere.

(Vereinzelter Beifall CDU)

- Sehr geehrter Kollege Kilian! Es geht hier nicht um den Bericht und um die Leistung und um die Abrechnung oder um den Bericht der Küstenkoalition. Es geht hier um den Infrastrukturbericht und den Ausblick der Jamaika-Koalition. Auf den beziehe ich mich in meiner Rede. Über den rede ich. Ich habe sehr deutlich gesagt, zu welchen Bedingungen die Küstenkoalition angetreten ist, mit welchen finanziellen Bedingungen sie umgehen musste. Wir haben den Infrastrukturbericht damals auf den Weg gebracht. Wir haben einen Straßenzustandsbericht aufgenommen. Um bei Ihrem Bild zu bleiben:

(Zuruf Annabell Krämer [FDP])

Wenn Sie eine größere Zahnersatzmaßnahme haben, macht der Zahnarzt auch einen Plan und einen Finanzierungsplan, wie die Zahnmaßnahmen dann durchgeführt werden. Das macht man ja auch nicht in einem. Das ist Ihr Bild. Das habe ich aufgenommen. Wenn ich mal so sagen darf: Die Landesstraße 109 ist auch in den letzten fünf Jahren nicht gemacht worden. Die ist jetzt auch schon wieder nach hinten gerückt.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Ich bin schon dafür und werde darauf achten, dass die in der nächsten Legislatur gemacht wird. Da können Sie sicher sein.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Genau. Na gut. Okay. Also: A 20, Landesstraßen - mein Punkt.

Investitionsmittel für Kitas. Ich war bei dem, was fehlt. Investitionsmittel für Kitas fehlen nach dem neuen Kitagesetz komplett. Das ist Ihnen dann plötzlich bei den Haushaltsberatungen aufgefallen.

(Beate Raudies)

Da gab es noch einmal 25 Millionen € Die sind schon lange ausgegeben. Mehr gönnen Sie den Kommunen nicht, aber das reicht vorne und hinten nicht. Überall im Land fehlen die Plätze. Da muss auch Geld rein.

(Beifall SPD)

Haben wir einen Überblick, was die Schulträger der Ausbau der Ganztagsbetreuung kostet? Das wird doch einen Investitionsbedarf noch mal in derselben Höhe auslösen. Da wissen wir doch jetzt schon, dass das mit dem kommunalen Geld allein nicht reichen wird. Was ist mit der digitalen Ausstattung der Schulen, der Lehrkräfte, der Schülerinnen und Schüler? Eine Daueraufgabe.

Zu guter Letzt, Frau Ministerin, was ist mit der ganz neuen Aufgabe Klimaschutz? So hörte sich das eben bei Ihnen ein bisschen an: Ganz plötzlich kommt der Klimaschutz dazu. - Das ist ja nun nichts Neues. Ich habe mich sehr über die Formulierung in Ihrem Bericht amüsiert, das führe zu weiteren größeren finanziellen Herausforderungen. Na, Donnerschlag! Das ist ja eine dolle Sache. Und nun? Der Bericht beschreibt sehr detailliert das Problem. Aber wo ist denn Ihre Lösung? Was ist denn Ihre Antwort darauf? Wie wollen Sie die Bedarfe denn decken? Die 850 Millionen € sind doch das Minimum, was noch vor uns liegt; dazu kommt doch noch viel mehr. Aber da, meine Damen und Herren von Jamaika, sind Sie blank und kommen nicht weiter, denn dann kommt dieses böse Wort mit S, das da heißt „Schuldenbremse“, das CDU und FDP immer wie einen Fetisch vor sich hertragen. Die Grünen sehen das ein bisschen anders. Weil das so ist, kommt Jamaika an diesem Punkt nicht weiter. Das ist so. Punkt. Ende.

(Beifall SPD)

Ich sage deshalb an dieser Stelle: Bei der Finanzierung dieser Klimaschutzmaßnahmen brauchen wir nach unserer Auffassung einen Paradigmenwechsel. Ich wiederhole gern das Beispiel, weil ich es so eindringlich finde: 30 Milliarden € Schulden für die Beseitigung der Flutschäden im Ahrtal lässt die Schuldenbremse zu, aber 30 Milliarden € Schulden für die Verhinderung solcher Flutkatastrophen, für die Vermeidung von Klimafolgen, das geht nicht. Das kann doch irgendwie nicht richtig sein.

(Beifall SPD)

Da müssen wir einen neuen Weg finden, Klimaschutz zu finanzieren - jenseits der Schuldenbremse, denn die Kosten des Nichtstuns werden deutlich höher für Schleswig-Holstein. Gerade jetzt ist eine

klare Prioritätensetzung wichtig für die Zukunftsinvestition. Ich frage mich: Will die Regierung nicht mehr? Kann sie nicht mehr? Scheitert es am Geld? Oder scheitert es mal wieder am Willen? Ist man sich nicht einig? Oder warten Sie stattdessen auf das, was Sie in den letzten fünf Jahren immer getretet hat, was Sie in Ihrem Bericht auch vergessen haben, dass der Bund das Portemonnaie aufmacht und Ihnen alles bezahlt?

(Heiterkeit SSW)

Hat in den letzten fünf Jahren ja immer ganz gut geklappt - bei den Schulbaumaßnahmen, bei den Kitamaßnahmen war immer Bundesgeld enthalten. Wohin steuert also dieses Land? Keine Ahnung. Frau Heinold will Ministerpräsidentin werden, aber eine Antwort auf die Frage habe ich von ihr jetzt hier nicht gehört. Ich finde: Das wäre erforderlich gewesen, wenn man dahin will.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wo ein Wille ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auch ein politischer Weg. Dieser CDU-geführten Regierung fehlt der Weg, der Wille - -

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie jetzt bitte zum Schluss.

Beate Raudies [SPD]:

- Ja, Frau Präsidentin. Dieser Regierung fehlt der Wille, aus ihrem Trott auszubrechen. Es fehlt ihr an Energie, an Mut und auch an Engagement. Und es wird Zeit, dass sich das in diesem Land ändert.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Raudies. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Blicken wir zurück in das Jahr 2012. Zwei Jahre zuvor hat die Haushaltsstrukturkommission der schwarz-gelben Landesregierung und Koalition ihre Kürzungspläne vorgelegt. Das Land befand sich in einer häusälterischen Notlage. Der Stabilitätsrat überwachte den Haushalt des Landes Schleswig-Holstein. Und dann? Eine Landtagswahl. Ein

(Lasse Petersdotter)

Regierungswechsel. Und vor allen Dingen: Eine Finanzministerin Monika Heinold. Endlich!

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Denn trotz der Lage wurde erstmals mit einem Infrastrukturbericht 2014 auf das hingesehen, was uns im Land erwartet hat, und nicht weiter weggeduckt. Ohne diesen mutigen Schritt und ohne die Entscheidung, nach dieser Erkenntnis, wie die Infrastruktur in diesem Bundesland beschaffen ist, mit IMPULS 2030 ein Sondervermögen auf den Weg zu bringen, wären bis heute viele Schulen, viele Krankenhäuser, viele Straßen und viele Hochschulen nicht saniert. IMPULS ist ein Erfolg auf der ganzen Linie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und unbenommen: Es ist ein Erfolg unterschiedlicher Koalitionen mit immer einer grünen Handschrift, aber unterschiedlichen Koalitionen - mit der Küstenkoalition, aber auch mit der Jamaika-Koalition. Allein in den letzten zwei Jahren ist es uns gelungen, ein Drittel der Investitionen zu machen, also 1 Milliarde € in dieser sehr schwierigen Zeit tatsächlich umzusetzen. Was für eine Leistung! Da haben wir eine ganze Menge geschafft!

(Beifall FDP)

Das bedeutet konkret beispielsweise 276 Millionen € für Mobilitätsinfrastruktur, 216 Millionen € für Wissenschaft und Hochschulen. Wir sehen es doch auf jedem Campus - gehen wir über den Campus der Uni Lübeck, gehen wir über den Campus der Uni Kiel -, wie viel dort gebaut, wie viel dort in Bereichen investiert wird, die so lange nicht gesehen wurden, und was wir hier in die Zukunft investieren. Schauen wir auf die 219 Millionen € in den Krankenhäusern und dem UKSH.

Nichtsdestotrotz ist die To-do-Liste weiterhin lang, sicher. Die Herausforderungen sind da: Wir sehen, dass wir gegen die Zeit arbeiten müssen. Wir müssen auch mit steigenden Baukosten umgehen, die gerade in dieser Zeit offenbar kein Ende kennen. Wir müssen beim Klimaschutz noch mehr tun, und wir müssen neue Bedarfe weiterhin ernsthaft und ehrlich identifizieren und dann strukturiert angehen. Genau deswegen ist es gut, dass IMPULS bis in das Jahr 2030 finanziert ist. Das ist eine Leistung der vergangenen fünf Jahre, die gemeinsam mit der Opposition erbracht wurde.

Wenn Sie, Frau Kollegin Raudies, fragen: „Aber wie wollen Sie denn die nächsten Jahre finanzieren?“, dann ist das schon ein Teil der Antwort: Bis

2030 sind die Planungen, die wir uns vorgenommen haben, finanziert.

Ich möchte aber gern auch auf das Weitere eingehen, das Sie angesprochen haben. Sie fragten, woher die 800 Millionen € in den nächsten Jahren kommen sollen. Da frage ich mich ein Stück weit, wie Ihr Spitzenkandidat landauf, landab überall erzählen kann, dass es 500 Millionen € gebe, die die Landesregierung nicht nutze und die irgendwo versteckt seien.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Annabell Krämer [FDP])

Sie gestehen hier doch selbst ein, dass es dieses Geld offenbar gar nicht gibt.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und die Beitragsfreiheit! - Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dann wird noch alles mögliche Weitere gesprochen. Nehmen wir die Steuersenkungen, die Sie versprechen, oder die vollmundig angekündigten Pakete über Aberhunderte Millionen für jeden freiwilligen Bereich, der nicht bei drei auf dem Baum ist, die Herr Losse-Müller investieren möchte.

(Beifall FDP)

Was Sie hier gemacht haben, war doch letztendlich nichts anderes, als zu sagen, dass das Geld, das Ihr Spitzenkandidat verspricht, nicht da ist. Somit wird am Ende auch nichts umgesetzt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Was Ihr Wahlprogramm angeht, war das ein Offenbarungseid.

(Zuruf: Ja!)

Sie sprachen die Schuldenbremse an, und ich bin bei Kritik an der Schuldenbremse immer einer der Ersten, die gerne mitmachen. Ich bin aber auch ein Fan davon zu überlegen, welches die nächsten realistischen Schritte sind. Die Schuldenbremse ist im Grundgesetz abgesichert. Wir haben diesen Punkt leider am Tag der Bundestagswahl verloren, weil es eben keine progressive Mehrheit dafür gibt, hier Veränderungen vorzunehmen. Nichtsdestotrotz wären Reformen der Schuldenbremse weiterhin richtig und notwendig.

In Ihrem Wahlprogramm habe ich von der Klimamilliarde gelesen, die Sie umsetzen wollen. Das widerspricht doch elementar der Argumentation, die Sie gerade gewählt haben. Ich finde die Argumenta-

(Lasse Petersdotter)

tion ja richtig zu sagen: Es geht nicht an, dass wir immer nur dann mit Krediten reagieren können, wenn das Wasser in den Dörfern steht, sie aber nicht nutzen können, um das zu verhindern, um Klimaschutz zu betreiben.

Im Wahlprogramm der SPD bauen Sie die komplette Klimaschutzpolitik darauf auf, dass Sie eine Klimamilliarde aufnehmen können, und begründen das dann auch noch wie folgt: Die nehmen wir auf dem gleichen Weg auf wie die HSH-Schulden - was ein komplett anderes Konstrukt ist und relativ wenig mit der Schuldenbremse zu tun hat - oder wie die Corona-Notkredite. - Ich bin sehr gerne dabei zu schauen, ob es Wege dieser Art gibt. Es gibt aber bislang deutschlandweit nur einen Professor, der - im Rahmen einer Anhörung in Bremen - ein Gutachten abgegeben hat, in dem er sagt: Ja, das könnte womöglich funktionieren. - Es gibt viele andere, die sagen: Es ist nicht so einfach möglich, dafür ohne Änderungen an der Schuldenbremse Kredite aufzunehmen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Deswegen setzen wir zur Finanzierung - Sie sagten, Sie hätten darauf gerne Antworten - auf andere Wege. Wir gehen davon aus, dass es in den nächsten Jahren durchaus Möglichkeiten geben wird, in Infrastruktur zu investieren, weil das eben keine strukturellen Ausgaben sind. Das ist ein großer Unterschied zu dem, was Sie jedes Jahr versprechen. Sie machen Versprechungen struktureller Art.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ein weiterer Punkt ist, dass wir anerkennen, dass wir IMPULS glücklicherweise bis 2030 abgesichert haben, und in den nächsten Jahren auch weiterhin die Zuversicht haben, dass sich die Welt verbessert und Mehreinnahmen entstehen.

Das Dritte ist, dass wir Investitionsgesellschaften gründen wollen, Investitionsgesellschaften, die in der Lage sind, in ausgewählten Bereichen - beispielsweise Schulbau, Wohnungsbau, Wärmewende, aber eben auch Mobilität und andere - Gelder aufzunehmen, und so dazu führen, dass wir mehr Geld ausgeben können, weil sie eine eigene Kreditaufnahme vornehmen können und in der Umsetzung sehr viel konkreter sind, als das im staatlichen Handeln ansonsten der Fall ist. Wir sind auch nicht die Einzigen, die diese Idee haben. Die Bundesregierung macht sich auf den Weg, eine Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Wir kennen das aber auch aus anderen Bundesländern, wo es Beispiele gibt, denen man folgen kann. Nichtsdestotrotz soll-

ten wir eigene entwickeln. So sind wir in der Lage, über Investitionsgesellschaften die Ausgaben zu hebeln und unseren Investitionsbedarf so zu bewältigen, wie es notwendig ist. Denn in einem sind wir uns in diesem Hause wirklich einig:

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Investitionen sind entscheidend für die Zukunft dieses Landes. Sie sind entscheidend für die Bildungsinfrastruktur, für die Wirtschaftsinfrastruktur und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, dafür, dass man tatsächlich von A nach B kommt - und das sehr gern auf elektrifizierten Strecken und nicht weiterhin mit Dieselloks.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können also sagen: IMPULS hat sich bewährt, IMPULS hat dieses Land verändert. Wir sind außerdem in der Lage, weiterzudenken, es weiterzuentwickeln, beispielsweise über Investitionsgesellschaften, auch aufgrund der Erfahrungen, aus denen wir gelernt haben, und der Verbesserungen, die erfolgt sind, und - das muss man auch klar sagen - beispielsweise durch die Taskforce, die die FDP immer wieder gefordert hat, tatsächlich eine Beschleunigung hinzubekommen und den Impuls aus den letzten zwei Jahren auch in den nächsten zwei und den folgenden Jahren fortzusetzen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer das Wort.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Kollege Petersdotter, einen Teil meiner Replik auf die Opposition hast du mir nun leider weggenommen.

(Heiterkeit Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen also weiter daran arbeiten, dass ich in der nächsten Legislaturperiode vor dir reden darf.

(Zuruf)

- Der hat spät gezündet, was?

(Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich hab's verstanden!)

Mit dem Infrastrukturbericht 2022 liegt nun der fünfte Infrastrukturbericht des Landes Schleswig-Holstein vor. Seit im Jahr 2014 erstmals in einem

(Annabell Krämer)

Infrastrukturbericht die umfassenden Investitionsbedarfe in unserem Land aufgedeckt wurden, ist viel passiert - ja, in den letzten fünf Jahren ist viel passiert.

Jamaika hat mit Investitionen nicht hinterm Berg gehalten und mit einer verlässlichen - von uns immer geforderten - Investitionsquote von 10 % große Fortschritte beim Abbau des Sanierungsstaus gemacht. Auch wenn Sie, liebe Kollegin Raudies, wieder sagen, das sei eine alte Platte: Man kann es nicht oft genug sagen. Genau diese 10 %, die von Ihnen immer und immer wieder als utopisch abgetan wurden, haben wir Jahr für Jahr erreicht.

(Vereinzelter Beifall FDP - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man muss auch dankbar sein, Frau Kollegin!)

Wir sind nicht mehr nur damit beschäftigt, Altlasten zu reduzieren, sondern investieren in unsere Zukunft und fügen wichtige Projekte hinzu. In den letzten zwei Jahren, die umfassend und in nahezu allen Lebensbereichen von der Coronapandemie betroffen waren, hat das Land insgesamt weit über 1 Milliarde € in die Infrastruktur investiert. Damit ist das hohe Investitionsniveau der beiden Vorjahre über die Pandemie und ihre Auswirkungen hinweg gehalten worden. Hier haben wir uns und unseren Investitionsfortschritt wirklich unter Beweis gestellt und unter Pandemiebedingungen ein Spitzenergebnis erzielt.

Das meiste Geld ist in Mobilität, Hochschulen und Krankenhäuser geflossen, aber auch in Investitionen in Klimaschutz, kommunale Infrastruktur und Digitalisierung. Mit einem Großteil der Investitionen haben wir unsere Infrastruktur auf Vordermann gebracht. Dank unseres Wirtschaftsministers ist Mobilität in Schleswig-Holstein kein Unwort, kein Tabuwort mehr. Das Land investierte in den Jahren 2020 und 2021 rund 276 Millionen € in die Mobilitätsinfrastruktur, rund 230 Millionen € in Straßen, Radwege und Brücken. Es wurden 277 km Straße saniert, und zwar - das war einmalig - einschließlich der Radwege an den Landesstraßen.

Was ist so besonders daran, was hat dieser Minister besser gemacht als die Minister jeder Regierung zuvor? Das sage ich in aller Deutlichkeit: Wir haben dort saniert, wo es dringlich war. Erst einmal sind wir mit den Kreisen in einen Dialog getreten und haben dort direkt abgefragt: Was sind eure dringenden Bedarfe? - Es wurde nicht einfach landesseitig entschieden: Wir sanieren diese Straße, wir sanieren jene Straße, weil es uns da gerade passt. - Nein! Wir haben die Kreise gefragt, wo der Schuh drückt.

Genau dort wurde vornehmlich saniert. Wenn es aus dem Kreis Pinneberg, Kollegin Raudies, heißt: „Warum ist dieser oder jener Radweg noch nicht saniert worden?“, muss ich sagen: Das war das Versäumnis des Kreises, und das wissen Sie auch. Die Bedarfsplanung muss entsprechend erfolgen, so wird dann auch saniert. Wenn das verpennt wurde, war es wunderbar, dass Kollege Buchholz vor Ort war und gesagt hat: Uns ist das egal; ihr habt das zwar nicht angemeldet, aber das machen wir mal eben auf dem kurzen Dienstweg. - Fantastisch! So geht man mit den Kommunen um, und das haben wir getan.

(Vereinzelter Beifall FDP - Lachen Beate Raudies [SPD])

Mit der Radstrategie Schleswig-Holstein wurde und wird in ein zukunftsweisendes Projekt investiert.

Auch das schleswig-holsteinische Schienennetz wird kontinuierlich ausgebaut. Im stark vernachlässigten Schienenverkehr - Kollege Tietze wird das bestätigen; das ist ja auch ein Thema, das bei Ihnen in den letzten Jahren stark vernachlässigt wurde - konnten in den letzten Jahren mühselig Defizite aufgeholt und innovative Entwicklungen wie die Anschaffung von Fahrzeugen mit batterie-elektrischem Hybridantriebssystem begleitet und umgesetzt werden. Sie wissen es selbst: Das Problem sind die Beschaffungsvorgänge. Wenn wir es schaffen würden, jetzt endlich vom gesamten Dieselbetrieb wegzukommen, dann wären wir schon auf dem besten Wege, hier unsere Klimaziele zu erreichen.

Herr Buchholz ist mit seiner Planung vorweggegangen. Die Züge sind bestellt. Da sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall FDP und Tobias Koch [CDU])

Auch der Glasfaserausbau und damit die Grundlage für mehr Digitalisierung im Land sind in den letzten Jahren massiv vorangetrieben worden.

Es war und ist unser Gesundheitsminister, auf dessen Initiative endlich und umfassend mit rund 200 Millionen € in die Gesundheitsversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein, nämlich in die Modernisierung und den Ausbau von Krankenhäusern, investiert wurde und wird. Davon hat zu einer guten Hälfte das Universitätsklinikum profitiert, das sowohl in Sachen Gesundheitsversorgung als auch in Sachen Wissenschaft und Forschung und natürlich wirtschaftlich als großer Arbeitgeber wichtig für unser Land ist.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

(Annabell Krämer)

- Liebe Kollegin Raudies, wir planen vernünftig. Ich bin froh, dass wir das Zentralkrankenhaus im Kreis Pinneberg planen. Ich bin stolz darauf, dass wir ein gutes Krankenhaus im Kreis Pinneberg bekommen. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Sie können jetzt gern sagen, wenn wir fair die Bedarfe für die nächsten Jahre aufzählen - das haben Sie nicht erwähnt -: Wir sind bundesweit neben Hessen das einzige Land, das eine reale Erhöhung der Fördermittel für Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur erreicht und sich mit Blick auf die zukünftigen Bedarfe vernünftig aufgestellt hat.

(Zuruf FDP: So ist es!)

Wir werden weiterhin mit Minister Garg für die Gesundheitsversorgung in diesem Land eintreten.

(Beifall FDP - Beate Raudies [SPD]: Wo kommen denn die 500 Millionen €her?)

Sehr geehrte Damen und Herren, es zeigt sich einmal mehr, wie wichtig es war, dass wir in unserem Land auch im Laufe der Coronapandemie die Investitionen aufrechterhalten haben. Natürlich zeigt uns der Infrastrukturbericht auch, dass wir viele weitere, auch neue Investitionsbedarfe haben. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir unsere Landesfinanzen wieder stabilisieren und eine Mindestinvestitionsquote von nicht mehr 10 %, sondern von bis zu 12,5 % gesetzlich verankern müssen, selbstverständlich unter Beibehaltung der Schuldenbremse.

(Lachen Beate Raudies [SPD])

Die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur, insbesondere auch die Investitionen in die kommunale Infrastruktur, muss ungebremst fortgeführt werden. Genau das werden wir in der nächsten Legislatur auch tun.

Kollegin Raudies, da können Sie noch so hämisch lachen. Das schaffen wir, und wissen Sie, warum? - Weil wir nämlich durch die getätigten Investitionen Wirtschaftswachstum in diesem Land generieren werden. Wirtschaftswachstum in unserem Mittelstand, Investitionen in unseren Mittelstand sind das Beste, was wir machen können. Daraus generieren wir Wachstum und Steuerzahlereinnahmen für unser Land.

Dieses Land lebt von seinen Steuerzahlern. Wir haben tolle Steuerzahler. Wenn wir die über die Infrastruktur unterstützen, mache ich mich auch nicht bange, dass wir mit mehr Steuereinnahmen auch die nächsten Jahre gut bestreiten können.

(Beifall FDP - Zuruf Lars Harms [SSW])

Wir müssen und können in Zukunft noch besser werden, natürlich. Wenn wir weiterhin in Mobilität, Digitalisierung, Bildung, Sport, Wissenschaft, Küstenschutz und viele weitere Lebensbereiche investieren, wenn wir unser Land mit den nötigen Investitionen stärken, werden uns dies nicht bloß die nachfolgenden Generationen danken. Wir werden auch mit den Früchten, die wir daraus ernten, unseren Landeshaushalt stabilisieren und ihn damit für die Zukunft handlungsfähig halten.

Deshalb danke ich der Frau Ministerin für diesen Bericht. Wir haben angepackt. Dieser Bericht zeigt allen eindeutig: fünf Jahre Jamaika, fünf Jahre Investitionen. Wir zeigen Zukunftsprojekte auf. Das ist eine Regierung, die nicht die Mängel ausweist, sondern optimistisch in die Zukunft blickt und sagt: Ja, wir brauchen noch 800 Millionen € aber die kriegen wir in den nächsten Jahren zusammen, ohne die Axt an die Schuldenbremse zu legen, denn unser Wirtschaftswachstum wird zeigen: Schleswig-Holstein kann's - mit Jamaika. - Danke schön.

(Beifall FDP und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende, Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sanierungsstau der öffentlichen Hand in Schleswig-Holstein wird langsam abgebaut. Das ist die gute Nachricht. Das Ende ist allerdings nicht abzusehen. Immer mehr Straßen sind in viel schlechterem Zustand, als die Gutachter es vermuteten. Die Baukosten steigen, dass einem angst und bange wird. Der Baupreisindex bei Büroräumen lag laut Bericht 2021 bei 133. Drei Jahre zuvor lag er noch bei 100. Die Kurve wird auch 2022 weiter steigen. Auch bei guter und vorausschauender Planung droht uns, dass wir mit dieser Kostenexplosion den Anschluss verlieren, weil der Haushalt nicht im gleichen Tempo mitwächst. Im Bereich Schiene beispielweise kommt es zu einer handfesten Blockade. Weil niemand weiß, wie hoch die Baukosten tatsächlich sein werden, werden einmal vorgesehene sogenannte „nicht benötigte“ Mittel nicht mehr für andere Projekte eingeplant, weil man sie möglicherweise für die ganz anderen Projekte benötigt.

Die Verwendung vom Konjunktiv im Schienenkapitel des Berichts mit dem zentralen Projekt der Elektrifizierung der Marschbahn mit vielen „hätte“,

(Lars Harms)

„würde“ und „könnte“ ist für den informierten Leser ein echtes Alarmzeichen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Die Kostenexplosion könnte bedeuten, dass die Infrastruktur so stark zerfällt, dass sich eine Reparatur oder Sanierung nicht mehr lohnt. Ein Neubau belastet wiederum den Haushalt mit noch höheren Kosten. Dieser Teufelskreis schwächt die staatliche Handlungsfähigkeit.

Darum ist es enorm wichtig, die Investitionen nicht als Einzelposten zu verstehen. Ich denke da zum Beispiel an die Landeshäfen. Für den Husumer Hafen sieht der Infrastrukturbericht weitreichende Sanierungen und Investitionen vor, unter anderem in die Küstenschutzkaie und die Erneuerung der Sperrwerkstore. Das sind Erhaltungsmaßnahmen, die sich allerdings ausschließlich auf den Hafen selbst beziehen. Die Zuwegung zu den Häfen gehört aber auch zum Gesamtkomplex Hafen unbedingt dazu. Was helfen funktionierende Tore, wenn die Zuwegung zum Hafen marode ist?

Die IHK Flensburg fordert, das Hafengleis beispielsweise auch in Büsum instand zu setzen und die Wassertiefen der Landeshäfen den Markterfordernissen anzupassen. Auch das sind Investitionen in die landeseigene Infrastruktur, sie fehlen aber in Planung und Bericht. Dieses Beispiel zeigt, dass wir von Insellösungen wegkommen müssen, bei denen Landesliegenschaften oder Gebäude in Schuss gehalten werden, aber deren Zuwegung oder Versorgung nicht mitgeplant werden, weil diese in der Kompetenz eines anderen Akteurs liegen, beispielsweise der Kommunen oder eines anderen Landesministeriums.

Vernetzung ist das A und O einer belastbaren Infrastrukturplanung. Investitionen in Einzelprojekte geben schöne Übergaben von Förderbescheiden mit netten Fotos im Wahlkampf, genügen aber nicht den Erfordernissen einer vernetzten Planung.

(Beifall SSW)

Das Land hat eine absolute Vorbildfunktion. Das gilt nicht nur bei der Vergabe, sondern besonders bei eigenen Liegenschaften. Genau darum geht es ja in diesem Bericht. Die Ausstattung mit regenerativer Energie ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung, das sie bei allen Neubau- und Sanierungsprojekten berücksichtigen muss. Das Finanzamt in Dithmarschen wird im Bericht angeführt: ein Leuchtturmprojekt, das zeigt, wie große Bürogebäude energie- und ressourcenschonend ertüchtigt werden können. Ich will aber auch ein anderes Bei-

spiel nennen, das Finanzamt Nordfriesland in Husum. Ein sehr aktiver Landtagsabgeordneter in der Küstenkoalition hat einmal durchgesetzt, dass wir da ein neues Gebäude bekommen.

(Christopher Vogt [FDP]: Tietze!)

- Nein, es war nicht Tietze. Knapp verschätzt!

Jetzt können wir bei diesem Gebäude, das hochmodern, energieschonend und mit erneuerbarer Energie ausgestattet ist, sehen: Das Ding trägt sich komplett selber. Es ist schon wirklich toll zu sehen, wie dieses Gebäude jetzt wächst und damit eben auch der Umstieg auf erneuerbare Energien wirklich deutlich zu sehen ist.

Das Land muss deswegen bei allen anstehenden Sanierungen von landeseigenen Gebäuden die Dächer mit Fotovoltaik ausstatten. Schließlich geht man das nur alle 20 bis 30 Jahre einmal an. Wenn dort etwas passieren soll, muss man es jetzt machen. Wir müssen natürlich Neubauten, aber auch Bestandsbauten grundsätzlich mit erneuerbaren Energien versorgen. Es kann nicht angehen, dass wir das von den Privatleuten fordern, es aber bei unseren eigenen Gebäuden nicht tun.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Es muss so sein, dass alle Gebäude auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Eine entsprechende verbindliche Zusage findet sich aber nicht im Bericht; das ist eine Schwäche.

Wir haben eben auch noch andere Dinge diskutiert, wer wann wo wie was gemacht hat. Ich finde: Man sollte vielleicht auch einmal parteiübergreifend, vor allem auch legislativübergreifend gucken. Die Küstenkoalition hat in der Tat den Sanierungsstau zum ersten Mal dokumentiert, und zwar nicht um zu sagen, „Alles ist doof, alles war Käse, was die Leute vorher gemacht haben“, sondern um eine Grundlage zu haben und überhaupt zu wissen, wie man saniert, und auch, um zu wissen, welche Kosten man hat.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ja, genau!)

Jetzt können wir feststellen - auch die Regierung hat ja weitergearbeitet -, aufgrund der Baukostenentwicklung wird es noch teurer. Man hat aber die Grundlage und kann deswegen auch besser planen. Das finde ich auch gut so. Es gilt zu respektieren, dass das eine gute Vorarbeit war.

(Beifall SSW)

(Lars Harms)

Die Schlussfolgerung war, dass wir gesagt haben: Wir brauchen ein Programm, um es irgendwie hinzukriegen. Daraus entstand IMPULS.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Das ist immer dieses Spiel zwischen Regierung und Opposition. Es wurde dann massiv kritisiert. Inzwischen sind wir, glaube ich, uns alle einig, dass es gut ist, dass wir dieses Geld haben, und dass es gut ist, wenn wir entsprechende Überschüsse haben, dass wir dieses Geld dort einspeisen können, um dann weiter sanieren zu können. Dabei ist es mir persönlich egal, wer jetzt in der nächsten Wahlperiode regiert.

(Unruhe - Zuruf: Mir nicht!)

- Am liebsten natürlich mit dem SSW! Es ist aber nur fair zu sagen: Passt mal auf, wir müssen natürlich ständig gucken, was saniert werden muss, und wir müssen ständig nach Weiterentwicklungen gucken, wie die Entwicklung bei den einzelnen Landesliegenschaften, bei den Straßen und Infrastrukturgeschichten ist.

Wir müssen natürlich weiter Geld in IMPULS stecken, damit wir flexibel reagieren können. Das ist nämlich der einzige Pott, der nicht davon abhängig ist, wie gerade die Konjunktur läuft, sondern da ist das Geld drin, das wir dann entsprechend nutzen können. Ich finde, man kann auch die Größe haben zu sagen: Mensch, das war doch eine ganz gute Idee, was ihr da gemacht habt.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

- Ich glaube, Herr Vogt möchte mich etwas fragen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Meinen Sie?

Lars Harms [SSW]:

Es sieht so aus.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Na, dann. Gestatten Sie denn eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Kollegen Vogt?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich gern.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege. Das waren bisher wirklich hochin-

teressante Ausführungen. Aber Sie haben bisher noch gar nichts - und ich finde, das ist auch ein wichtiger Teil der zukünftigen Infrastruktur des Landes - zum LNG-Terminal gesagt. Wollen Sie das denn weiterhin blockieren, oder würden Sie das in Zukunft mittragen wollen?

- Das ist eigentlich relativ einfach, lieber Kollege Vogt. Das ist ja keine Investition, die wir tätigen, das machen andere. Wir kritisieren das. Das haben wir heute Morgen schon gemacht. Hier geht es ja darum, was wir zu verantworten haben und wie wir es hinbekommen. Und da geht es natürlich gerade um die eigenen Landesliegenschaften, um unsere Landesstraßen, um Fahrradwege.

(Serpil Midyatli [SPD]: Krankenhäuser!)

- Es geht um die Förderung von Krankenhäusern und weiß der Himmel was alles. Die sind wichtig, und da habe ich deutlich gemacht, dass die Vorarbeit der Küstenkoalition gut war, aber auch, dass das, was Jamaika mithilfe dieser Vorarbeit gemacht hat, natürlich auch gut war. Hoffentlich führt eine zukünftige Regierung diese gute Politik, die wir jetzt über zehn Jahre gemacht haben, auch weiter. Ich finde, das gehört dazu, dass man sich unter Demokraten ins Auge sieht und sagt: Na ja, das eine oder andere, was der jeweils andere gemacht hat, war auch gut. - Ich bekomme es ja auch hin, und ich würde mir wünschen, dass es auch alle anderen im Hohen Haus hinbekommen würden.

(Beifall SSW)

Aber, meine Damen und Herren, wir haben ein Problem: Wir haben unser IMPULS-Programm, das können wir relativ frei benutzen. Da müssen wir nur politisch festlegen, was wir fördern wollen. Wir haben aber auch Investitionen, die davon abhängig sind, was wir bei uns im Haushalt haben. Deswegen ist es natürlich richtig, dass wir unsere Politik auch darauf ausrichten müssen, dass wir ein Wirtschaftswachstum generieren, damit wir in der Lage sind, mehr Steuereinnahmen zu generieren. Das hat meine Vorrednerin schon deutlich gemacht.

Nur ein Schlenker ist dabei wichtig - und der ist mir sehr wichtig -, dass das natürlich nachhaltig zu geschehen hat. Alles, was wir tun, muss dem Prinzip der Nachhaltigkeit entsprechen. Wir müssen das auch sozial gerecht gestalten, also auch diejenigen, die für uns oder in den Unternehmen arbeiten, müssen dies zu vernünftigen Löhnen tun; denn nur, wenn sie vernünftige Löhne bekommen, können sie auch ordentlich Steuern zahlen. Dann sind wir alle glücklich. Es gehört immer dazu, nicht nur Wirt-

(Lars Harms)

schaft an sich um der Wirtschaft willen zu fördern, sondern natürlich auch die Wirtschaft zu fördern, damit die Leute ordentlich und vernünftig Geld verdienen können und in vernünftigen Arbeitsverhältnissen sind. Beides gehört zueinander.

Wenn wir beides hinbekommen, dann werden wir auch eine prosperierende Wirtschaft haben, und dann wird es welcher Regierung auch immer auch in Zukunft möglich sein, weiterhin ein ordentliches Investitionsprogramm auf die Beine zu stellen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und Serpil Midyatli [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Mitglieder der Landesgeschäftsstelle Schleswig-Holstein des Bundesverbandes Windenergie. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat nun die Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einmal ist immer das erste Mal, und es ist das erste Mal, dass ich mich zu einem Finanzthema melde. Nicht erschrecken, Frau Finanzministerin, Sie kennen meine Schwäche mit Zahlen.

Ich möchte trotzdem zwei Punkte aus dem Infrastrukturbericht hervorheben, über die ich mich besonders freue. Es wird Sie nicht wundern: Das ist zum einen die Investition in die kulturelle Infrastruktur, die wir aufgelistet haben. Ja, wir haben in den letzten fünf Jahren dort ordentlich zugelegt. Ja, wir haben ordentlich zulegen können, weil die Steuerdaten so waren, wie sie waren. Ich finde, so viel gehört zur Ehrlichkeit und Demut dazu. Ja, wir sind immer noch ein Bundesland, das ganz unten im Ranking der Bundesländer steht, das heißt, wir müssen an dieser Stelle noch deutlich mehr und weitermachen. Trotzdem ist es, so glaube ich, erfreulich, was die Finanzministerin hier aufzählen konnte.

Wir haben in kulturelle Räume investiert. Vorhin ist schon das Stichwort Corona gefallen. Es ist nicht nur die Investition in Räume als Gebäude, sondern notwendig ist auch die Investition in Räume als Orte, an denen man sich austauschen kann, in denen

wir uns als Gesellschaft in schwierigen Zeiten selbst vergewissern können - in der Zeit der Coronapandemie, aber jetzt auch in der Zeit, in der der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist.

Deshalb ist es, so glaube ich, wichtig, dass wir auf diese Räume besonders achtgeben. Ich möchte - ich weiß, dass das nicht in den Infrastrukturbericht gehört, wir haben gerade von Investitionen und Strukturmitteln geredet - trotzdem an dieser Stelle sagen dürfen: Diese Räume müssen auch bespielt werden. Diese Räume brauchen Menschen, die dort arbeiten, die dort bezahlt arbeiten. Ein Museum, das keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, in dem keine Ausstellungen stattfinden, keine Lesungen oder Diskussionen veranstaltet werden, gleicht einem Ruderboot, das ohne Ruderinnen oder Ruderer unterwegs ist. Daher möchte ich dafür werben, dass wir an dieser Stelle auch immer achtsam darauf schauen, dass diese Räume bespielt werden und dass wir nicht nur auf die Investitionen in Beton, sondern auch auf die Investitionen in Menschen schauen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete Fritzen, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Pauls?

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, sehr gern.

Birte Pauls [SPD]: Vielen Dank. Ich kann Ihren Ausführungen nur zustimmen. Sie wissen, dass wir in Schleswig ein Kulturhaus planen. Die Zahlen, die dem Infrastrukturbericht zugrunde liegen, sind die veralteten Zahlen. Das hätte massive Auswirkungen auf den kommunalen Beschluss. Ich möchte darum bitten, dass das an dieser Stelle korrigiert wird. Danke schön.

- Vielen Dank, Frau Kollegin. Sie haben mir das gerade schon zugerufen, weil wir ja nah beieinandersitzen. Ich kann das im Moment nicht überprüfen, aber ich bin ziemlich sicher, weil sich die Landesregierung deutlich committed hat, öffentlich committed hat - die Bildungs- und Kulturministerin nickt -, dass wir dieses Haus der Kultur, wie es in Schleswig ja schon lange geplant ist, unterstützen, dass wir das auch korrigiert bekommen und dass das auf Ihre Entscheidung dann auch einen positiven Einfluss haben wird, ohne dass ich hier jetzt Ihre Zah-

(Marlies Fritzen)

len verifizieren kann. Ich gehe aber einmal davon aus, dass Sie die richtig recherchiert haben.

Ich möchte gern mit einem zweiten Aspekt fortfahren, der in diesem Infrastrukturbericht zum allerersten Mal auftaucht. Eigentlich reden wir in diesen Berichten von Straßen und Straßen, manchmal auch von Radwegen und Schienen, aber dann vor allem wieder von Straßen. Wenn man einmal die Definition von Infrastruktur nachliest, nämlich als „die Ausstattung eines Landes, die für das Funktionieren und die Entwicklung einer Volkswirtschaft nötig ist“, dann kommt man nicht in erster Linie darauf, dass wir auch in die grün-blaue Infrastruktur investieren müssen. Wir haben in dieser Legislaturperiode erstmals eine Biodiversitätsstrategie für Schleswig-Holstein entwickelt. Das haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umweltministerium getan - gemeinsam mit den Stakeholdern aus den Verbänden, sowohl des Bauernverbandes als auch der Umweltverbände. Ich finde, das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und es ist - vor dem Hintergrund allergrößter Bedeutung für unser aller Lebensgrundlage - wichtig, dass auch dies im Infrastrukturbericht verankert wird und bleibt. Wir haben gerade gehört, dass man über Legislaturperioden hinaus denken soll. Das wäre meiner Meinung nach - so ist es auch beschlossen - das Regierungsprogramm für eine nächste Regierung, welche Farbe sie auch immer hat.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, ich sagte vorhin schon, einmal sei immer das erste Mal. Dies ist das erste Mal, dass ich eine letzte Rede in diesem Landtag halte. Ich möchte mich nach 13 Jahren bei Ihnen herzlich bedanken. Ich habe die Oppositionszeit erlebt, ich habe zwei verschiedene Koalitionszeiten erlebt, ich war einige Jahre Vizepräsidentin dieses Landtages. Das war herausfordernd und spannend. Ich habe eine Menge gelernt. Ich habe nette und aufregende Leute kennengelernt. Ich habe mit Ihnen zusammengearbeitet, das hat mir große Freude bereitet. Ich freue mich jetzt auf den Perspektivwechsel - von der Seitenlinie werde ich sicherlich weiter zuschauen - und wünsche Ihnen, die hier weiterhin ihre Aufgaben wahrnehmen und wiedergewählt werden wollen, alles Gute für diese Wiederwahl. Ich wünsche Ihnen, dass Sie mit Kreativität und Tatkraft Ihre Aufgaben hier wahrnehmen - so wie ich es versucht habe. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken. Es war mir eine Ehre!

(Anhaltender Beifall)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss mich nach diesem Abschied von Marlies erst einmal einen Moment sammeln. - Ich danke der Ministerin für den Bericht zum Infrastrukturbericht. Frau Raudies, Sie haben gefragt: Warum will Frau Heinold Ministerpräsidentin werden? - Das liegt auf der Hand. Alles, was wir hier vorgelegt haben, was nach zehn Jahren Sanierung dieses Landes vorgelegt wurde, spricht nur dafür, dass Klimaschutz endlich Chefinnensache werden muss. Deswegen ist die Antwort darauf: Monika Heinold hat heute hier bewiesen, warum sie Ministerpräsidentin werden muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Sanierung findet statt. Sie haben das IMPULS-Programm von allen Seiten beklatscht. Das ist auch richtig so. Es ist ja schon ein altes, biblisches Prinzip, dass man in guten Zeiten sieben Jahre sozusagen einsammelt, um dann in schlechteren Zeiten etwas zu haben. Wir alle hoffen, dass die Zeiten gut bleiben, aber es muss natürlich so sein, wenn wir das IMPULS-Programm weiter füttern wollen und nichts an der Schuldenbremse machen können, dass wir auch wieder Überschüsse erwirken müssen.

Ob wir dieses Land voranbringen, liegt natürlich zum einen daran, wie die wirtschaftliche Lage ist. Aus meiner Sicht sind die Chancen da sehr gut. Wenn wir an den Ausbau der Erneuerbaren denken, stellen wir fest, dass wir wirklich eine Chance haben, wenn wir es jetzt richtig angehen.

Auf der anderen Seite müssen wir eben auch gucken, dass wir mit dem, was wir an strukturellen Dingen versprechen, haushalten. Dazu haben wir schon einiges gesagt.

Ich will mit einer Kleinigkeit aufräumen, Frau Krämer. Die Krankenhaussanierung haben wir sehr wohl auch schon in der Küstenkoalition gemacht. Herr Garg hat sich super für die Krankenhäuser eingesetzt, aber das ist nicht neu, sondern wir haben damit schon vorher begonnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Den Sanierungsstau abzubauen, ist das eine, weil nämlich unsere Vorgängergenerationen gebaut haben, aber nicht dafür gesorgt haben, dass auch die

(Eka von Kalben)

Unterhaltung regelmäßig stattfindet. Was wir neben dem Sanierungsstau bedenken müssen, ist, dass bei jeder Investition von vornherein mit eingeplant wird, wie diese Investition erhalten wird. Das heißt, es ist nicht nur eine Aufgabe, sozusagen immer noch mehr in das IMPULS-Programm zu bekommen, sondern auch, im normalen Haushalt dafür zu sorgen, dass wir Unterhaltungsprogramme haben, egal für was wir bauen.

Das andere, wenn wir bauen, ist - das hat auch Marlies Fritzen gesagt -: Ein Theater muss mit Menschen bespielt werden. Das Wichtigste ist, wenn wir die Investitionsmittel ausgeben wollen, dass wir dafür Menschen brauchen, die dann auch wirklich etwas bauen. Das Geld für das Windrad alleine reicht nicht, sondern wir brauchen Menschen, die es aufstellen, und Menschen, die es warten. Frau Krämer, deshalb bin ich nicht Ihrer Meinung, dass die Investitionsquote das Allheilmittel ist. Wir müssen auch in Bildung investieren, und Bildung zählt eben nicht als Investition im Sinne einer Investitionsquote. Wenn wir nicht dafür sorgen, dass wir dem Fachkräftemangel in diesem Land etwas entgegenzusetzen, nützen uns die ganzen Investitionsmittel gar nichts, weil das Geld dann nämlich nicht abfließen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Serpil Midyatli [SPD] - Zuruf CDU)

Deshalb lassen Sie uns Investitionen nicht immer nur im Sinne von Bauen und Errichten von Dingen denken, meine Damen und Herren, sondern auch dahin gehend, dass wir in die Zukunft unserer Köpfe in diesem Land investieren! - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Serpil Midyatli [SPD] und Beate Raudies [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. - Bin ich eigentlich zu hören? - Ja, okay.

Ich schlage Ihnen vor, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 12, 21 und 35 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Bericht zu den PerspektivSchulen**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3706

b) Gleichwertigkeit von Abschlüssen an den Schularten in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3812

c) Sofortprogramm zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen bei psychosozialen Folgen von Pandemie und Krisen

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3817 (neu)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Mit dem Antrag zu a) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Somit lasse ich zunächst darüber abstimmen, ob ein Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile für die Landesregierung das Wort der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist eine wesentliche Errungenschaft dieser Legislaturperiode, dass wir die Schulen nicht gegeneinander ausspielen. Schülerinnen und Schüler können in Schleswig-Holstein je nach Entwicklungsstand, Leistungsvermögen und Neigung auf verschiedenen Wegen ihren persönlichen Weg zu einem erfolgreichen Schulabschluss gehen. Das tun die einen über das Gymnasium, die anderen über die Gemeinschaftsschulen, wieder andere über die Förderzentren und - nicht zu vergessen - die beruflichen Schulen. Dabei zeichnet sich das gesamte Bildungssystem in Schleswig-Holstein als besonders durchlässig aus.

Zivilgesellschaft und Wirtschaft profitieren von Menschen mit unterschiedlichen Bildungserfahrungen und Perspektiven. Wir brauchen sie an unseren Hochschulen genauso wie in unseren Betrieben, in der dualen Ausbildung, in akademischen Berufen genauso wie in den zahlreichen Berufen des Handwerks. Ich betone hier noch einmal ausdrücklich: Die akademische und die berufliche Bildung sind

(Ministerin Karin Prien)

absolut gleichwertig. Deshalb gilt unser neues Landeskonzzept für Berufsorientierung für alle Schular-ten und damit natürlich auch für die Gymnasien.

Egal, welchen Weg junge Menschen gehen, sie sollten die Chance haben, ihre Ziele zu erreichen - auf direktem Weg und manchmal eben auch auf Umwegen. Das funktioniert bei uns in Schleswig-Holstein immer besser. Die deutsche Bildungswissenschaft hat uns hierzu gerade jüngst ein gutes Zeugnis ausgestellt. Der Bildungsbericht 2020 des DIPF zeigt, dass die Zweigliedrigkeit des Schulsystems auf schleswig-holsteinische Art eine hohe Durchlässigkeit gewährt. Es hat - auch nach Rückkehr zu G 9 - keinen Run auf das Gymnasium gegeben.

Ein Teil der Eltern und Kinder entscheiden sich bewusst für das Gymnasium, weil den Kindern das Lernen vielleicht leichter fällt und dieser direkte, von Anfang an eher leistungsorientierte Weg zum Abitur mit ausgeprägten fachlichen Schulprofilen für sie der passende Weg ist.

Ein anderer Teil entscheidet sich bewusst für die Gemeinschaftsschule, mit dem Wissen, dass den Kindern und Jugendlichen damit alle Möglichkeiten offenstehen. Sie entscheiden sich für eine stärkere Kultur der Differenzierung und häufig auch für eine stärkere Betonung des sozialen Lernens. Sie treffen diese Entscheidung auch, weil es gelungen ist, die ideologische Debatte um das Schulsystem endlich zu beenden und das individuelle Wohl der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt zu stellen.

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir uns nicht wieder in einer theoretischen Debatte über die Gleichwertigkeit der Abschlüsse verlieren, denn diese Gleichwertigkeit ist in Schleswig-Holstein längst gegeben, und das ist auch gut so.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Gleichwertigkeit heißt aber eben nicht Gleichartigkeit. Gleichwertigkeit erfordert mitunter sogar bewusste Unterschiedlichkeit. Damit wir jedem einzelnen Schüler und jeder einzelnen Schülerin gerecht werden, müssen wir unterschiedliche Ressourcen einsetzen. Das gilt für die besondere Förderung begabter Schülerinnen und Schüler, und das gilt auch für die Kinder und Jugendlichen, die beim Start ihrer Bildungsbiographie nicht die gleichen Chancen haben wie andere.

Wir alle wissen: Die formale Gleichwertigkeit führt nicht automatisch zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Bildungsgerechtigkeit ist aber die zentrale Antwort auf die Gerechtigkeitsdebatte, die in Deutschland

zu Recht geführt wird. Sie ist die Voraussetzung, mit der wir das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft verwirklichen. Sie ist auch Schutzschild für unsere Demokratie.

Ein wesentlicher Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit ist unser PerspektivSchul-Programm. Damit unterstützen wir gezielt Schulen in besonders herausfordernden Lagen mit zusätzlichen Ressourcen.

Schleswig-Holstein war neben Nordrhein-Westfalen 2019 das erste Flächenland, das dieses wichtige Thema angegangen ist und einen wesentlichen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit geleistet hat. Mittlerweile haben wir in drei Gruppen aufwachsend, kriterien- und indexorientiert 62 Schulen in das Programm aufgenommen. Dieses Programm ist von großer Bedeutung, nicht nur für die unterstützten Schulen, sondern für eine nachhaltige Stärkung der Schul- und Unterrichtsentwicklung in unserem gesamten Schulsystem.

(Beifall Tobias von der Heide [CDU])

Es geht dabei nicht nur um ein bloßes lineares Mehr an finanziellen und personellen Ressourcen; wir möchten wissen, was Schulen brauchen, um den großen gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden: Was können und müssen wir tun, um allen Schülerinnen und Schülern bestmögliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gestaltung ihres Lebens mitzugeben? Wie kann Freude am gemeinsamen Lernen gewonnen und erhalten werden? Wie können Berufsorientierung gelingen und erfolgreiche Bildungsbiografien auf den Weg gebracht werden?

Die PerspektivSchulen erproben, welche Unterstützung erforderlich ist, um zu mehr Qualität zu gelangen und einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit zu leisten. Dabei werden sie unterstützt durch das Angebot des IQSH aus Fachfortbildung, didaktischem Training, Schulentwicklungsberatung, Coaching und dem Projekt „Niemanden Zurücklassen“.

Ein wesentlicher Partner für unser PerspektivSchul-Programm ist die Wübben Stiftung. Sie unterstützt mit den Schulleitungsakademien gezielt die Schulleitungen bei ihrer so wichtigen Arbeit. Denn es sind die Menschen an den Schulen, die Schulleitungen, die Lehrkräfte und alle an Schule Beschäftigten, die die PerspektivSchulen zu einem Erfolgsprojekt machen. Bei der Bildungsgerechtigkeit kommt es immer auf ihren individuellen Blick auf die Schülerinnen und Schüler an.

(Ministerin Karin Prien)

Eine erste von unserer wissenschaftlichen Begleitung vorgelegte Bilanz des PerspektivSchul-Programms zeigt: Trotz Pandemie haben alle Schulen eine positive Entwicklung vollzogen. Das PerspektivSchul-Programm wird nicht als Makel, sondern als besondere Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit der Schulen wahrgenommen. Die Schulleiterqualifizierung wird von den Schulleitungen wertgeschätzt und kann als Grundlage dafür dienen, Schlussfolgerungen für die Qualifizierung von Schulleitungen weit über die PerspektivSchulen hinaus zu ziehen.

Ich gebe unseren Schulleitungen an dieser Stelle gern das Versprechen: Wir werden das PerspektivSchul-Programm weiterentwickeln und die gewonnenen Erkenntnisse für alle Schulen im Land nutzen.

Heute möchte ich mich an dieser Stelle bei den Menschen, die an unseren PerspektivSchulen arbeiten und eine unglaublich engagierte Arbeit leisten, bedanken. Zum Ende der Legislatur gilt mein Dank aber auch allen Schulleitungen, Lehrkräften und an Schule Beschäftigten aller anderen Schulen. Sie sind eine tragende Säule unserer Gesellschaft und begleiten Kinder und Jugendliche in einer Zeit, die herausfordernd und von Krisen geprägt ist.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klimawandel, Pandemie, jetzt Ukrainekrieg - junge Menschen erleben Gefühle der Unsicherheit und des Kontrollverlusts. Sie kennen die Studienergebnisse, die darauf hindeuten, dass durch die Pandemie mindestens ein Drittel der jungen Menschen unter psychischen Auffälligkeiten, Sorgen, Ängsten, depressiven Symptomen und psychosomatischen Beschwerden wie Kopf- und Bauchschmerzen leidet. Der Krieg in Europa belastet Kinder und Jugendliche zusätzlich.

Deshalb bin ich dem Landtag sehr dankbar, dass er fraktionsübergreifend zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Millionen € für ein Sofortprogramm zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit psychosozialen Problemen bereitstellt. Wir werden damit die Brücke zwischen Schule, Schulsozialarbeit und Jugendhilfe weiter stärken und unsere Maßnahmen der Frühintervention, Prävention und Traumapädagogik intensivieren.

Meine Damen und Herren, die fraktionsübergreifende Unterstützung dieses Antrags ist keine Selbstverständlichkeit, gerade zum Ende einer Legislaturperiode. Ich weiß das sehr zu schätzen.

Das zeigt einmal mehr, was wir in unserer Bildungspolitik in den Mittelpunkt stellen müssen: keine ideologischen Debatten von gestern, sondern das individuelle Wohl von Kindern und Jugendlichen. Das ist uns in dieser Koalition gelungen, teilweise sogar fraktionsübergreifend in diesem Haus.

Gemeinsam haben wir für ein kleines Stück mehr Bildungsgerechtigkeit gesorgt. Dafür danke ich Ihnen allen sehr.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Die Ministerin hat die vorgesehene Redezeit um 3 Minuten erweitert. Diese Redezeit steht nun auch allen Fraktionen zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide das Wort.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht weit vom Landtag entfernt ballt sich Armut in wenigen Stadtteilen; Mettenhof und Gaarden sind in besonderer Art und Weise davon betroffen. In diesen Stadtteilen lebt über die Hälfte der Kinder von Sozialtransferleistungen, 60 % der Kinder haben einen Migrationshintergrund, viele Kinder sprechen Deutsch nicht als Muttersprache, der sonderpädagogische Förderbedarf ist im Vergleich zu anderen Schulen deutlich erhöht. Nicht so extrem, aber ähnlich finden wir diese Themen in anderen Quartieren; in Schleswig-Holstein ist Kinderarmut ein großes Problem, das mitten unter uns besteht. Das können und dürfen wir nicht akzeptieren.

Kinderarmut kann man über viele Wege bekämpfen. Ein sehr wichtiges Ziel ist, dass wir Bildungschancen ermöglichen. Dafür haben wir das PerspektivSchul-Programm auf den Weg gebracht. Mit diesem Programm wollen wir an unseren Schulen Ungleiches nicht mehr gleich behandeln. Uns hilft dabei der neu geschaffene Sozialindex, der in dieser Form bundesweit einmalig ist und uns sagt, wo Hilfe am notwendigsten ist. Das PerspektivSchul-Programm ist ein echter Beitrag für bessere Bildung und bildungs- sowie sozialpolitisch ein großer Erfolg der Jamaika-Koalition. Wir sind das erste Flächenland, das sich auf diese Art und Weise um Schulen in belasteten Stadtteilen kümmert.

(Tobias von der Heide)

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was zeichnet dieses Programm aus? Im März 2022 habe ich die Schule am Heidenberger Teich in Mettenhof besucht. Diese Schule erhält aus dem Programm sage und schreibe 250.000 € pro Jahr; das ist eine wahnsinnig große Summe. Die Schulen können selber entscheiden, was sie mit diesen Mitteln machen. Die Schule am Heidenberger Teich hat I-Pad-Klassen eingerichtet - bevor es den Digital-Pakt gab - und für die MINT-Förderung LEGO-Education-Boxen beschafft und damit neue Unterrichtsmethoden eingeführt, die vorher durch andere Maßnahmen des Schulträgers nicht finanzierbar waren. Daneben fließt Geld in zusätzliches Personal und vor allem auch in Elternarbeit - Themen, für die oft keine Mittel zur Verfügung stehen und die jetzt durch das PerspektivSchul-Programm bearbeitet werden können.

Es geht - die Ministerin hat es gesagt, auch ich halte das für wichtig - aber nicht nur um Geld. Was wir mit diesem Programm machen, ist auch Schulentwicklung. Wir unterstützen die Kolleginnen und Kollegen, wir unterstützen die Schulleitung, zusammen mit Experten, mit der Wübben Stiftung, sodass sich Schule weiterentwickelt. Dabei sammeln wir Erfahrungen, von denen nicht nur Perspektiv-Schulen profitieren, sondern alle Schulen im ganzen Land, weil wir die Erfahrungen auf viele andere Schulen übertragen können, die ebenfalls Unterstützung brauchen.

Wie schon bei der Maßnahme „Kein Kind ohne Mahlzeit“ für eine Mittagsverpflegung von Kindern und Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen, die aus einer Bürgerinitiative in Kiel gestartet ist, dann vom Land übernommen wurde und heute vom Bund bezahlt wird, ist es auch beim PerspektivSchul-Programm: Die Ampelkoalition hat beschlossen, dass das PerspektivSchul-Programm für 4.000 Schulen bundesweit ähnlich aufgezogen wird. Damit wird eine gute Idee aus Schleswig-Holstein - wie bei „Kein Kind ohne Mahlzeit“ - auf viele Schulen in Deutschland übertragen. Schleswig-Holstein ist damit Motor für Bildungschancen im ganzen Bundesgebiet. Darauf können wir in Schleswig-Holstein stolz sein.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen, dass das nach 2024 fortgesetzt wird. Wir werden das Programm evaluieren und gucken, wie sich der Bund weiter engagiert. Es ist der richtige Weg, dass das PerspektivSchul-Programm eine

dauerhafte Institution wird und gerade belastete Stadtteile - wie ich sagte: Ungleiches nicht gleich behandeln - eine Unterstützung bekommen.

Das PerspektivSchul-Programm hilft, auch die Folgen der Coronapandemie zu dämpfen. Selbstverständlich ist das auch ein Thema für alle Schulen im Land. Dazu kommen neue Herausforderungen durch den Krieg in der Ukraine. Ich freue mich sehr, dass wir heute mit einem Antrag zusätzliche Unterstützung auf den Weg bringen, und das - auch das zeichnet uns mittlerweile ein bisschen aus - fraktionsübergreifend. Uns als Landtag ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche Unterstützung erhalten.

Distanzunterricht, das Tragen von Masken, fehlende soziale Kontakte und bei den ukrainischen Flüchtlingen die Flucht- und Kriegserfahrungen führen zwangsläufig zu psychosozialen Folgen. Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket in Höhe von 10 Millionen € wollen wir den schulpsychologischen Dienst in allen Kreisen stärken und allein für die Schulsozialarbeit zusätzlich 5 Millionen € bereitstellen.

Aber es ist schon heute klar, dass wir diese psychosozialen Folgen nicht allein in der Schule bewältigen können. Wir haben hervorragende Beratungsstellen, die sich auf spezifische Probleme und Krankheitsbilder spezialisiert haben. Dazu gehören die Behandlung von Depressionen, Essstörungen, Suchterkrankungen, die Angehörigenbegleitung und Traumabehandlung, um nur einige Beispiele zu nennen. Schulen können diese Probleme nicht allein mit einem schulpsychologischen Dienst oder Schulsozialarbeit bewältigen. Mir ist daher wichtig, dass wir diese Expertise in ein Unterstützungssystem einbinden und es Schulen in diesem Zusammenhang erleichtern, Probleme zu bewältigen. Auch das erfordert zusätzliche Mittel, die wir zur Verfügung stellen.

Und schließlich wollen wir Frühintervention und Prävention stärken. Je früher wir Probleme erkennen, desto besser können wir helfen und schlimmere Entwicklungen verhindern. Hier ist das Projekt PRO-JUNG durch das Zentrum für Integrative Psychiatrie am UKSH zu nennen, das uns auch im Bildungsausschuss vorgestellt wurde. Das große Ziel dieses Projekts ist es, die Resilienz für Krisen und belastende Situationen zu stärken. Das hilft uns in der Folge nicht nur, bestehende Probleme zu bewältigen, sondern insbesondere auch, in der Zukunft neue Herausforderungen zu meistern. Ich glaube, es ist ein ganz wesentlicher Punkt, in die

(Tobias von der Heide)

Zukunft zu denken, gerade bei dem Thema Resilienz.

Das PerspektivSchul-Programm und unsere Maßnahmen gegen psychosoziale Folgen von Krisen bei Kindern und Jugendlichen machen deutlich, dass wir auch die Schwächsten in unserer Gesellschaft im Blick haben. Kinder und Jugendliche brauchen unsere Unterstützung, und sie bekommen auch unsere Unterstützung. Das ist unser gemeinsames politisches Ziel hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Ich glaube, der Bericht und auch der Antrag, den wir gemeinsam auf den Weg bringen, machen das sehr deutlich. Ich finde, das sind beides sehr gute Maßnahmen.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

- Herzlichen Dank für die Unterstützung, Oliver Kumbartzky.

Zum dritten Antrag von SPD und SSW zu den Schulabschlüssen ist zu sagen, dass das alles richtig ist und wir dem Antrag natürlich zustimmen. Das ist das, was sich aus dem Schulgesetz ergibt. - Ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es klang bei meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon an: Eigentlich sollte der Antrag, den wir zusammen mit dem SSW heute vorlegen, längst überflüssig sein.

(Beifall SPD und SSW)

Schleswig-Holstein hat sich vor circa 15 Jahren, bezeichnenderweise unter einer Großen Koalition, auf den Weg gemacht, unser Schulsystem umzubauen, um den fatalen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft eines jungen Menschen und seinen Bildungs- und Lebenschancen aufzubrechen. Es gibt bei uns, abgesehen vom zweiten Bildungsweg, drei Pfade zum Abitur: an den Gymnasien, an den Gemeinschaftsschulen und an den Beruflichen Gymnasien. Wenn man es da geschafft hat, dann hat man „das Abitur“, und man hat nicht etwa das Abitur Gym oder das Abitur GemS oder das Abitur BG. Ebenso wenig gibt es beim ersten und beim

mittleren Schulabschluss Abschlüsse erster, zweiter oder dritter Klasse, abhängig davon, an welcher Schule man sie erworben hat.

Dass wir das hier betonen, ist auch unseren Erfahrungen der letzten Wochen geschuldet. Da plaudert der FDP-Fraktionsvorsitzende - der gerade geht - beim Philologenverband so launig über angebliche Qualitätsmängel der Beruflichen Gymnasien, dass es die anwesende VLBS-Vorsitzende nicht mehr auf ihrem Sitz hält.

(Tobias von der Heide [CDU]: Das war ich!)

- Nein, das war Kollege Vogt. Das war Ihr Part.

Und da erläutert der CDU-Fraktionsvorsitzende dem staunenden Handwerk, dass die Gemeinschaftsschulen für den nötigen Nachwuchs sorgen werden, während die Gymnasien ja für die angehenden Akademikerinnen und Akademiker zuständig seien.

(Zuruf SPD: Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren, das ist ein Stand in einer bildungspolitischen Debatte, den wir seit mindestens 15 Jahren eigentlich hinter uns gelassen haben.

(Beifall SPD, SSW und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich liegt auch für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten eine goldene Zukunft im Handwerk. Klimaschutz wird schließlich vom Handwerk gemacht.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter Habersaat, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine Anmerkung des Kollegen Vogt?

Martin Habersaat [SPD]:

Mit Vergnügen.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege Habersaat, Sie haben es mit Ihren Ausführungen geschafft, mich wieder in den Saal zu rufen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Da Sie den Beitrag als launig beschrieben haben, kann es sein, dass er durchaus von mir kam. Da ich aber dabei war und der Kollege von der Heide selbst zugibt, dass er es war: Wenn Sie Kollegen schon etwas vorwerfen, dann sage ich: Nehmen Sie das nächste Mal den richtigen, das hilft vielleicht.

(Serpil Midyatli [SPD]: Nein, das war er!)

(Martin Habersaat)

- Herr Kollege Vogt, ich bin mir sehr sicher, dass Sie beide in diese Richtung argumentiert haben. Da ich in dem Fall hierarchisch gestrickt bin, habe ich mir erst den Fraktionsvorsitzenden vorgeknöpft. Herr von der Heide und sein Fraktionsvorsitzender haben etwas Ähnliches geäußert.

(Beifall SPD und SSW - Zurufe)

- Herr von der Heide, was nicht ist, kann ja noch werden.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Stopp, bevor wir das Thema verlieren: Gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine Anmerkung des Kollegen von der Heide?

Martin Habersaat [SPD]:

Los geht's.

Tobias von der Heide [CDU]: Ich wollte nur klarstellen, damit das nicht in falsche Zusammenhänge kommt: Das, was ich gesagt habe und was - so glaube ich - Herr Vogt auch unterstützt hat, war, dass wir eine Oberstufenreform an den allgemeinbildenden Schulen durchgeführt haben. Ich habe gesagt: In diesem Kontext kann man sich die Berufsbildenden Gymnasien angucken und überlegen, ob dort auch Anpassungsbedarf besteht. Was Sie daraus machen und da rein interpretieren, das mag dem Wahlkampf geschuldet sein. Aber mehr ist dort als Aussage nicht getroffen worden.

- Herr von der Heide, ich habe eher den Eindruck, dass das, was Sie sagen, Ihrer jeweiligen Zielgruppe geschuldet ist. Beim Philologenverband sind Sie jedenfalls gut damit angekommen, den Eindruck zu vermitteln, dass an Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Gymnasien das Abitur leichter zu erlangen sei als an „richtigen“ Gymnasien.

(Beifall SPD und SSW)

Ich hatte eigentlich gehofft, dass die Einsicht unter den demokratischen Parteien, dass das genau so nicht ist, inzwischen Gemeingut geworden ist.

Der laufende Wahlkampf beweist erneut: Bei FDP und CDU herrscht teilweise doch noch das Prinzip Aschenputtel vor: die Guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen. Meine Damen und Herren, das darf 2022 nicht mehr sein. Deswegen ist es uns wichtig, uns zu vergewissern, ob wir am Ende dieser Legislaturperiode zu einer gemeinsamen Haltung in dieser entscheidenden Frage kommen

oder ob wir zu einem Rollback hin zu sozialer Sortierung und Abschottung in unserem Bildungswesen kommen. Meine Damen und Herren, in dem Sinne freuen wir uns natürlich sehr, wenn Sie heute sagen: Sie stimmen unserem Antrag zu.

Anstatt mit dem rhetorischen Keil die Schularten in Schleswig-Holstein zu spalten, lassen Sie uns doch darüber nachdenken, wie wir diese ollen Kamellen von angeblich unterschiedlich wertvollen Abschlüssen endlich loswerden, beispielsweise durch schulartübergreifende anonyme Zweitkorrekturen. Das ist ein Vorschlag, den ich beim Philologenverband auch schon gemacht habe.

Nun zu den PerspektivSchulen: Die Mutter aller PerspektivSchulen in Deutschland war ohne Zweifel die Rütli-Schule, eine damalige Hauptschule in Berlin-Neukölln. Keine deutsche Schule hatte jemals so viel mediale Aufmerksamkeit, und über keine Schule ist so viel Unsinn geschrieben worden wie über die Rütli-Schule. Heute ist diese Schule völlig aus den Schlagzeilen verschwunden. Das war möglich, indem sich alle Beteiligten darangemacht haben, diese Schule weiterzuentwickeln - nicht nur durch die Neukonstituierung von der Hauptschule zur Gemeinschaftsschule, sondern auch durch Investitionen in die Ausstattung und neue pädagogische Konzepte. Man lamentierte nicht länger darüber, dass 80 % der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund hatten, nach der Neustrukturierung waren es übrigens 90 %, sondern man setzte an den sozialen Wurzeln der Probleme an.

Wenn wir über PerspektivSchulen reden, dann meinen wir damit nicht, dass nur sie sich weiterentwickeln müssen, während die übrigen das nicht nötig haben. Jede einzelne Schule muss sich ständig weiterentwickeln, sonst wird sie scheitern.

Aber es gibt Schulen, deren Schülerinnen und Schüler es schwerer haben als andere, Schulen, die in besonderem Maß Aufgaben wahrzunehmen haben, die im Idealfall sonst wahrscheinlich von den Familien erledigt werden würden. Meine Damen und Herren, ich bewundere Sie für Ihre rhetorische Findigkeit: Eines der ersten „westdeutschen Flächenländer“, die sich auf den Weg gemacht haben. Herzlichen Glückwunsch! Hamburg hat sich als unser Nachbarstaat frühzeitig auf den Weg gemacht. Das war ein gutes Beispiel, und ich finde es nahliegend, dass man sich gute Beispiele bei den Nachbarn anguckt und diese übernimmt. Deswegen war es wahrscheinlich auch kein Zufall, dass nahezu alle demokratischen Parteien zur Landtagswahl 2017 genau so ein Programm unter unterschiedlichen Namen in ihrem Wahlprogramm hatten.

(Martin Habersaat)

Ich freue mich in der Tat, dass dies in dieser Legislaturperiode angegangen wurde und dass die Schulen, die es schwerer haben als andere, von uns besser ausgestattet werden.

Bei der Finanzplanung müssen eine Verlängerung und eine Aufstockung des Programms ab der Mitte der nächsten Legislaturperiode zwingend eingeplant werden. Die derzeitige Fördersumme von 50 Millionen € bis 2024 und die Modalitäten der Beantragung, der Auszahlung und der Umsetzung müssen evaluiert und angepasst werden. Das Stichworte sind hier unter anderem: Kinder und Jugendliche aus der Ukraine. Der Fachkräftemangel, der die Lehrkräfte ebenso betrifft wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den multiprofessionellen Teams, wird sich in den nächsten Jahren bis 2024 nicht auflösen.

Das sage ich, ohne dass Ergebnisse aus Ihrem Lehrkräftebedarfsanalysetool vorliegen. Dieses Tool ist eine tolle Sache. Das wurde uns seit fünf Jahren als der große Heilsbringer im Bereich Fachkräfteversorgung verkauft. Zum Ende der Legislaturperiode habe ich mir erlaubt, in einer Kleinen Anfrage zu fragen, was die Ergebnisse dieses Tools seien. Siehe da, die Antwort lautete: „Momentan gibt es keine Ergebnisse. Wir arbeiten noch daran, das Tool mit den richtigen Daten zu füttern.“ Das ist so ähnlich wie die Antwort „42“. Da muss man sich die Frage dazu neu ausdenken.

Auch auf diesen Fachkräftemangel muss die Bildungsverwaltung Antworten finden. Dieses Thema wird uns in der 20. Legislaturperiode ständig begleiten, nunmehr mit der Lehrkräfteallianz in einem neuen Gremium. - Frau Prien, das letzte zuständige Gremium fanden Sie nicht so wichtig, als dass Sie es mit einer Teilnahme beehrt hätten. Insofern ist die Hoffnung umso größer, dass das neue Gremium, das nun zuständig ist, Unterstützung von allen Seiten findet und in der Tat Lösungsansätze liefert.

Aus meiner Sicht muss man sich die Fragen angucken, wer eigentlich ein Lehramtsstudium aufnimmt, wie das Studium gestaltet wird, wer gegebenenfalls im Laufe der Jahre herausgeprüft wird und wer nicht sowie welche Arbeitsbedingungen wir den Lehrkräften an unseren Schulen zumuten. Da gibt es eine Menge zu tun. - Für heute danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun die Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Die Förderung von Schulen in herausfordernden Lagen mit einem Bildungsbonus war eine goldrichtige Entscheidung. PerspektivSchulen, wie sie heißen, freuen sich sehr über die Unterstützung. Die Mittel erleichtern ihre Arbeit enorm.

Ich bin sehr froh, dass wir bei der Finanzierung von unseren ursprünglichen Koalitionsvereinbarungen abgewichen sind. Ich habe noch einmal in meinen Unterlagen geblättert. Wir haben den Start des Programms um ein Jahr vorgezogen, und zwar auf 2019, und wir haben dafür mehr als 50 Millionen € anstatt, wie ursprünglich geplant, 30 Millionen € bis 2024 in den Haushalt eingestellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ohne uns Grüne hätte es das nicht gegeben. Vielen Dank dafür noch einmal an unsere Finanzministerin Monika Heinold und natürlich auch an unsere Koalitionspartnerinnen und Koalitionspartner.

In der kommenden Wahlperiode müssen wir das Programm ausbauen und verfeinern. Wir brauchen einen echten Sozialindex, der die sozioökonomische Zusammensetzung der Schülerinnen- und Schülerschaft beschreibt, um den Schulen die notwendigen Mittel passgenau zuzuweisen. Wir brauchen auch mehr Geld.

Bildungsgerechtigkeit ist noch lange nicht erreicht. Aber sie ist enorm wichtig für jeden Einzelnen und auch für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemand darf verloren gehen. Jeder und jede muss die Chance auf einen erfolgreichen Bildungsweg erhalten.

Gut ist, den PerspektivSchulen Freiheit bei der Verwendung der Mittel zu geben. Das könnten wir auch auf andere Schulen übertragen. Einige Schulen haben mit den Mitteln die Stundenverpflichtung für Lehrkräfte reduziert, um mehr Systemzeit zu haben, wie sie es nennen, also mehr Zeit für Gespräche und Beratung der Schülerinnen und Schüler. Andere haben mehr Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter eingestellt. Wieder andere haben die Mittel für die Anschaffung von attraktivem Unterrichtsmaterial oder Ausstattung genutzt oder haben die Maßnahmen kombiniert.

(Ines Strehlau)

Der Fachtag der PerspektivSchulen vor einiger Zeit hat gezeigt, wie notwendig diese Unterstützung ist und wie gut sich die Schulen entwickeln.

Wichtig ist dabei die professionelle Begleitung der Schulleitungen. Die Schulleitungen haben einen enormen Einfluss auf das Gelingen von Schule. Das sehen wir Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker an allen Schulen, die wir besuchen. Deshalb ist es so wichtig, sie zu stärken.

In der nächsten Wahlperiode wird es wichtig sein, weiter daran zu arbeiten, wie wir gute Führungskräfte an Schulen gewinnen. Schulen und Schulaufsicht müssen verstärkt Personalentwicklung betreiben und geeignete Lehrkräfte ermuntern, in Vorbereitungskurse für Führungskräfte zu gehen. Schulleitungen müssen verstärkt in Teamarbeit geschult und insgesamt entlastet werden. Wir machen dazu in unserem Wahlprogramm den Vorschlag, zusätzlich Verwaltungskräfte einzustellen. Ich bekomme dazu viele positive Rückmeldungen.

Aber auch die Lehrkräfte müssen weiter unterstützt werden, im Team zu arbeiten. Von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die die Stadtstaaten beim Bildungsbonusprogramm begleiten, haben wir gehört, dass Teamarbeit das A und O sei. Diese müssen wir auch in der Ausbildung der Lehrkräfte viel stärker fördern. Nicht nur Perspektiv-Schulen profitieren davon. Auch in der Inklusion würde die Teamarbeit die Zusammenarbeit erleichtern.

Bei eurem Antrag zur Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen mussten wir schon grübeln, liebe SPD und lieber SSW, was ihr damit bezweckt. Er beschreibt die aktuelle Rechtslage und stellt Selbstverständlichkeiten dar. Natürlich sind die Abschlüsse an allen Schulen gleichwertig, auch wenn die Schulen unterschiedliche Schwerpunkte setzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Das ist für uns Grüne ganz klar und von der Kultusministerkonferenz so beschlossen.

(Zuruf)

Dann dämmerte es mir, dass es ein Tobias-Antrag ist, und zwar ein Tobias-Koch-Antrag und ein Tobias-von-der-Heide-Antrag. Bei deiner Äußerung, lieber Tobias - er ist leider nicht da -, beim Parlamentarischen Abend des Handwerks bin ich fast vom Stuhl gefallen. Deine Aussage, dass Gemeinschaftsschulen auf die Ausbildung und Gymnasien auf das Studium vorbereiten, gehört wirklich in die Mottenkiste der Bildungspolitik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Ich hoffe, dass das nur ein Ausrutscher eines Nicht-Fachpolitikers war. Wenn Tobias Koch aber diese Agenda der CDU in der Bildungspolitik vertritt und wenn wir Grüne nicht dabei wären,

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dann sollten die Wählerinnen und Wähler, die gleiche Bildungschancen an allen Schulen, natürlich auch an Gemeinschaftsschulen, wollen, sich sehr genau überlegen, wo sie ihr Kreuz machen.

Corona und auch der Ukrainekrieg sind Belastungen für viele Kinder und Jugendliche. Das haben wir immer wieder auch hier im Landtag von Fachleuten gehört. Auch die 2015 und später Geflüchteten tragen noch ihre sehr belastenden Fluchterfahrungen mit sich herum und brauchen psychologische Unterstützung. Deshalb bin ich froh, dass wir heute den Antrag zu einem Sofortprogramm zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen bei psychosozialen Krisen beschließen. Dass wir dies mit allen demokratischen Fraktionen gemeinsam machen, ist ein Signal, wie wichtig uns allen dieses Thema ist. Es wird also auch nach der Wahl, egal in welcher Regierungskonstellation, auf der Agenda bleiben.

Wir stellen 10 Millionen € zur Verfügung, erst einmal befristet für zwei Jahre, weil es aus den Corona-Notkrediten finanziert wird. Ich bin überzeugt, dass wir auch danach noch den Bedarf haben werden und der neue Landtag eine Anschlussfinanzierung finden wird.

Ich habe vor zwei Monaten an dieser Stelle die Idee der Personalaufstockung bei den Schulpsychologinnen und Schulpsychologen eingebracht, damit sie mehr Sprechstunden an Schulen anbieten können. Das wird auch von vielen Schulen gefordert. Jetzt steht es im Antrag. Grün wirkt, würde ich sagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stocken den schulpsychologischen Dienst um fast 50 % auf. Das ist noch nicht optimal, aber ein wichtiger Schritt, um mehr Schulpsychologinnen und Schulpsychologen direkt an den Schulen zu haben.

Auch die Schulsozialarbeit ruft zu Recht nach mehr Personal, um dem Bedarf der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte nach Unterstützung gerecht zu werden. In den Bereich gehen 5 Millionen €

(Ines Strehlau)

Auch die Themen Vernetzung der Akteurinnen und Akteure, mehr Therapieplätze und Fort- und Weiterbildungen umfasst unser Antrag. Wir haben ein gutes Unterstützungspaket geschnürt. Die nächste Regierung muss es verstetigen und weiter ausbauen. Mit Grünen an der Regierung wird es bei der Bildung auch in der nächsten Wahlperiode weiter Richtung Zukunft gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So, ihr Lieben, das war, wenn ich richtig gerechnet habe, meine 188. Rede.

(Beifall)

13 Jahre, drei Wahlperioden: Opposition, Küstenkoalition, Jamaika-Koalition - ich habe mit Marlies angefangen -; das waren drei unterschiedliche Konstellationen. Alle waren spannend. Ich habe den kommunalen Finanzausgleich zweimal mitverhandelt. Das waren enorm viele Sitzungen, in denen mir manchmal bei den vielen eng bedruckten Tabellen mit unendlich vielen Zahlenkolonnen ganz schwummerig geworden ist. Einmal durfte ich das mit Kai Dolgner zusammen verhandeln. Ihr könnt euch vorstellen, was für eine Herausforderung das ist,

(Vereinzelte Heiterkeit)

aber auch total spannend. Ich glaube, wir haben uns in den Koalitionen beide Male gut zusammengerauft und für die Kommunen viel erreicht.

Auch die Gemeindeordnung haben wir einige Male angefasst, zum Beispiel um die Bürgerinnen- und die Bürgerbeteiligung zu stärken und die Arbeit der Kommunalpolitikerinnen und -politiker zu erleichtern.

Ich bin vor allem in den Landtag gegangen, um die Bildung voranzubringen. Ein bisschen ist mir das, glaube ich, gelungen:

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

bei der norddeutschen Kooperation, das Gastschulabkommen, bei der beruflichen Bildung, die Jugendberufsagentur und das SHIBB, das, hoffe ich, in der nächsten Wahlperiode noch eine neue Konfiguration bekommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Hier sind auch die PerspektivSchulen zu nennen. Das sind all die Themen, die ich mitgestalten durfte.

Jamaika, liebe CDU und liebe FDP, war für mich die anstrengendste Zeit, für euch vielleicht auch.

(Heiterkeit)

Wir sind im Bildungsbereich oft weit auseinander gewesen: Bei abschlussbezogenen Klassen, Notenfreiheit, Schreibschrift, Inklusion und bei vielen anderen Themen haben wir sehr unterschiedliche Positionen bezogen. Das war in der Küstenkoalition anders. Aber wir haben es in Jamaika mit vielen Diskussionen hinbekommen, Kompromisse zu finden - gerade bei den PerspektivSchulen und bei der Unterstützung der Schulen während der Coronazeit. Hier haben wir gemeinsam für viele Lehrkräfte, Stellen und auch Geld gekämpft und gute Einigungen erzielt.

Uns Grünen ist es gelungen, dass das pädagogische Rad unter Jamaika kaum zurückgedreht wurde. Für die kommende Wahlperiode wünsche ich dem Bildungsbereich, dass das Rad weiter vorwärtsfährt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Ich bedanke mich bei der Landtagsverwaltung, bei Ole Schmidt, der unseren Ausschuss immer super begleitet hat;

(Beifall im ganzen Haus)

die Fahrt nach Kanada wird uns in Erinnerung bleiben. Ich bedanke mich aber auch bei dem Bildungsministerium, bei den Mitarbeitern. Ich sehe Herrn Stäcker, mit dem wir auch das produktive Lernen ein Stück vorgebracht haben. Ich bedanke mich natürlich auch bei Ihnen und euch allen für die gute Zusammenarbeit. Ich wünsche euch, dass ihr auch weiterhin einen Kaffee zusammen trinken könnt, auch wenn ihr euch vorher hier im Plenarsaal heftig gefetzt habt.

(Heiterkeit)

Das macht die politische Arbeit viel leichter und ist für mich ein starkes Zeichen von professionellen und souveränen Landespolitikerinnen und -politikern. Das zeigt, Menschlichkeit und Politik schließen sich nicht gegenseitig aus.

Vielen Dank noch einmal. Ich bin dankbar, ein bisschen dabei gewesen zu sein. Ich wünsche euch alles Gute.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Ines Strehlau, auch ich erinnere mich gut, wir sind ja zusammen im Jahr 2009 in den Landtag gekommen. Es waren interessante Jahre. Ich erinnere mich auch noch gut, wie es im Jahr 2017 bei der Bildungspolitik war. Jetzt kommt meine Überleitung, die ich irgendwie kriegen musste: In dem Jahr war es ja so, Jamaika fing an, und die Schulleitungen klagten über die Probleme in den sogenannten Brennpunkten, sie beklagten die Belastungen neben dem wissensvermittelnden Unterricht, Schülerinnen und Schüler auch in ihren sozial-emotionalen, besonderen und vielfach schwierigen Situationen unterstützen zu müssen.

Die Lehrkräfte fühlten sich von der Politik alleingelassen. Es hat sich ein Zusammenschluss gegründet. Der hieß: Schulen am Wind. Jamaika hat umgehend reagiert. Ich bin wirklich froh und stolz darauf, dass es uns in der Jamaika-Koalition gelungen ist, gemeinsam mit dem Bildungsministerium das Konzept der PerspektivSchulen zu entwickeln und mit 50 Millionen € finanziell abzusichern. Das war eine gute Sache.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Die spezielle Konzentration auf Schulen mit besonderen Herausforderungen, die Höhe der Mittelzuweisungen an die jeweiligen sozialen Herausforderungen anzupassen, war und ist wichtig, und so zeigen wir, dass es unser Anspruch ist, eben keine Schule mit ihren Problemen alleinzulassen.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir können es uns auch nicht länger leisten, Schüler ohne Schulabschluss oder mit so starken Defiziten zu entlassen, dass es dauerhafte Auswirkungen auf die zukünftige Lebensplanung geben wird. Fehlende Schulabschlüsse und Bildungsferne wirken sich auf das ganze restliche Leben aus. Alles, was wir hier nicht schaffen, müssen wir später dennoch irgendwo bezahlen, nicht nur mit Geld, sondern auch mit hohen gesellschaftlichen Folgen wie Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, dafür zu sorgen, dass keine Stadtteile abgehängt werden. Auch aus diesem Grund freue ich mich über die erfolgreiche Umsetzung ganz besonders.

Bis vor acht Wochen gab es für die Schulen und unsere Gesellschaft die berechtigte Hoffnung, die Coronapandemie weitgehend hinter sich zu lassen und

Stück für Stück zur Normalität zurückzukehren. Es ist mittlerweile unstrittig, dass Homeschooling, Schulschließungen wirklich starke Auswirkungen hatten, dass sowohl die Unterrichtsinhalte nicht vermittelt werden konnten als auch die Tatsache, dass das Fehlen der Sozialkontakte massive Entwicklungsverzögerungen bei den Kindern zur Folge hatte. Zur Wahrheit gehört auch: Lernlücken zu schließen und Entwicklungsrückstände aufzuholen, werden uns noch Jahre in den Schulen begleiten und viel Geld und Personaleinsatz benötigen.

Ich hätte unseren Schulen gewünscht, dass neben den außerordentlichen Belastungen der letzten Jahre nicht noch weitere Faktoren hinzukommen. Dann kam der Krieg in der Ukraine, und natürlich hat auch der Auswirkungen auf unsere Schullandschaft; denn viele der Kinder müssen nicht nur schnellstmöglich beschult werden, sondern dies geschieht auch noch unter erschwerten Bedingungen: ohne Deutschkenntnisse in den ohnehin schon sehr großen Klassen und mit erwartbaren Traumatisierungen durch Krieg, Flucht und Vertreibung. Deshalb bin ich froh, dass wir uns mit dem vorliegenden 10-Millionen-€-Programm, ein Sofortprogramm, dafür einsetzen, um den zusätzlichen Herausforderungen an den Schulen begegnen zu können.

(Beifall FDP und CDU)

Vor allem die zusätzlichen Mittel für den schulpsychologischen Dienst und die Schulsozialarbeit werden dringend benötigt, um die erwartbar steigenden Bedarfe zumindest ein Stück weit abzufedern. Damit senden wir auch ein wichtiges Signal, dass wir unsere Schulen in diesen schwierigen Zeiten nicht alleinlassen.

Zu dem dritten Thema, das für heute anliegt, könnte ich jetzt noch viereinhalb Minuten sprechen. Ich war bei den entsprechenden parlamentarischen Abenden nicht anwesend, deshalb kann ich nicht darauf eingehen. Ich habe den Antrag gelesen und für gut befunden. Deswegen stimmen wir zu. - Danke schön.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat nun die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Abschluss der Legislatur

(Jette Waldinger-Thiering)

zeigen SPD und SSW auch in Wahlkampfzeiten, dass das Land mit uns rechnen kann. Ich habe in vorherigen Debatten schon festgestellt, dass das Wichtigste für den SSW jetzt ist, die Schülerinnen und Schüler psychisch zu stärken. Deswegen ist es für uns auch eine Selbstverständlichkeit, jetzt daran mitzuwirken, dass die Mittel dafür auch wirklich bereitgestellt werden können. Wir brauchen ein Sofortprogramm zur psychosozialen Unterstützung, und ich bin froh, dass wir das noch gemeinsam anschieben können.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vor allem möchte ich aber darauf eingehen, warum wir es für absolut nötig halten, einen Antrag zu stellen, der so etwas Basales wie die Gleichwertigkeit von Schulabschlüssen festhält. Wir haben diesen Antrag eingereicht, um CDU und FDP endlich einmal ein Zugeständnis abzurufen; denn was ich von Ihnen momentan in Podiumsdiskussionen höre, gleicht nicht dem, was eigentlich bildungspolitischer Konsens sein sollte.

Ich habe von Ihnen gehört, dass Gymnasien den akademischen Nachwuchs ausbilden und Gemeinschaftsschulen den Nachwuchs für das Handwerk liefern. Ich habe auch von Ihnen gehört, dass das bessere Abitur an Gymnasien absolviert würde und man einem Akademisierungswahn entgegentreten müsste. Oder, wie es erst vor ein paar Tagen ein Vertreter der CDU äußerte, dass in den Gymnasien im Gegensatz zu den Gemeinschaftsschulen wirklich Leistung erbracht würde. Ich finde es vermessend, wenn Konservative meinen, sie könnten mal eben so den Lebensweg junger Menschen anhand der Schulart vorschreiben. Ich spreche Sie da als Verantwortungsträgerinnen und -träger dieses Landes an. Schulbildung ist hoheitliche Aufgabe des Landes, und in diesem Sinne sind Sie, besonders als regierungstragende Parteien, verantwortlich für alle Schülerinnen und Schüler dieses Landes. Damit sind Sie auch dafür zuständig, allen Schülerinnen und Schülern beste Bildungschancen zu bieten und für hochwertige Bildung an allen Schulformen zu sorgen.

In Schleswig-Holstein gibt es mehrere Möglichkeiten, das Abitur zu erreichen. Ich sage damit nicht, dass unsere Schularten gleich sind. Im Gegenteil, denn es bestehen nicht nur zwischen Schularten, sondern auch zwischen den Schulen durchaus verschiedene Strukturen, Schwerpunkte oder Vertiefungsmöglichkeiten. Das macht die Schülerschaft der einen aber nicht leistungsfähiger als die Schülerschaft der anderen Schule -

(Beifall SPD, SSW und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

insbesondere dann nicht, wenn es um die Vergleichbarkeit der Hochschulreife geht. In den schriftlichen Prüfungen der Kernfächer werden landesweit zentrale Aufgaben gestellt.

Wir als SSW sehen daher keine Höher- oder Minderwertigkeit der Hochschulreife zwischen Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe, beruflichen oder allgemeinbildenden Gymnasien. Mir kommt es manchmal so vor, als würden Sie in solchen Momenten etwas mit der Fachhochschulreife verwechseln. Aber Sie können sich sicher sein: Das Auswahlverfahren der Hochschulen findet an den Hochschulen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sehr genau statt. Da braucht es keine Abgeordneten, die die Entscheidung vorwegnehmen wollen.

Ich wundere mich auch noch aus einem anderen Grund: Die Handwerksverbände und -kammern werben doch selber händierend auch um Abiturientinnen und Abiturienten als Auszubildende. Die sagen aber nicht: Wir nehmen nur die von Gemeinschaftsschulen. Also, warum schießen Sie da quer? Wir hatten zur beruflichen Orientierung ganz konsensuelle Gespräche im Bildungsausschuss, in denen wir uns - das war jedenfalls mein Eindruck - auch mit dem Ministerium einig waren, dass das neue Gesamtkonzept für berufliche Orientierung an Schulen für die Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe, die Gymnasien und die berufsbildenden Schulen sowie Regionalen Berufsbildungszentren in den Sekundarstufen I und II gelten soll, und zwar so, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler wirklich darin unterstützen, das facettenreiche Spektrum an Lebenswegen kennenlernen zu können und informiert Entscheidungen zu treffen.

Unsere Schülerinnen und Schüler sollen in die Lage versetzt werden, ihre Ausbildung, ihr Studium und auch ihr weiteres Berufsleben erfolgreich zu gestalten. Deshalb braucht es an dieser Stelle ein Zeichen von der Politik, und zwar auch und besonders im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler, für die Gleichwertigkeit von Abschlüssen, für die möglichst freie Wahl von Lebenswegen und für bestmögliche Bildung für alle. Und deshalb freut es mich, dass Jamaika unserem gemeinsamen Antrag mit SPD und SSW zustimmen wird.

Ich möchte noch ein paar Sätze zu unseren Perspektivschulen in Schleswig-Holstein sagen. Es ist gut, dass dieses Programm gekommen ist, und es muss in der nächsten Legislaturperiode verstetigt werden.

(Jette Waldinger-Thiering)

Denn alle Schulen im Land haben eine Perspektive. Diese zusätzliche Unterstützung, die die Perspektiv-Schulen bekommen, bedeutet auch, dass die Kinder, die jungen Menschen, dort eine Perspektive bekommen, die es ihnen ermöglicht, ein selbstständiges Leben zu führen. Das ist auch wichtig in einer Zukunft, die so unvorhersehbar ist, wie sie zurzeit ist.

Liebe Ines, du hast vorhin ganz viel gesagt, weshalb, wieso, warum wir keine größere Rückwärtsrolle in der Bildungspolitik in dieser Legislaturperiode gemacht haben. Ich muss sagen: Ich habe manchmal hier gestanden und gesagt: Ines, es ist gut, dass ihr in der Koalition seid. Das wird schon etwas anders in der nächsten Legislaturperiode werden. Nichtsdestotrotz möchte ich mich heute bei euch allen, bei Ihnen allen bedanken,

(Zurufe Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die im Bildungsausschuss tätig sind. Bei all den Diskussionen, die wir gehabt haben: Wenn es wirklich haarig wurde und wenn wir wirklich etwas erreichen wollten, dann konnten wir miteinander reden, und dann haben wir irgendwie einen Weg gefunden. Ansonsten hätten wir heute auch nicht noch einen gemeinsamen Antrag gemacht - bei der letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode, ein paar Tage vor der Landtagswahl. Ich hoffe, dass wir vielleicht in der nächsten Legislaturperiode so weitermachen können, denn die Kinder sind unsere Zukunft. Ich glaube, da passt noch etwas, da geht noch etwas. I skal have tusind tak, und ich freue mich. Ines, dir wünsche ich alles Gute.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Waldinger-Thiering. - Das Wort für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat nun der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Coronamaßnahmen haben tief in das Leben unserer Kinder und Jugendlichen eingegriffen. Hinsichtlich ihrer Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten haben sie massiven Schaden erlitten, denn Kindheit und Jugend prägen das ganze Leben. Die Belastungen und Defizite, die durch die Coronamaßnahmen verursacht wurden, können wir mit der Plastizität des Gehirns, das heißt seiner Fä-

higkeit, seine Funktion in Interaktionen mit der Umwelt anzupassen, wohl nur sehr begrenzt kompensieren.

Viele Kinder und Jugendliche haben psychosoziale Schäden davongetragen. Die lang anhaltenden Einschränkungen von dringend notwendigen sozialen Kontakten und die Erzeugung von Angst vor Kontakten mit anderen Menschen, selbst aus dem eigenen Umfeld, kann zu fundamentaler Lebensangst führen. Die COPSY-Studie des UKE, die wir hier schon mehrfach zitiert haben, hat die alarmierende Zahl von 29 % aller Kinder und Jugendlichen genannt, bei denen psychische Auffälligkeiten bestehen. Die Corona- und Lockdownpolitik hat dabei das Risiko erhöht, alte psychische Traumata bei depressiven Personen auszulösen oder neue entstehen zu lassen. Die davon Betroffenen sind sich vielleicht dessen gar nicht bewusst; wenn überhaupt, werden bei ihnen psychische Traumata als Depressionen diagnostiziert, aber mehr nicht. Hinzu kommen gerade auch bei Kindern und Jugendlichen Angststörungen bis hin zu Panikattacken, die dann zum Teil mit exzessivem Computerspiel, mit Drogen, mit Alkohol oder anderem kompensiert werden. Psychische Zwänge, wie zum Beispiel übertriebenes Händewaschen, werden verstärkt oder entstehen neu.

Diese Prozesse, die wir alle erlebt haben - indirekt oder direkt -, führen über kurz oder lang zu psychosomatisch erklärbaren chronischen Erkrankungen, die wiederum eine Abhängigkeit von Medikamenten erzeugen können oder sogar in die Isolation führen. Falsche Ernährung und zu wenig Bewegung rufen ohnehin schon seit Jahren bei Kindern und Jugendlichen Krankheitsbilder hervor, wie wir sie eher bei älteren Menschen vorfinden, zum Beispiel Diabetes. Dieser Trend wurde durch die Schulschließungen und die Sportverbote über Monate hinweg noch verstärkt. Die sozialpsychologischen Folgen sind gravierend, da das Nähe-Distanz-Verhalten sich erkennbar verändert und sogar zu Sozialphobien führen kann. Durch das ständige Tragen von Masken wird der Selbstausdruck des Einzelnen geschädigt, weil dieser für den Aufbau des Selbstbewusstseins von elementarer Bedeutung ist. Zwei Jahre soziale Isolation durch die Coronamaßnahmen können Bindungsprobleme erzeugen, die im schlimmsten Fall in Vereinsamung münden.

Ich bin sehr froh, dass dieser Antrag heute noch gestellt worden ist und dass jetzt Geld bereitgestellt wird. Deswegen werden wir dem Antrag zustimmen. Viel wichtiger als das Geld und dieser Antrag ist jedoch die Lehre, die wir alle aus dieser Corona-

(Volker Schnurrbusch)

und Lockdownpolitik dieser Landesregierung ziehen müssen: Nie mehr Maskenzwang für Kinder und Jugendliche, kein Testzwang, keine Impfkampagne an Schulen, kein Lockdown, nie wieder Angst. Das sagen wir auch an dieser Stelle dem Bundesgesundheitsminister, der kaum einen Tag auslässt, ohne genau diese Angst wieder zu schüren. Der nächste Herbst kommt bestimmt, aber Schulschließungen darf es in diesem Land nicht wieder geben. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schnurrbusch. - Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hatte ich mir vorgenommen, nicht auf Beiträge der AfD zu reagieren, aber eins muss man vielleicht doch noch mal sagen, und das sage ich jetzt als Psychologe: Wir haben diese Maßnahmen ergriffen, um die Gesundheit der Kinder, der Jugendlichen, der Menschen in diesem Land zu schützen. Das war der Grund.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Claus Schaffer [AfD]: Wir wissen heute, dass diese Maßnahmen falsch sind! - Weitere Zurufe AfD)

Insofern ist es Blödsinn, jetzt auf einmal, quasi aus diesen Maßnahmen, die psychosozialen Folgen abzuleiten. Natürlich gab es psychosoziale Folgen, aber viel dramatischer wäre es gewesen, wenn wir sie nicht durch diese Maßnahmen in ihrer Gesundheit geschützt hätten.

(Zuruf AfD: Das ist nicht wahr! Das stimmt nicht! Das ist eine Lüge!)

Aber nun zu den Anträgen. In der Tat: Wir brauchen mehr Schulpsychologinnen und Schulpsychologen. Wir brauchen mehr Schulsozialarbeit, und wir brauchen mehr Netzwerkarbeit, gerade auch der Akteure in den Schulen. Zum Beispiel, wenn ich daran denke: Lehrkräfte und Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter müssen mehr und besser zusammenarbeiten.

Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen. Wenn es zu Krisen und manifesten Störungen von Kindern und Jugendlichen kommt, dann brau-

chen wir auch mehr Kinder- und Jugendpsychotherapeuten.

Wir haben laut der Antwort auf unsere Kleine Anfrage in Schleswig-Holstein 117 Vollzeitäquivalente an Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten. Psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche und ihre Eltern müssen viele Wochen und Monate auf einen Therapieplatz warten. Das ist zu lang, wir brauchen also mehr Plätze, mehr Stellen, mehr Sitze für Kinder- und Jugendpsychotherapeuten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir brauchen mehr Ausbildungsstellen für sie, mehr Praxisstellen. Darauf müssen wir uns in Zukunft vorbereiten.

Lassen Sie mich nun anlässlich meiner vermutlich letzten Rede in diesem Hause noch ein paar Anmerkungen machen. Erving Goffman würde das Plenum vielleicht als Bühne bezeichnen - mit allen Überspitzungen, dramatischen Gestaltungen, Idealisierungen, Mystifizierungen und vielem mehr. Zu dieser Bühne gehört aber auch die Hinterbühne: Das sind die Ausschüsse, die Arbeitsgruppen, die Gespräche und Veranstaltungen, die vielen sachlichen, fachlichen Diskussionen und - das betone ich - auch die gemeinsamen Reisen, die den Horizont erweitern und es erlauben, Kolleginnen und Kollegen in einem ganz anderen Licht zu sehen und sie kennenzulernen. Deshalb Dank an die Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien für die kollegialen, fairen und freundlichen Diskussionen, auch wenn wir natürlich nicht immer einer Meinung waren und sind! Das soll ja auch so sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zur Hinterbühne gehören auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Referentinnen und Referenten, die Unterstützungskräfte, die Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung, ohne die unsere Arbeit hier im Plenum nicht denkbar wäre. Herzlichen Dank an diese!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich habe noch einen Wunsch: Für die Entwicklung einer Gesellschaft halte ich Wissenschaft und Forschung für essenziell. Ich würde mir wünschen, dass Sie ihnen in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit und eine bessere finanzielle Unterstützung gewähren.

(Dr. Heiner Dunckel)

In den letzten fünf Jahren habe ich viel gelernt, viele interessante Erfahrungen gemacht. Dafür möchte ich mich bedanken. Machen Sie es gut, bleiben Sie gesund, und lassen Sie uns weiter für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden in einer demokratischen Gesellschaft kämpfen! - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort erhält für einen weiteren Kurzbeitrag der Abgeordnete Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Vielen Dank für die Möglichkeit, hier kurz Stellung zu beziehen.

Zunächst einmal ist es richtig, die psychosozialen Folgen bei Kindern gerade in der Pandemie und auch bei den Kindern, die uns jetzt aufgrund der Ukraine Krise ereilen werden, aufzufangen, diese Kinder zu unterstützen, die Folgen zu beheben. Da müssen wir alles tun, was wir können; das ist vollkommen richtig.

Hier aber so zu tun, als seien insbesondere die Folgen der Coronapolitik - das ist der Lockdown, der die Kinder ganz besonders stark getroffen hat - ein einfaches Naturereignis, ist einfach nicht zutreffend.

(Beifall AfD)

Denn es ist nicht Corona, das die Kinder geschädigt hat, sondern es ist eine falsche Lockdown-Politik. Das kritisieren wir seit mehr als einem Jahr immer und immer wieder. Diese Erkenntnisse sind nicht neu. Gerade im zurückliegenden Jahr ist das immer häufiger auch für Sie hier klar erkennbar geworden. Wir haben hier immer wieder gefordert: Beenden Sie diese Maßnahmen, die insbesondere die Kinder am schärfsten treffen!

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Der Lockdown und die Schulschließungen waren falsch. Diese Erkenntnis ist heute State of the Art und hätte schon sehr viel früher zu Maßnahmen führen müssen.

Dass wir da jetzt Millionen Euro an Steuergeldern draufkippen müssen, um diese Schäden zu beheben, ist eine Folge Ihrer Coronapolitik, meine Damen und Herren. Das haben Sie zu verantworten. Das geht schlicht und ergreifend auf Ihr Konto. Da hätten wir schon eine Menge vermeiden können.

Was Sie hier jetzt tun, ist, dass Sie sich mit diesen Steuermillionen Absolution erteilen. Das macht mich einfach fassungslos und sprachlos. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag zu - -

(Zuruf SSW)

- Entschuldigung, das ist hier gerade nicht angekommen.

Ich eröffne noch einmal die Aussprache und erteile zu einem weiteren Kurzbeitrag der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, den Kurzbeitrag von Schaffer kann man so nicht stehen lassen, denn ich und der Rest des Hauses, die demokratischen Parteien, haben uns keine verfehlte Coronapolitik vorzuwerfen.

(Beifall CDU)

Ganz ehrlich: Wenn jemand für die Kinder in Schleswig-Holstein Verantwortung übernommen hat, dann sind es die demokratischen Parteien hier in diesem Hohen Hause!

(Beifall SSW, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf AfD)

Wer glaubt, wir - ich bin zwar nicht die Ministerin, das ist Frau Prien - hätten es uns leicht gemacht, dem muss ich sagen: Wir als Parlament, auch wir als Abgeordnete mussten immer wieder verteidigen, dass wir Schulen wegen Corona, wegen der Pandemie und der hohen Inzidenzen geschlossen haben. Das fiel uns wirklich nicht leicht. Sie behaupten, wir würden uns an den Steuermillionen bedienen, um irgendetwas zu heilen. Ich finde das unerträglich!

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber auch das zeigt, dass die AfD nicht imstande ist, Verantwortung für Menschen zu übernehmen. Neben Populismus, Querdenkerei und noch vielen anderen Dingen hauen Sie einfach Dinge raus, die überhaupt nicht sachgerecht sind und nicht stimmen!

(Jette Waldinger-Thiering)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Corona hat uns jetzt wie unter dem Brennglas gezeigt, welche Lücken im System bestehen, wie viele Kinder - Tobias von der Heide sprach vorhin davon - in Armut leben. Während Corona wurde uns gezeigt, wie schrecklich es ist, wenn man in einer kleinen Wohnung lebt und diese nicht verlassen kann, wenn man kein warmes Mittagessen bekommt, wenn man dort vielleicht noch Gewalt mitbekommt, wenn die Mutter Gewalt ausgesetzt ist, wenn man sich nicht mit anderen Kindern und Jugendlichen austauschen kann. Corona hat uns ganz deutlich gezeigt, dass wir da sehr viel nachbessern müssen.

Wenn wir gemeinsam Verantwortung für diese Kinder übernehmen und das Geld verwenden, um es an der richtigen Stelle einzusetzen, damit den Kindern geholfen wird und keine langfristigen Erkrankungen entstehen, dann stehlen wir kein Steuergeld, sondern übernehmen Verantwortung für unsere Kinder und unsere Zukunft sowie für deren Zukunft im Morgen.

Wer keine Verantwortung für Kinder, für Menschen übernehmen kann, ist die AfD. Das haben Sie Gott sei Dank gerade eben noch einmal gezeigt!

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe jetzt die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag zu a), Drucksache 19/3706, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Kommen wir zur Abstimmung zu b), Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3812. Ich schlage vor, über den Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW in der Sache abzustimmen. Wer hier zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen ist.

Kommen wir zur Abstimmung zu c), Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3817 (neu). Auch hier schlage ich Ihnen vor, in der Sache abzustimmen. Wer hier zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die

Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch dieser Antrag ist somit einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42 auf:

Tourismusstrategie 2030

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/3795

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist vielleicht etwas ungewöhnlich, dass eine Landesregierung mit diesem Bericht quasi am vorletzten Tag der Legislaturperiode eine Strategie vorlegt. Es ist aber folgerichtig, denn die strategische Weiterentwicklung des Tourismusthemas in Schleswig-Holstein war schon in der letzten Legislaturperiode angelegt. Es war festgelegt, dass der Tourismus über die letzten Jahre hinweg evaluiert werden sollte. Die Weiterentwicklung der Tourismusstrategie sollte auch berücksichtigen, was in den letzten Jahren pandemiebedingt stattgefunden hat.

Zunächst einmal ist wichtig festzustellen, dass wir mit dieser Tourismusstrategie eine sehr erfolgreiche Zeit feiern können. Wir hatten uns vorgenommen, bis zum Jahr 2025 „30-30-3“ umzusetzen: 30 % mehr Umsatz, 30 Millionen Übernachtungen, Platz 3 bei der Qualität. In Wahrheit sind wir bei den zwei quantitativen Zielen vorn und schon lange weit darüber hinaus. Bei der Qualität sind wir jedenfalls deutlich nach oben gekommen. Wir haben diese quantitativen Ziele mehr als erreicht und überschritten und sind deswegen Opfer unseres eigenen Erfolges geworden.

Es gab aber noch mehr Gründe, warum die Evaluierung größer als geplant aufgezogen werden musste. Wir wollten wichtige Trends und Herausforderungen berücksichtigen. Dazu gehören die Digitalisierung und sicherlich auch Fragen der Tourismusakzeptanz, die sich erst in den letzten Jahren besonders ergeben haben.

Und wir wollten die Lessons Learned aus der Coronazeit berücksichtigen: Was hat sich in den letzten Jahren ergeben? Worauf müssen wir uns zukünftig einstellen? Was gibt es für neue Herausforderungen, zum Beispiel für den Tagestourismus, angesichts der Situation, dass Videokonferenzen seit der Pandemie eine ganz andere Bedeutung zugemessen

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

werden? Außerdem wollten wir das Thema Nachhaltigkeit von einem Nice-to-have in der Vergangenheit zu einer echten Leitmaxime weiterentwickeln, basierend auf der Dreigestaltigkeit der Nachhaltigkeit.

Es ist mir besonders wichtig, dies immer wieder zu betonen. Nachhaltigkeit betonen einige gern als rein ökologisches Thema. Nachhaltigkeit ist in der Tat auch ökologische Nachhaltigkeit. Sie ist aber vor allem auch soziale Nachhaltigkeit, was im Tourismusfalle die Beziehungen zu den Gästen, aber auch zur einheimischen Bevölkerung bedeutet.

(Beate Raudies [SPD]: Genau!)

Auch das ist soziale Nachhaltigkeit im Tourismus. Und es betrifft auch ökonomische Nachhaltigkeit, auf die ich immer gerne poche und die man deutsch mit dem Wort Profitabilität übersetzt, ohne die es keine wirtschaftliche Nachhaltigkeit gibt.

Schleswig-Holstein war mit der Tourismusstrategie 2025 Vorreiter und Trendsetter unter den Bundesländern. Wir sehen, dass andere Bundesländer aufgeschlossen haben, wenn es um das Investieren von viel Geld für eine neue Tourismusstrategie geht.

Wir haben uns deshalb viel vorgenommen und einen Steuerungskreis ins Leben gerufen, der etwas überschaubarer und kleiner war und die wesentlichen Akteure des Tourismus trotzdem hinter sich versammelt. Herausgekommen ist etwas, das unter der Vision steht: Wir wollen Schleswig-Holstein zum Vorreiter und Vorbild für nachhaltigen und verantwortungsbewussten Qualitätstourismus machen.

(Beifall FDP und CDU)

Das heißt im Einzelnen: Wir wollen sicherlich auch mehr Quantität, vor allem aber wollen wir mehr Qualität im Tourismus. Wir stärken den Binnenlandtourismus, um die gut besuchten Küstenregionen zu entlasten. Wir brauchen digitale Lösungen, zum Beispiel für die Besucherlenkung in den Hotspots. Wir wollen nachhaltigen Tourismus in allen Bereichen, und wir wollen, dass Schleswig-Holstein-Tourismus weiterhin positiv besetzt ist, also die Zufriedenheit von Gästen, Einheimischen und Beschäftigten gleichermaßen in den Mittelpunkt rücken.

Wir müssen kommunizieren: Durch hochwertige, qualitativ nachhaltige Angebote und Infrastruktur wird der Tourismus maßgeblich zur Lebensqualität unserer Gäste, aber auch zur Qualität der einheimischen Bevölkerung beitragen. Da bin ich bei einem meiner Lieblingsthemen: Die Akzeptanz des Tourismus in den nächsten Jahren ist eine besondere

Herausforderung für uns. Es ist kein Geheimnis, und wir erleben es dieser Tage auch wieder und werden es gegebenenfalls auch übernächsten Sonntag auf einem weiteren Feld haben, dass einheimische Bevölkerung überall da, wo Neues entsteht, gegebenenfalls auch ablehnend reagiert.

Sind wir schon an einem Punkt, wo wir tatsächlich Overtourism haben? Ich will es an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen: Natürlich gibt es bei uns einige Tage im Jahr, an denen es besonders voll ist, besonders an den Hotspots. Sie beschränken sich aber in Wahrheit auf wenige Wochenenden in einem Hochsommer, wenn er besonders schön ist. Von Overtourism - jedenfalls im Sprachgebrauch, den man im touristischen Bereich sonst pflegt - sind wir in Schleswig-Holstein weit entfernt. Wir wollen auch weit entfernt bleiben. Deshalb ist Besucherlenkung und eine auch digitale Steuerung von Besucherströmen in der Zukunft so wichtig, um die Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung deutlich zu erhöhen.

Ich sage ganz deutlich - das habe ich auch Montag beim DEHOGA gesagt -: Es ist nicht Ziel des schleswig-holsteinischen Tourismus, durch Bettenburgen und Betonburgen an den Küsten zu glänzen. Deshalb kommen die Menschen nicht zu uns. Sie kommen, weil sie die Naturlandschaft erleben möchten. Es ist aber auch nicht das Ziel der touristischen Aktivitäten, dass jede einzelne Modernisierungsmaßnahme mit der Schaffung neuer Beherbergungskapazitäten Gegenstand eines Bürgerbegehrens sein muss. Das würde dazu führen, dass wir uns nicht weiterentwickeln können, auch qualitativ nicht. Das kann nicht Sinn der Veranstaltung sein.

(Beifall FDP und CDU)

Nicht nur die Themen Tourismusakzeptanz und Nachhaltigkeit werden uns zukünftig beschäftigen, sondern eines der größten Themen im Tourismus in den nächsten Jahren wird das Thema Fachkräftemangel sein. Wir sehen dies jetzt und werden es für diese Saison als schwierige Herausforderung erleben. An vielen Orten erleben wir schon, dass Montag, Dienstag und Mittwoch Ruhetage sind. Es ist sicherlich auch für die Servicequalität und die Wahrnehmung unseres Qualitätsniveaus eine schwierige Aussage, wenn die Fachkräfte fehlen, die gegebenenfalls für einen gastronomischen Betrieb oder einen Beherbergungsbetrieb erforderlich sind, um ihn die ganze Woche über 24 Stunden und sieben Tage geöffnet zu halten.

Wir werden die Branche als Politik gemeinsam dabei unterstützen müssen, zu neuen Fachkräften zu

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

kommen und das Bild der Fachkräfte gerade im Gastronomie- und Beherbergungsbereich positiv aufzuladen. Ich glaube, dass uns das gut gelingen kann, denn wir merken an vielen positiven Beispielen, dass junge Menschen sehr wohl sehen, dass im Service, in der Hotellerie oder Gastronomie zu arbeiten eine ganz tolle Sache sein kann, weil man mit Menschen arbeitet und eine Vielzahl unterschiedlicher Destinationen vor sich hat und weil man durch die Welt unterwegs sein kann, um sie kennenzulernen, wie es kaum in anderer Art und Weise geht.

Vielleicht müssten wir den Auszubildenden auch Chancen bieten, die Welt schon während ihrer Ausbildung kennenlernen zu dürfen, also auch Auslandsthemen berücksichtigen. Ich glaube aber, es ist wichtig, und es wird uns gelingen, in diesen Bereichen junges, tatkräftiges Nachwuchspersonal zu finden. Das ist jedenfalls eine der zentralen Herausforderungen.

Die anderen Dinge sind in vielen Tätigkeitsfeldern, auf die ich jetzt nicht einzeln eingehen will, in dieser wirklich auf breiter Front ausgearbeiteten Strategie umrissen. Ich will an der Stelle noch erwähnen, dass zwischenzeitlich auch die Landgasthofuntersuchung vorliegt. Die Aussagekraft dessen, was dort drinsteht, ist in weiten Teilen nicht so, wie ich es mir erhofft habe. Wir werden aber auch daran weiterarbeiten müssen, denn unsere Landgasthöfe spielen nicht nur eine touristische, sondern auch eine gesellschaftliche Rolle. Daran, dass in der nächsten Periode auch touristisch anzugucken, liegt mir viel.

Vor allem aber eines ist mir zum Abschluss wichtig: Diese auf breiten Schultern aufgesetzte Tourismusstrategie ist eine sehr gute Grundlage, um den Tourismus als einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor, der inzwischen in diesem Land eine Größenordnung von 5 % bis 10 % unseres Bruttoinlandsproduktes ausmacht und Beschäftigungsgrundlage für 160.000 Menschen im Land ist, auf eine Zukunftsbasis zu stellen, die sowohl den Beschäftigten als auch den Einheimischen, vor allem aber auch den Gästen, die zu uns kommen, zugutekommt. Schleswig-Holstein ist das Land, in dem man nicht nur gerne Urlaub macht, sondern in dem man gern arbeitet, wo andere Leute nur Urlaub machen. Auch das sei für die Fachkräfte und die Einheimischen betont. Die Tourismusstrategie 2030 stellt sich diesen Herausforderungen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und Christian Dirschauer [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Minister hat die vorgesehene Redezeit um 4 Minuten erweitert. Diese zusätzliche Redezeit steht nun allen anderen auch zur Verfügung.

Der Erste, der hiervon gegebenenfalls Gebrauch machen kann - denn ich eröffne jetzt die Aussprache -, ist mit seiner vermutlich letzten Rede in diesem Hohen Haus für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, herzlichen Dank für diese Rede und vor allen Dingen für die Inhalte dieser Rede. Das war nicht immer so in Schleswig-Holstein. Meine erste Aufgabe im Landtag vor rund 22 Jahren war damals die des tourismuspolitischen Sprechers. Da war die Situation eine andere. Die Kollegen Garg und Harms und die, die damals mit mir angefangen haben, können sich daran erinnern. Es war so: Alles rannte nach Mecklenburg-Vorpommern, und in Schleswig-Holstein gab es über 15 Jahre keine neuen Hotels, in die hier investiert wurde. Wir haben damals von dem geträumt, was wir jetzt haben. Wir sind den Investoren hinterhergerannt und haben gesagt: Nun kommt doch einmal nach Schleswig-Holstein, die Küste an der Ostsee ist die Gleiche wie in Meck-Pom und an der Nordsee wie die in Niedersachsen!

Ich will gern noch einmal aus der Sicht heute daran erinnern. Aus damaliger Sicht ist es ein Luxusproblem, das wir haben. Es ist aber ein Problem, und das Problem hat der Minister zu Recht angesprochen.

Es ist richtig, dass wir vor circa zwölf Jahren eine Strategie mit Best Agers und Familien entwickelt haben. Darauf haben wir uns gestürzt. Weil wir nicht so viel Geld hatten, haben wir uns auf gewisse Zielgruppen konzentriert und gesagt: Das müssen die Zielgruppen sein. Dann haben wir im Land richtigerweise - da unterscheiden wir uns von vielen anderen Bereichen in der Politik, in der Bildung oder in vielen anderen - immer parteiübergreifend zusammengearbeitet. Tourismus war selten ein politischer Streitpunkt, weil wir uns an dieser Stelle oft - fast immer - über Parteigrenzen gut verständigt haben.

Was mir allerdings Sorgen bereitet - der Minister hat das angesprochen -: Wir hatten drei große Hotelinvestoren und Projekte hier im Land, die alle drei an Bürgerentscheiden gescheitert sind. So et-

(Hans-Jörn Arp)

was spricht sich natürlich in der Szene herum. Da stecken Hunderttausende Euro an Planungskosten drin. Die Gemeinden waren jeweils dafür. Bürgerentscheide haben es gekippt. Man muss darüber nachdenken, ob man das in Zukunft so beibehalten will oder ob man das Recht wieder den Kommunalvertretern gibt, denn sonst haben wir das Problem, dass irgendwann niemand mehr Gemeindevertreter werden möchte. Darüber muss man nachdenken.

(Beifall CDU und Volker Schnurrbusch [AfD])

Ich bin der Meinung, man muss die repräsentative Demokratie stärken. Davon bin ich zutiefst überzeugt, das nützt uns allen.

Keine Rede hier ohne die Erwähnung der A 20!

(Beifall CDU, FDP, SSW und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe)

Der Minister hat angesprochen, wie weit der Bau ist und dass es für uns wichtig ist, dass wir erreichbar sind. Ich habe schon vor 15 Jahren in einer meiner Reden gesagt: Man ist von Nordrhein-Westfalen aus - dem Kerngebiet unserer Touristen - schneller auf Rügen als an der Westküste, in Büsum oder Friedrichskoog. Das müssen wir ändern, das können wir ändern, wenn wir endlich einmal ans Planungsrecht gehen. Denn am Ende geht es auch um die Glaubwürdigkeit.

(Beate Raudies [SPD]: Wie wäre es denn mal mit Bauen?)

Es geht um die Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt, wenn ich den Leuten seit 22 oder 23 Jahren vor Ort immer erzähle, die A 20 wird kommen, und sie scheitert dann an unserem Planungsrecht. - Frau Raudies, denken Sie daran: Es ist unser gemeinsames Planungsrecht. Das interessiert keinen Hotelier, wer wann was gesagt hat. Es interessiert ihn nur, dass die Leute eben lieber nach Rügen fahren als nach Friedrichskoog - aus unterschiedlichen Gründen, auf die ich gar nicht weiter eingehen möchte.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Der Tourismus - Bernd Buchholz hat das richtig angesprochen - ist unser größter Arbeitgeber hier in Schleswig-Holstein, nicht nur in Nordfriesland und Ostholstein. Er ist bei uns das, was in Baden-Württemberg die Autoindustrie ist. Deshalb war es damals richtig, dass man hier Modellregionen schaffen hat.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich habe diesem Hohen Haus - und darauf bin ich stolz - über 22 Jahre angehört. Das sind über 8.000 Tage. Ich

sage Ihnen: Jeder dieser Tage war für mich ein toller Tag. Nicht einer war dabei, der nicht ganz so doll war - vielleicht mal einer, das lag aber an mir. Ansonsten scheidet sich persönlich voller Dankbarkeit hier aus, voller Demut vor dem, was ich hier erlebt habe, welche Menschen ich hier und wie ich das Land kennengelernt habe, welche Themen ich hier habe bearbeiten können. Ich habe immer den jungen Leuten erzählt: Man kommt hier ins Haus und da steht ein Blumenstrauß voller Themen. Man kann sich jeden Tag eine Blume als Thema herausnehmen. Man hat hier jeden Tag neue Themen, mit denen man sich auseinandersetzen kann, um den Menschen zu helfen. Ich hatte auch das Glück, dass ich Mittelstandsbeauftragter in der schwarz-gelben Koalition wurde. Das wurde nachher abgeschafft, aber ich wurde diesen Job nicht los.

(Heiterkeit und Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Wolfgang Baasch [SPD])

Ich könnte erzählen, dass ich heute garantiert wieder vier solcher Anrufe hatte. Ich weiß gar nicht, wie viele Leute alle meine Telefonnummer haben. Es ist für mich jedes Mal eine Freude, wenn ich versuchen kann, den Menschen zu helfen. Dafür bin ich gewählt, dafür bekomme ich Geld, das macht mir Spaß. Deshalb bin ich für diese Aufgabe sehr dankbar.

Ich bin aber auch dankbar, dass ich zehn Jahre lang PGF sein durfte. Hannes Callsen hat mich damals zu diesem PGF-Job berufen. - Hannes, ich danke dir heute noch dafür. Ich soll hier eigentlich siezen, aber Frau Ostmeier, Sie verzeihen mir, wenn ich an einem Tag wie heute einmal eine Ausnahme mache. Ich bedanke mich bei dem Kollegen Johannes Callsen, der es gemacht hat, Daniel Günther hat es weitergemacht, und Tobias Koch hat mich auch zum PGF gemacht. Ich hatte drei Fraktionsvorsitzende, die mich zum PGF gemacht haben. Das macht mich stolz.

Ich sage an dieser Stelle auch: Ich habe mit meinen Kollegen - Oliver, Marret, Birgit, Lars - hervorragend zusammengearbeitet. Ich glaube, wir haben immer wieder bewiesen, dass Demokratie funktioniert - über Parteigrenzen hinweg. Nach außen haben wir hier immer für ein geordnetes Verfahren gesorgt.

(Heiterkeit)

Dafür will ich meinen PGF-Kollegen herzlich danken.

(Beifall)

(Hans-Jörn Arp)

Ich weiß, dass ich mich jetzt auf dünnes Eis begeben, trotzdem nenne ich an dieser Stelle einige wenige, die mich in dieser Zeit begleitet haben. Einer, der es heute nicht mehr miterleben kann, aber der mich sehr geprägt hat, war Bernd Schröder. Des Weiteren mein Gegenkandidat Stefan Bolln, der viermal stolz gegen mich verloren hat und immer noch mein Freund ist. Er trägt es immer wieder mit Fassung. Da ich jetzt aufhöre, will er auch nicht mehr weitermachen, da hat er niemanden mehr, der gegen ihn gewinnen kann. Jetzt hätte er eine Chance gehabt, aber er will es nicht. Es war auch Jost de Jager. Und einer, der mich von Anfang an begleitet hat, war Wolfgang Kubicki. Ich werde das nie vergessen, wie wir seit der Zeit - seit über 22 Jahren und bis heute - befreundet sind. Ich habe viel von ihm gelernt - nicht alles, zum Glück, aber vieles.

(Heiterkeit)

Ich hatte auch die Chance, nach Berlin zu gehen, ich habe aber gesagt, dass ich lieber hierbleibe.

Ich kann euch an dieser Stelle sagen: Reisen bildet nicht nur, sondern Reisen bringt auch ein Parlament und die Parlamentarier untereinander zusammen. Ich kann nur an euch appellieren: Bleibt dabei, macht diese Reisen, sie helfen nicht nur unserem Ansehen im Ausland, sondern sie helfen auch unserer parlamentarischen Demokratie hier im Inland.

(Beifall)

Eines gehört sich nicht nur zu erwähnen, sondern das war wirklich so: Ich wäre null gewesen, wenn wir nicht tolle Mitarbeiter in den Ministerien, in der Landtagsverwaltung und in der Fraktion gehabt hätten. Stellvertretend für alle - auch wenn sie jetzt nicht hier ist, aber hoffentlich hört sie zu - nenne ich Ilona Dost, die viel für mich getan hat.

(Beifall)

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön!

Zum Schluss: Ich habe zwei Ministerpräsidenten in meiner Zeit erlebt, Peter Harry Carstensen, der mich immerhin zum Mittelstandsbeauftragten gemacht hat, und Daniel Günther. An dieser Stelle erlauben Sie mir: Ich wünsche Daniel Günther erstens Gesundheit und zweitens, dass er weiterhin unser Land so wie bisher die nächsten fünf Jahre führt. Ich bin sicher, das darf ich an dieser Stelle einmal sagen.

(Zurufe)

Ich weiß, dass ihr jetzt nicht alle klatschen könnt, aber wir wünschen ihm alle gemeinsam Gesundheit und dass er bald wieder mehr Kraft hat.

(Beifall)

Einen herzlichen Dank sage ich euch allen. Seid stolz, dass ihr hier einen Sitz im Parlament habt. Es gibt keine schönere Aufgabe. Danke schön, dass ihr mir zugehört habt, danke, dass ich dabei sein durfte!

(Anhaltender Beifall)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun die Abgeordnete Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Evaluierung und Neuausrichtung unserer erfolgreichen Tourismusstrategie steht an - gut so!

30-30-3 - wir haben es vom Minister gehört -, die Ziele unserer letzten Tourismusstrategie aus dem Mai 2014 zu Zeiten der Küstenkoalition, sind so gut wie alle erreicht. Wachstumsmäßig war die Strategie eine echte Power-Strategie und ein voller Erfolg.

Wenn Sie mir in der Februar-Tagung zugehört haben, als wir über die Auswirkungen und Erkenntnisse aus der Pandemiekrise diskutierten, erinnern Sie sich bestimmt noch an die Weichenstellungen, von denen ich sprach. Da wären erstens eine echte Kraftanstrengung bei der Fachkräftesicherung. Schauen Sie einmal in die neue Tourismusstrategie, Handlungsfeld 8! Fachkräfte im Hotelfach und in der Gastronomie sind die neue Zielgruppe. - Gut so! Qualifizierte und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Grundlage für ein uneingeschränktes, qualitatives Tourismusangebot. Der Kampf um Mitarbeitende ist längst genauso wichtig geworden wie der Kampf um Gäste.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss gelingen, Fachkräfte gut auszubilden, sie zu halten oder gegebenenfalls zurückzuholen. Dafür müssen ihnen Perspektiven, gute Rahmenbedingungen und natürlich gute Bezahlung geboten werden.

(Beifall SPD)

Das Lohnniveau hat einen maßgeblichen Einfluss auf den Mangel an Mitarbeitenden. Das sagen die Autoren der neuen Tourismusstrategie. Das sehen wir auch so. Dafür sind Tarifverträge unverzichtbar und ihre Allgemeinverbindlichkeit schon einmal ein Fortschritt.

(Regina Poersch)

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Guter Lohn - und zwar unabhängig von Trinkgeld - ist auch ein Ausdruck des Respekts gegenüber denen, die unseren Gästen eine schöne Zeit bereiten, ob im Restaurant, im Hotel oder im Freizeitpark.

Zweitens wäre da eine Charmeoﬀensive - so habe ich das im Februar genannt. Gute Kommunikation, Steigerung der Tourismusakzeptanz, Schaffung einer echten Willkommenskultur, Vermittlung der wirtschaftlichen Vorteile des Tourismus, insbesondere für Einheimische - schauen Sie einmal in die neue Tourismusstrategie! Tourismusakzeptanz und Tourismusbewusstsein werden darin als limitierender Faktor ausgemacht und damit als eine der zentralen Herausforderungen beschrieben. - Gut so!

Drittens wäre da noch, unseren Tourismus sowohl saisonal als auch regional breiter aufzustellen. Das erhöht die Wertschöpfung pro Gast und ist gut für Auslastung und Beschäftigung. Wir haben mehrfach gefordert, die Vorschläge der Studie zum Binnenlandtourismus umzusetzen. Schauen Sie einmal in die neue Tourismusstrategie! Die Mission lautet: „Schleswig-Holstein wird zur Ganzjahresdestination“. Dazu gehören - Handlungsfeld 7 - verbesserte Strukturen im Binnenlandtourismus und die Ansiedlung von Beherbergungsbetrieben im Binnenland. - Gut so!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei meinem Start im Landtag 2005 zählten wir 22 Millionen Übernachtungen. 2019 - ich greife das Jahr heraus, weil es das letzte Vor-Corona-Jahr war - waren wir bei 35 Millionen Übernachtungen. Meine Fraktion und ich, wir haben immer gesagt, dass neben der Wachstumsstrategie von 2014 das qualitative Wachstum in den Fokus gehört. Ich habe mich in all meinen Jahren als tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion für einen nachhaltigen Tourismus eingesetzt. Schauen Sie einmal in die neue Tourismusstrategie: Dort ist das qualitative Wachstum Teil der Tourismusmission 2030. - Gut so!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bringe ganz viel Lob, wie Sie hören. Das heißt, wir tragen die neue Strategie mit. Die Handlungsfelder darin sind auch genau unsere Punkte - ich habe sie schon im Februar genannt.

(Beifall SPD)

Jetzt muss es aber an die konsequente Umsetzung gehen. Die Tourismusakteure haben ganz klare Vorstellungen zum Umsetzungsmanagement, die auch Geld kosten werden. Insofern wäre ein diesbezüglicher

Beschluss des Landtags heute ganz schön gewesen. Das hätten die Regierungsfractionen anschieben können, wie ich seinerzeit mit der Vorgängerstrategie.

So müssen wir darauf hoffen, dass der nächste Landtag die entsprechenden Beschlüsse fasst; ich wünsche mir das. Selbstverständlich ist das nicht. Denken Sie einmal an die Zeit zurück, als eine Unternehmensberatung den Tourismus neu aufstellen wollte oder als CDU und FDP die TA.SH abwickeln wollten! - Alles schon dagewesen. Heute haben hoffentlich alle begriffen, dass wir unseren Schleswig-Holstein-Tourismus nur gemeinsam voranbringen können und nur, indem wir immer wieder auf diejenigen hören, die im Tourismus unterwegs sind: in Hotels, in Restaurants, in den Marketingorganisationen. Der Runde Tisch Tourismuspolitik - den wir vielleicht heute nicht mehr ganz pünktlich erreichen - ist eine Folge der schwarzen Tabula rasa.

Aber ich will versöhnlich enden. Was die Gemeinsamkeit angeht, danke ich allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, ob in meiner Fraktion, den anderen Fraktionen oder im Ministerium, bei den Verbänden und Marketingorganisationen für wirklich gute Diskussionen, wichtige Hinweise und wertvolle Anregungen. Ob in Regierungsverantwortung oder in der Opposition, wir haben es alles in allem ordentlich gemacht. Unser Tourismus steht blendend da. Aber er braucht auch weiter unser aller kraftvolle Unterstützung.

Denen, die zukünftig die Tourismuspolitik unseres Landes gestalten, wünsche ich offene Ohren und Herzen für die Belange der Branche. Diese Branche sorgt für dreistellige Millionenbeträge an Steuereinnahmen, sorgt für über 160.000 Arbeitsplätze, und nicht zuletzt steigert sie die Lebensqualität in unserem Land. Das ist jede Mühe wert. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun der Abgeordnete Professor Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich freue mich - und ich darf das auch für meine Fraktion sagen: wir freuen uns sehr -, dass die Tourismusstrategie es noch auf die Tagesord-

(Dr. Andreas Tietze)

nung geschafft hat. Trotz oder vielleicht eher wegen der Pandemie schneidet Schleswig-Holstein im Ländervergleich gut ab. Wir konnten sogar einen Anstieg bei den Übernachtungszahlen feststellen. Das ist sehr schön und auch besonders für uns Grüne erfreulich.

Sie haben den Dreiklang noch einmal genannt: Ökonomie, Ökologie und Soziales. Gerade wenn man die Themen Ökonomie und Ökologie nimmt, sind die gar nicht so weit auseinander. Da steckt nämlich das griechische Wort Oikos drin; da geht es um das gemeinsame Haus, das wir alle miteinander zu bestellen haben. Das machen wir einmal mit Regeln - im Nomos, im Gesetz - und einmal mit der Vernunft - im Logos. Es geht eben immer wieder um das Ausbalancieren zwischen Regeln und Vernunft und darum, dass wir gemeinsam diese Welt nicht nur für uns, sondern auch für die nächsten Generationen erhalten. Deshalb fehlt das Bindeglied - das haben Sie sehr gut genannt -: Das ist das Soziale. Ohne soziale Gerechtigkeit geht es nicht, weil wir alle sehr darauf angewiesen sind, dass wir alle mitnehmen.

Also, dieser Dreiklang, den Sie beschreiben, ist für mich so etwas wie ein Lebensprinzip. Es geht eben nicht ohne das andere. Das gehört alles miteinander zusammen.

Wenn ich auf die letzten 13 Jahre zurückblicke - als ich mit dem Thema Tourismus angefangen habe -, war zunächst das Roland-Berger-Konzept Thema. Es ging um die Zielgruppenstrategie. Das haben wir dann mit der 30-30-3-Strategie weiterentwickelt. Aber wenn ich lese, was wir heute haben, freut sich mein grünes Herz besonders. Nicht nur wir haben uns mit einer neuen Strategie verändert, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern auch die Gäste haben sich verändert. Da ist in der Gesellschaft viel passiert.

Wir alle haben Kinder und Enkelkinder, die möglicherweise jeden Freitag auf die Straße gehen. Das bleibt am Küchentisch zu Hause nicht unerwähnt. Natürlich ist davon auch die Reiseplanung betroffen. Dass wir das jetzt so sehen und formulieren, dass die Überschrift dieser Tourismusstrategie lautet „Verantwortungsvoller, nachhaltiger Qualitätstourismus“ - das ist das Leitmotiv -, finde ich richtig gut.

Ich sage an der Stelle auch und verbinde das mit dem Dank an Sie persönlich, Herr Minister. Wir hatten zum Thema Wirtschaft in der Koalition an Pfingsten vor fünf Jahren so einen Start: Was kommt da auf uns zu - Konflikte? Können die das

miteinander? Schaffen die das? - Ich blicke auf fünf Jahre zurück und finde, dass wir das sehr gut gemacht haben. Dass wir das sehr gut gemacht haben, hat auch mit Personen zu tun, die in dieser Koalition und bei diesem Thema - das darf ich auch meinem Kollegen Arp sagen - alle voneinander gelernt haben.

Vielleicht bin ich ein bisschen liberaler, auch ein bisschen konservativer geworden, aber die Kollegen sind auch ein bisschen grüner geworden. Wir haben einiges erreicht. Das zeigt sich eben auch an dieser Tourismusstrategie. Darin sind viele Maßnahmen enthalten, die ich mir vor 13 Jahren nicht hätte vorstellen können. Manchmal hat mich der Kollege Kubicki, der heute Karriere im Bund macht, ein bisschen verlacht, wenn ich hier darüber philosophiert habe, wie toll die Radfahrstrategie für den Tourismus ist; da sind wir ein bisschen als Spinner bezeichnet worden. Heute fährt ganz Deutschland mit dem Rad zur Arbeit, heute haben wir moderne Räder, die fast so viel wie ein Mittelklassewagen kosten, und wir haben alle gemerkt, dass es uns richtig guttut, Rad zu fahren. Es ist gesund, wir sind an der frischen Luft, und die Menschen merken, dass es Spaß macht.

Herr Minister, deshalb ist es wichtig, dass wir die verschiedenen Strategien, die sehr gut miteinander vernetzt sind, in der Tourismusstrategie weiter verbinden.

Kurz gesagt: Die Tourismusstrategie ist wirklich sehr gut gelungen. Wenn wir im Bericht von der Strategie 30-30-3 lesen, kommt es mir ein bisschen wie vorgestern vor, dass wir auf Wachstum gesetzt haben. Ich finde, dass wir jetzt genau den richtigen Weg gehen und - wie im richtigen Leben - nicht auf Masse, sondern auf Qualität setzen. Dass es uns gelungen ist, das in dieser Strategie so nach vorn zu bringen, ist für mich ein wichtiger Punkt.

Ich war am Wochenende auf meiner Heimatinsel Sylt; ich habe da 25 Jahre gelebt und Haustürwahlkampf gemacht. Da hat sich wahnsinnig viel verändert, nicht nur zum Guten - ich war in List -, wenn man sieht, was da passiert, welche Appartements da gebaut werden, wie die Insel zugebaut wird und immer weniger bezahlbarer Wohnraum zu bekommen ist.

Es gibt jetzt eine Bürgerinitiative auf der Insel, „Merret reicht’s“. Die haben während der Pandemie viel Zeit gehabt. Als wir den Gästen nicht erlaubt haben, auf die Insel zu kommen, haben viele Zeit zum Grübeln gehabt. Viele haben in dieser Zeit entdeckt, wie schön es auf den Inseln ist, viele haben

(Dr. Andreas Tietze)

aber auch festgestellt, was ein Overtourism gerade auf Sylt anrichtet.

Es ist einfach nicht mehr zeitgemäß, welche Autos da fahren. Die Insulaner, aber auch viele Urlauber empfinden das mittlerweile als Belästigung. Auch da muss es eine Strategie geben, wie wir Menschen davon abhalten, mit einem dicken SUV anzureisen, der drei Wochen vor dem Appartement steht und mit dem man vielleicht einmal zu Gosch fährt. Da muss man den Leuten sagen: Freunde, das könnt ihr besser, das könnt ihr anders machen! Weniger Autos würden der Insel Sylt guttun.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch der Bereich Wohnen und bezahlbarer Wohnraum ist ein Thema auf den Inseln.

Auch Handlungsfeld 9, das Sie in den Bericht aufgenommen haben, ist sehr wichtig. Handlungsfeld 9 nimmt zum ersten Mal Tourismusbewusstsein und -akzeptanz in die Tourismusstrategie auf. Ohne Akzeptanz geht es nicht. Wer will denn Urlaub in einer Tourismusdestination machen, in der keine Menschen mehr leben, wo keiner mehr wohnt; das ist Disneyland, das will doch keiner! Gerade durch die Begegnung von Gästen und Einheimischen entsteht Bindung, entsteht Qualität, dann kommen die Leute wieder, da fahren sie gern wieder hin.

Das sind die Themen, die wir in Zukunft nach vorn bringen müssen. Ich bin froh, dass die Akzeptanzproblematik aufgenommen worden ist. Ohne die Bevölkerung, ohne die Mitarbeitenden, ohne viele Vereine, Verbände, ohne Ehrenamt, ohne Familienfreundlichkeit wird das alles nicht gelingen. Es geht nur zusammen in den Regionen. Dass wir das jetzt zur Strategie machen, ist ein richtiger, wichtiger und guter Punkt. - Vielen Dank dafür.

Das Thema Tourismus ist für Schleswig-Holstein auch deshalb so wichtig - Herr Arp, Sie haben gesagt, das sei unsere Automobilindustrie -, weil wir im Tourismus jährlich einen Umsatz von 9 Milliarden € erzielen und über 160.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Branche tätig sind. Deshalb ist es so wichtig, dass wir im Landtag da immer an einem Strang ziehen.

Herzlichen Dank dafür, Hans-Jörn Arp, herzlichen Dank dafür, Bernd Buchholz, herzlichen Dank dafür dem Kollegen Olli von der FDP, herzlichen Dank dir, liebe Regina. Herzlichen Dank, lieber Klaus, ich will dich besonders nennen, weil du sehr viel für den Tourismus getan hast. Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit und die Kollegialität!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer das Wort.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schleswig-Holstein und der Tourismus sind ein unschlagbares Duo, das einfach zusammengehört. Das zeigt sich nicht nur in der immer weiter steigenden Beliebtheit unseres Landes bei den Urlaubsgästen, es zeigt sich auch in dem beeindruckenden Beitrag, den die Tourismuswirtschaft mit all ihren Facetten zur Wirtschaftskraft des Landes beiträgt. Es ist daher immer wieder ein wichtiges Zeichen, dass sich alle Fraktionen - das ist heute schon mehrfach gesagt worden - zu diesem so wichtigen Wirtschaftszweig in unserem Land bekennen.

Die vergangenen zwei Jahre sind wahrlich kein Zuckerschlecken für den Tourismus gewesen - für welche Branche war es das? Umso erfreulicher ist es, dass es mit dem Tourismus im Land jetzt wieder gut vorangeht. Wir sind uns sicherlich alle einig, dass wir auf eine erfolgreiche und zufriedenstellende Saison 2022 setzen. Aber wo wir sind, wollen wir nicht stehen bleiben. Es wäre falsch, sich auf den bestehenden Erfolgen auszuruhen und den Status quo lediglich zu verwalten. Daher waren die Evaluierung und Weiterentwicklung der Tourismusstrategie genau der richtige Weg.

Die neue Tourismusstrategie setzt mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit einen guten Schwerpunkt. Wichtig ist dabei - der Minister hat es bereits gesagt -, dass alle Facetten der Nachhaltigkeit betrachtet werden, die ökonomische, die ökologische, aber auch die soziale Nachhaltigkeit. Dieser Dreiklang wird von einigen manchmal lieber verdrängt.

Wir wollen den Tourismus gemeinsam mit den Menschen vor Ort weiterentwickeln. Wir haben das Glück - das hat mir der Minister vorweggenommen -, in einem Land zu leben, in dem andere Urlaub machen. Das sollten wir uns immer wieder vor Augen führen. Das ist das Pfund, mit dem wir wuchern können. Wenn wir um Fachkräfte werben, können wir ihnen sagen: Ihr könnt dort arbeiten, wo andere Urlaub machen.

Dabei profitieren wir genau wie unsere Urlaubsgäste von einer starken Tourismusbranche: Straßenbau und -sanierung verbessern auch unser aller Mobili-

(Annabell Krämer)

tät im Alltag, neue Radwege eröffnen auch uns weitere Freizeitmöglichkeiten, moderne Seebrücken und Promenaden steigern auch unsere Aufenthaltsqualität, in Schwimm- und Freizeitbädern können auch unsere Kinder schwimmen lernen. Die Bedeutung des Tourismus für unser Land und die Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung müssen wir immer wieder, besonders auf kommunaler Ebene, kommunizieren. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Weiterentwicklung des Tourismus zu Lasten der Bürginnen und Bürger vor Ort geht.

Nur so werden wir die nötige Akzeptanz für unsere tollen Projekte im Tourismus erzeugen, die wir dringend brauchen, weil höchste Qualität und moderne Angebote die Voraussetzungen für eine stabile und nachhaltige Tourismuswirtschaft sind.

Wir haben bereits viele starke Tourismusregionen, die schönen Strände des Landes kennt vermutlich jeder. Daher gilt es, auch unsere vermeintlich noch verborgenen Schätze im Binnenland zu heben und zu stärken. Gerade der naturnahe Tourismus bietet enorme Potenziale: Wandern, Radfahren, Urlaub auf dem Bauernhof.

(Zurufe)

- Im Himmelmoor wollen wir keinen Urlaub machen, das wollen wir als Naherholungsziel belassen; das renaturieren wir gerade, da wollen wir keine Hotels hinsetzen.

Wir haben auch den Tagestourismus, wir haben Naherholungsziele im Tagestourismus, die wir nicht vergessen dürfen, auch der Tagestourismus hat eine Bedeutung für die Wirtschaftskraft in unserem Land.

Durch Investitionen in die Infrastruktur wollen und werden wir das Binnenland noch attraktiver machen: Neue Radwege - wir hatten das Thema heute schon -, sanierte Landesstraßen, gute Erreichbarkeit mit Bus und Bahn, das alles nützt dem Tourismus und uns Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern gleichermaßen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Beginn dieser Wahlperiode hat der Tourismus ein eigenes „T“ im Namen des Wirtschaftsministeriums bekommen. Das war ein wichtiges und richtiges Bekenntnis zu dieser großartigen Branche. Vielen Dank dafür, Minister Buchholz.

Das war nicht nur ein Symbol. Die Entwicklung der Branche und die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Tourismusstrategie belegen, dass wir an der Seite der Touristiker stehen und dass es im Land vorangeht. Wir werden dafür sorgen, dass

auch die Tourismusstrategie 2030 erfolgreich umgesetzt wird, sodass Tourismuswirtschaft und Bevölkerung gemeinsam vom Urlaubsland Schleswig-Holstein profitieren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dass wir in diesem Bereich zusammenarbeiten, sehen wir auch daran, dass wir uns heute Abend gemeinsam - liebe Regina, du zum letzten Mal - zum Runden Tisch Tourismus treffen.

Wir, alle Demokraten, fahren zusammen dorthin. Ich glaube, das zeigt, dass gerade im Bereich Tourismus alle das Ziel eint: Schleswig-Holstein soll vom Tourismus profitieren, und unsere Urlauber sollen sich hier wohlfühlen. Unsere Fachkräfte sollen ihren Job lieben. Wir wollen diese Themen besetzen. Daran arbeiten wir alle gemeinsam weiter, und das haben wir gemacht. Dafür danke ich. Ich wünsche uns allen noch einen schönen Abend. - Danke.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Küstenkoalition hat im Jahr 2014 eine Tourismusstrategie vorgelegt, die das Ziel hatte, den Tourismus im Land systematischer zu entwickeln. Die gesetzten Topziele der Strategie wurden bereits im Jahr 2019 erreicht. Der Stellenwert des Tourismus, der bei uns im Land schon hoch ist, hat in dieser Zeit also noch einmal zugenommen.

Mehr Urlauber bedeuten mehr Umsatz, mehr Arbeitsplätze, mehr Wertschöpfung in den Regionen. Der nun vorgelegte Entwurf einer Fortschreibung der Strategie bis ins Jahr 2030 greift auf, was noch zu tun ist, was verbessert werden kann, was gelernt wurde. Der Nachhaltigkeitsgedanke fand sich zwar auch bisher schon in der Tourismusstrategie, es ist aber unseres Erachtens richtig, hier künftig einen Schwerpunkt zu setzen, denn wir müssen vor allem in den hochfrequentierten Küstenorten erkennen, dass Quantität nicht alles ist. Viele Urlauber sind nicht an allen Orten und zu jeder Zeit per se gut. In anderen Gegenden der Welt gibt es ausreichend abschreckende Beispiele für das, was man auf Neudeutsch Overtourism nennt - der Minister hat es auch angesprochen -, also eine Entwicklung, bei der einzelne Orte oder Sehenswürdigkeiten so über-

(Christian Dirschauer)

rannt werden, dass am Ende der Tourismus das zerstört, was die Menschen erst angezogen hat.

Davon sind wir noch ein Stück entfernt, aber wir tun gut daran, den Blick schon heute darauf zu richten, wie viel Tourismus unsere Urlaubsorte vertragen können und wie wir diesen so gestalten, dass auch die Einwohnerinnen und Einwohner im Tourismus einen Mehrwert sehen können. Denn auch das ist wichtig: Das, was für die einen ein schönes Reiseziel ist, ist für die anderen ein Zuhause. Die Nordseeinseln sind hier ein mahnendes Beispiel. Immer mehr gut situierte Urlauber finden die Orte so schön, dass sie dort eigene Ferienimmobilien erwerben. Die Einheimischen werden durch steigende Preise verdrängt, die Touristen kommen nur drei Wochen im Jahr. Was bleibt, sind leere Kulissen, und das ist sicherlich nicht das Schleswig-Holstein, in dem wir leben wollen.

Aber wir wissen auch, dass das Bild ein gemischtes ist. Während die Küstenorte in der Hochsaison vor lauter Urlaubern aus allen Nähten platzen, besteht im Binnenland noch großes Potenzial, das es zu heben gilt. Hier begrüßen wir, dass die Tourismusstrategie die Setzung von Schwerpunkten vorsieht. Es ist nicht zielführend, das ganze Binnenland mit der Gießkanne zu fördern, um touristische Infrastrukturen zu erschließen. Hier müssen wir auch ehrlich sein. Nicht alle Winkel unseres Landes sind als Urlaubsziel gleichermaßen attraktiv.

Dennoch gibt es viele schöne Ecken im Binnenland, die noch niemand entdeckt hat. Hierfür brauchen wir künftig ein noch stärker auf die Profilierung des Binnenlandes ausgerichtetes Tourismusmarketing und öffentliche Investitionen in die Infrastruktur. Wo die öffentliche Hand investiert, tun das auch die Privaten. Das wissen wir von den Küstenorten. Wir werden entsprechende Förderprogramme auch in Zukunft wohlwollend unterstützen.

Der Tourismus ist auch ein Jobmotor in unserem Land. Im Jahr 2019, vor der Coronapandemie, waren circa 160.000 Menschen in dieser Branche beschäftigt. Wir sehen aber auch, dass der Tourismus viele Arbeitsplätze schafft, von denen die Menschen nicht oder nur sehr schwer ganzjährig ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Und wir sehen, dass der Fachkräftemangel die Tourismusbetriebe immer öfter ausbremst. Hier braucht es aus Sicht des SSW zweierlei: Arbeitgeber, die sich ihrer Verantwortung stellen, attraktive, fair entlohnte Arbeitsplätze zu schaffen, aber auch Kommunen, die die Mitarbeitenden dabei unterstützen, Wohnraum zu finden. Wie sollen die Betriebe auf den Nordsee-

inseln ausreichend Fachkräfte finden, wenn diese dort nicht mehr leben können?

Da der Fachkräftemangel die Betriebe nach Corona noch stärker trifft, denn viele haben die Branche verlassen, ist es wichtig, hier bald zu konkreten Maßnahmen zu kommen. Jetzt, wo der Tourismus wieder im Normalbetrieb anläuft, können wir es nicht zulassen, dass der Fachkräftemangel die positive Entwicklung der Branche hemmt.

Insgesamt ist die Zielrichtung der Tourismusstrategie aus unserer Sicht die richtige. Mehr Qualität, mehr Nachhaltigkeit, nur das hat Zukunft, und das unterstützen wir als SSW sehr gern. - Herzlichen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank für Ihren Bericht. Herr Minister, Sie haben in Ihrem Vorwort zur Tourismusstrategie zu Recht darauf hingewiesen, dass Wachstum im Tourismus keine Selbstverständlichkeit ist und nicht ausschließlich auf Quantität ausgerichtet werden sollte. Das ist im Prinzip richtig, aber gerade nach zwei Jahren mit Coronabeschränkungen sollte der Tourismus hier im Land erst einmal das Niveau erreichen, das er vor der Coronazeit hatte. Einmal mehr muss daran erinnert werden: Zu keinem Zeitpunkt hat das Hotel- und Gaststättengewerbe das Infektionsgeschehen relevant beeinflusst. Stattdessen wurde dort von Beginn an vorbildlich mit Hygienekonzepten gearbeitet, um trotz der gravierenden Einschränkungen gerade während der Lockdown-Phasen den Betrieben das wirtschaftliche Überleben zu sichern.

Bereits im Februar des vergangenen Jahres, da befanden sich Bund und Länder noch tief im Corona-Ausnahmestadium, legte der Deutsche Tourismusverband das Konzept „Sicheres Reisen im Deutschlandtourismus“ vor und zeigte damit frühzeitig detaillierte Perspektiven für einen bundesweit einheitlichen Neustart im Tourismus auf. Und so ist es in der Folgezeit geblieben. Die Anstrengungen der Branche für sicheres Reisen waren und sind vorbildlich.

Gedankt hat es die Politik der Branche nicht, denn das Hotel- und Gaststättengewerbe war wirtschaft-

(Volker Schnurrbusch)

lich mit am längsten von den Coronabeschränkungen betroffen. Vor diesem Hintergrund fällt es schwer, heute eine positive Zwischenbilanz für den Tourismus in Schleswig-Holstein zu ziehen, wie es im Bericht der Fall ist. Nach wie vor haben wir es in Schleswig-Holstein mit einer mindestens zweigeteilten Situation zu tun. Während Tourismusbetriebe im Binnenland nach wie vor ums Überleben kämpfen, genannt seien hier die schönen Landgasthöfe bei uns, ächzen die Bürger an den Küsten oft unter dem sogenannten Übertourismus und erinnern daran, dass Wachstum in der Tat seine Grenzen hat. Bei mir in Ostholstein ist es auch schon so.

Was die Entwicklung des Personals im Hotel- und Gaststättengewerbe betrifft, so bezweifeln wir, dass die in der Strategie formulierten Leitprojekte eine Trendwende herbeiführen können. Besonders durch die Coronapolitik der letzten Jahre hat die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Gastronomie und Hotellerie deutlich abgenommen. Eine weitere Konsequenz dieser Entwicklung ist der noch dramatischere Rückgang bei den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Aufgrund der langen Lockdown-Monate sind gerade in dieser Branche viele Arbeitskräfte dauerhaft verloren gegangen. Servicemitarbeiter in der Gastronomie haben eben nur bei laufendem Geschäftsbetrieb ein halbwegs angemessenes Auskommen. Wer sich inzwischen einer anderen Tätigkeit zugewandt hat, wird wohl kaum zur Rückkehr in die Gastronomie zu bewegen sein.

Und so bleibt ein widersprüchliches Fazit: Die Tourismusstrategie enthält viele Punkte, die zu Recht verfolgt werden sollten und die wir auch unterstützen. Hierzu zählen ein qualitatives Wachstum, die Investitionen in regional unterschiedliche Schwerpunkte und die Förderung einer gleichmäßigen Auslastung mit dem Ziel, Schleswig-Holstein in Bezug auf den Tourismus auf eine Ganzjahresdestination auszurichten. Über den Radwegebau haben wir an dieser Stelle sehr oft gesprochen. Dieser ist auch bei uns im Kreis ein ganz vordringliches Thema, und ich bin froh, dass hier wirklich etwas passiert.

Sämtliche Strategien verfehlen aber ihre Wirkung, wenn das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Politik nicht mehr gegeben ist. Gerade die Tourismusbranche braucht nach zwei Jahren Corona jetzt zuallererst wieder politische Verlässlichkeit, und das bedeutet auch an dieser Stelle: Nie wieder Lockdown, egal was der Bundesgesundheitsminister an Dauerpanik verbreitet und egal wer in der nächsten Landesregierung Tourismusminister sein wird. Er

darf sich von dieser Panikmache nicht anstecken lassen,

(Beifall AfD)

denn dann - und nur dann - kann diese Branche zeigen, was in ihr steckt, und das ist eine ganze Menge. Das wünschen wir uns alle für unser Land und für unsere Tourismuswirtschaft. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat der Abgeordnete Klaus Jensen.

Klaus Jensen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da Hans-Jörn Arp zu der Tourismusstrategie an sich nicht so viel gesagt hat, wollte ich das für meine Fraktion nachholen.

(Vereinzelter Beifall)

- Das war auch so abgesprochen. - Wir haben eine Strategie vorgelegt bekommen, die es in sich hat. Das muss man wirklich sagen. Als uns das vor ein paar Wochen vorgestellt worden ist, hat man, auch bei den Tourismussprechern in der Runde, gemerkt: Boah ey, da wird richtig etwas hingelegt, womit wir nicht wirklich gerechnet haben. Das muss ich ehrlich sagen.

(Beifall Jan Marcus Rossa [FDP])

Insofern ist das wirklich eine sehr gute Arbeitsgrundlage. Sie ist logisch und nachvollziehbar aufgebaut. Sie geht auch auf veränderte Rahmenbedingungen ein und hat eine strategische Ausrichtung, die wir nicht auf 2025, sondern auf 2030 angelegt haben.

Ich wollte noch einmal etwas dazu sagen, was die Handlungsfelder angeht. Darauf hat Regina Poersch schon Bezug genommen. Nach wie vor - das ist so noch gar nicht gesagt worden - ist auch die Infrastruktur ein Handlungsfeld. Nach wie vor ist der Binnenlandtourismus ein Handlungsfeld. Da sollten wir nicht allein auf Fahrradwege setzen; da muss es noch ein bisschen mehr geben. Auch Förderung von Finanzen ist ein Handlungsfeld.

Wenn aus dieser Strategie ein großer Wurf werden soll, dann muss es eine konsequente Umsetzung geben. Dann erfordert das eine konsequente Bereitstellung von Ressourcen. Ich habe das im Februar Mann- und Frauenpower genannt. Wir brauchen ein effektives Umsetzungsmanagement. Diese Kompe-

(Klaus Jensen)

tenz muss bei uns im Land aufgebaut und darf nicht extern vergeben werden. Dafür braucht es Leute, die das über das Jahr hinaus nicht als Projekt, sondern dauerhaft begleiten - wo immer das angesiedelt sein mag. Das wird - das werde nicht mehr ich machen - zu diskutieren sein. Ich hoffe, dass das im nächsten Koalitionsvertrag zu lesen ist. Ich hoffe, dass das im nächsten Haushalt abgebildet wird.

Aber das sollen andere machen. Ich bin durch. - Ich hatte letztes Mal schon gesagt, absehbar sei das meine letzte Rede gewesen. Dies ist jetzt wirklich mein letzter Redebeitrag. Ich halte es heute mit Marlies Fritzen - Marlies, es war mir eine Ehre -: Ich wünsche euch alles Gute! Tschüss.

(Beifall)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich schlage Ihnen vor, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen um 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:23 Uhr